

Halbjahres- Finanzbericht

per 30. Juni 2023



➤ Überblick

Raiffeisen Bank International (RBI)

Monetäre Werte in € Millionen	2023	2022	Veränderung
Erfolgsrechnung	1.1.-30.6.	1.1.-30.6.	
Zinsüberschuss	2.749	2.199	25,0%
Provisionsüberschuss	1.698	1.565	8,4%
Verwaltungsaufwendungen	-1.995	-1.649	21,0%
Betriebsergebnis	2.661	2.500	6,4%
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-259	-561	-53,9%
Ergebnis vor Steuern	1.715	1.590	7,8%
Ergebnis nach Steuern	1.327	1.751	-24,2%
Konzernergebnis	1.235	1.712	-27,9%
Bilanz	30.6.	31.12.	
Forderungen an Kreditinstitute	17.358	15.716	10,4%
Forderungen an Kunden	101.806	103.230	-1,4%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	33.681	33.641	0,1%
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	120.553	125.099	-3,6%
Eigenkapital	19.329	18.764	3,0%
Bilanzsumme	206.123	207.057	-0,5%
Kennzahlen	1.1.-30.6.	1.1.-30.6.	
Return on Equity vor Steuern	18,5%	20,3%	-1,8 PP
Return on Equity nach Steuern	14,3%	22,4%	-8,1 PP
Konzern-Return-on-Equity	14,9%	25,5%	-10,6 PP
Cost/Income Ratio	42,9%	39,7%	3,1 PP
Return on Assets vor Steuern	1,63%	1,58%	0,05 PP
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	2,74%	2,37%	0,37 PP
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	0,37%	0,86%	-0,49 PP
Bankspezifische Kennzahlen	30.6.	31.12.	
NPE Ratio	1,5%	1,6%	-0,1 PP
NPE Coverage Ratio	57,6%	59,0%	-1,4 PP
Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA)	99.207	97.680	1,6%
Harte Kernkapitalquote ¹	15,9%	16,0%	-0,1 PP
Kernkapitalquote ¹	17,6%	17,7%	-0,1 PP
Eigenmittelquote ¹	20,0%	20,2%	-0,2 PP
Aktienkennzahlen	1.1.-30.6.	1.1.-30.6.	
Ergebnis je Aktie in €	3,59	5,07	-29,1%
Schlusskurs in € (30.6.)	14,52	10,34	40,4%
Höchstkurs (Schlusskurs) in €	14,60	28,42	-48,6%
Tiefstkurs (Schlusskurs) in €	13,44	10,20	31,8%
Anzahl der Aktien in Millionen (30.6.)	328,94	328,94	0,0%
Marktkapitalisierung in € Millionen (30.6.)	4.776	3.401	40,4%
Ressourcen	30.6.	31.12.	
Mitarbeiter zum Stichtag (Vollzeitäquivalente)	44.559	44.414	0,3%
Geschäftsstellen	1.570	1.664	-5,6%
Kunden in Millionen	17,8	17,6	1,2%

1 Transitional – inklusiv Ergebnis

Mit RBI wird in diesem Bericht der RBI-Konzern bezeichnet. Ist dagegen die Raiffeisen Bank International AG gemeint, wird der Begriff RBI AG verwendet. Mit Konzernzentrale ist die Raiffeisen Bank International AG ohne Zweigstellen gemeint.

In den Tabellen und Grafiken können sich Rundungsdifferenzen ergeben. Die Veränderungswerte in den Tabellen basieren auf nicht gerundeten Ausgangswerten. Die im Bericht erwähnten Kennzahlen sind im Konzernabschluss unter Kennzahlen definiert.

➤ Inhalt

RBI auf dem Kapitalmarkt	4
Konzernzwischenlagebericht	7
Entwicklung der Märkte	7
Wesentliche Ereignisse in der Berichtsperiode	9
Ergebnis- und Finanzentwicklung	10
Bilanz	14
Eigenmittel gemäß CRR/BWG	16
Risikomanagement	16
Ausblick	16
Segment- und Länderanalyse	17
Zentraleuropa	17
Südosteuropa	19
Osteuropa	21
Group Corporates & Markets	22
Corporate Center	23
Konzernzwischenabschluss	24
Unternehmen	24
Gesamtergebnisrechnung	25
Bilanz	26
Eigenkapitalveränderungsrechnung	27
Kapitalflussrechnung	28
Segmentberichterstattung	29
Anhang	34
Erläuterungen zur Erfolgsrechnung	40
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Finanzinstrumente - Amortized Cost	46
Zum Fair Value bewertete Finanzinstrumente	52
Sonstige Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sowie Eigenkapital	60
Erläuterungen zu Finanzinstrumenten	62
Risikobericht	73
Sonstige Angaben	86
Regulatorische Angaben	92
Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	96
Kennzahlen	97
Abkürzungsverzeichnis	99
Erklärung aller gesetzlichen Vertreter	100
Bericht über die prüferische Durchsicht des verkürzten Konzernzwischenabschlusses	101
Impressum	103

➤ RBI auf dem Kapitalmarkt

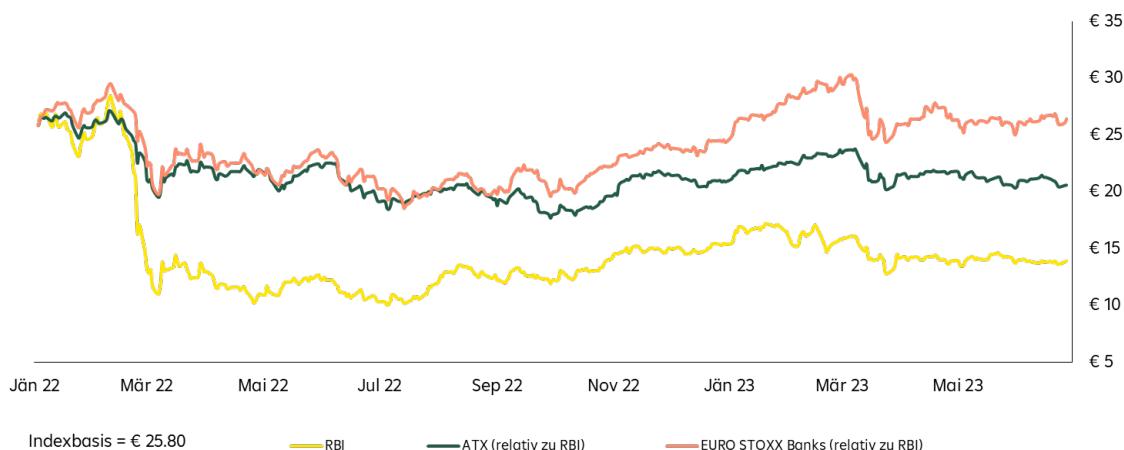
Entwicklung der RBI-Aktie

Im zweiten Quartal verzeichneten die meisten europäischen Aktienmärkte nur leichte Kursgewinne. Positiv wirkten die tendenziell weiter rückläufigen Inflationsraten. Da die Preissteigerungen absolut aber immer noch weit oberhalb des Zielkorridors liegen, erhöhte die EZB die Leitzinsen seit Anfang April bis Ende Juli dreimal um jeweils 25 Basispunkte auf zuletzt 4,25 Prozent und schloss auch weitere Zinsschritte in den kommenden Monaten nicht aus, solange die Inflationsrate nicht deutlich zurückkomme. Auch die konjunkturellen Perspektiven blieben für das laufende Jahr gedämpft oder trübten sich – etwa in Deutschland – eher wieder etwas ein. Diese Faktoren wirkten stärkeren Kursanstiegen entgegen. Die US-amerikanische FED hält sich nach einer erneuten Zinserhöhung im Mai und Juli um 25 Basispunkte auf 5,50 Prozent und angesichts spürbar rückläufiger aber weiter über dem Zielkorridor liegender Inflationsraten ebenfalls alle Optionen offen. Vor diesem Hintergrund entwickelten sich die US-amerikanischen Aktien gegen Ende des Quartals deutlich besser als die europäischen. Die zwischenzeitlichen Turbulenzen im Bankensektor aufgrund von Schwierigkeiten einiger amerikanischer Banken spielten im zweiten Quartal keine nennenswerte Rolle mehr an den Finanzmärkten.

Der Euro bewegte sich gegenüber dem US-Dollar im zweiten Quartal des Jahres in einer vergleichsweise engen Bandbreite und auch bei europäischen Staatsanleihen war die Volatilität gering.

Die Aktie der RBI startete mit einem Kurs von € 14,16 in das zweite Quartal 2023. Zum Quartalsende notierte sie bei € 14,52 und gewann damit im zweiten Quartal 3 Prozent. Trotz des sehr guten Geschäftsergebnisses im ersten Quartal lastete die noch offene Situation hinsichtlich des russischen Geschäfts der RBI weiterhin auf der Kursentwicklung. Der österreichische Aktienindex ATX notierte im zweiten Quartal mit 2 Prozent leicht im Minus, während der europäische Bankenindex Euro Stoxx Banks um 5 Prozent zulegen konnte.

Kursentwicklung seit 1. Jänner 2022 im Vergleich zu ATX und Euro Stoxx Banks



Kapitalmarktkommunikation

Am 5. Mai 2023 veröffentlichte die RBI die Geschäftsergebnisse des ersten Quartals. Aus diesem Anlass hielt der Vorstand der RBI eine Webkonferenz mit über 280 Teilnehmern ab. Der Vorstand erläuterte die Geschäftszahlen, ging dabei auch ausführlich auf die Situation in Russland und der Ukraine sowie die potenziellen Auswirkungen für die RBI ein und stand in der anschließenden Q&A-Runde für weitere Fragen der Teilnehmer zur Verfügung.

Ziel der Investor-Relations-Aktivitäten der RBI ist es, mit flexiblen und innovativen Informationsformaten den Kapitalmarktakteuren ein Höchstmaß an Transparenz zu bieten. Im zweiten Quartal nahmen die Investor-Relations-Verantwortlichen und weitere Vertreter der RBI in Budapest, Genua, Lausanne, Madrid, Mailand, Paris, Stockholm und Zürs an Roadshows und Konferenzen teil. Ergänzt wurden diese Aktivitäten durch zahlreiche virtuelle Veranstaltungen im Rahmen von Telefon- und Webkonferenzen. Darüber hinaus bot Investor Relations Analysten, Eigen- und Fremdkapitalinvestoren einen individuellen Austausch mit dem CEO und CRO sowie Investor Relations telefonisch oder als Videokonferenz an. Schwerpunkte der Gespräche mit Investoren und Analysten im zweiten Quartal waren weiter die Situation in der Ukraine und die Entwicklung in

Russland sowie ihre möglichen Auswirkungen auf die RBI. Daneben wurden auch die Auswirkungen der Inflation und der Zinserhöhungen etwa auf das Zinsergebnis und das Kreditportfolio der RBI erörtert.

Neben 20 Aktienanalysten geben 22 Anleiheanalysten (Stand: 30. Juni 2023) regelmäßig Empfehlungen zur RBI als Investment ab.

Die RBI ist bestrebt, die Marktteilnehmer stets bestmöglich zu informieren. Im Sinn einer möglichst weiten Verbreitung und guten Zugänglichkeit ihres Informationsangebots stellt sie Präsentationen im Rahmen von Telefonkonferenzen sowie wichtigen Veranstaltungen als Webcasts online bereit. Diese sind im Internet unter www.rbinternational.com → Investoren → Präsentationen & Webcasts abrufbar.

Emissionen

Im Jänner emittierte die RBI mit einer Senior Preferred Anleihe in Höhe von € 1,0 Milliarden ihre erste Benchmark-Anleihe des Jahres. Die Emission stieß auf sehr großes Interesse und die Nachfrage betrug innerhalb weniger Stunden das Dreifache des Angebots. Nach einem anfänglich kommunizierten Spread von 230 Basispunkten über dem Mid-Swap-Satz betrug der finale Spread aufgrund dieser deutlichen Überzeichnung 195 Basispunkte über dem Mid-Swap-Satz. Das Orderbuch war mit mehr als 170 Investoren, lokalisiert in einer Vielzahl von Ländern hauptsächlich in Westeuropa, von hoher Qualität und Granularität. Die Emission hat eine Laufzeit von 4 Jahren sowie einen jährlichen Kupon von 4,75 Prozent bei einem A2-Rating durch Moody's.

Im März legte die RBI eine hypothekarisch gedeckte Schuldverschreibung mit einem Benchmark Nominalwert von € 500 Millionen, einer Laufzeit von 3 Jahren und einem Kupon von 3,875 Prozent auf. Mit einem anfänglichen Spread-Angebot von 40 Basispunkten über dem Mid-Swap-Satz erfreute sich auch diese Transaktion mit einem Orderbuch von € 1,4 Milliarden sowie einem endgültigen Spread von 34 Basispunkten über dem Mid-Swap-Satz einer starken Nachfrage. Die breite Investorenbasis stammte hauptsächlich aus Deutschland, Österreich und Skandinavien.

Als dritte Emission im Jahr 2023 begab die RBI im Mai eine hypothekarisch gedeckte Schuldverschreibung mit einem Nominalwert von € 500 Millionen. Mit einer Laufzeit von vier Jahren und Fälligkeit im Jahr 2027 ist die Emission mit einem jährlichen Kupon von 3,375 Prozent ausgestattet und notierte damit zum Zeitpunkt der Begebung 45 Basispunkte über dem Mid-Swap-Satz.

RBI Rating

Die RBI steht in regelmäßigem Kontakt mit den Analysten der Rating-Agenturen und informiert diese laufend über ihre Geschäftsentwicklung, um eine möglichst zutreffende Bewertung sicherzustellen. Derzeit wird die RBI weiterhin durch Moody's Investors Service sowie Standard & Poor's geratet. Das Rating durch Moody's wurde im Juli 2023 von A2 auf A1 um eine Stufe verbessert und der Ausblick auf stabil angepasst. Die übrigen Einschätzungen blieben unverändert. Standard & Poor's bestätigte sein Rating Ende Mai 2023 für die RBI aufgrund der soliden Kapitalausstattung sowohl der RBI selbst als auch als Teil der Raiffeisen-Bankengruppe und hob bei dieser Einschätzung die gute Geschäftsentwicklung der RBI und ihre verbesserte Resilienz gegenüber Risiken trotz des Kriegs in der Ukraine hervor. Lediglich das Rating der regulatorischen AT1-Instrumente wurde um eine Stufe auf BB gesenkt.

Rating	Moody's Investors Service	Standard & Poor's
Langfrist-Rating	A1	A-
Ausblick	stabil	negativ
Kurzfrist-Rating	P-1	A-2
Subordinated (Tier 2)	Baa2	BBB
Additional Tier 1	Ba2(hyb)	BB
Public-sector covered bonds	Aa1	—
Mortgage covered bonds	Aa2 (review for upgrade)	—

Aktionärsstruktur

Die Raiffeisen Landesbanken halten unverändert rund 58,8 Prozent der RBI-Aktien, die restlichen 41,2 Prozent befinden sich im Streubesitz. Mit einer breiten geografischen Streuung sowie unterschiedlichen Anlagezielen weisen die RBI-Aktionäre eine ausgewogene Struktur auf.

Aktienkennzahlen und Details zur Aktie

Schlusskurs zum 30. Juni 2023	€ 14,52
Höchstkurs/Tiefstkurs (Schlusskurse) im zweiten Quartal 2023	€ 14,60 / €13,44
Ergebnis je Aktie vom 1. Jänner bis zum 30. Juni 2023	€ 3,59
Buchwert je Aktie zum 30. Juni 2023	€ 50,24
Marktkapitalisierung zum 30. Juni 2023	€ 4.776 Millionen
Durchschnittlicher Tagesumsatz (Einzelzählung) im zweiten Quartal 2023	256.086 Stück
Streubesitz zum 30. Juni 2023	rund 41,2%
ISIN	AT0000606306
Ticker-Symbole	RBI (Wiener Börse)
	RBI AV (Bloomberg)
	RBIV.VI (Reuters)
Marktsegment	Prime Market
Anzahl der ausgegebenen Aktien zum 30. Juni 2023	328.939.621

Finanzkalender 2023/2024

24. Oktober 2023	Beginn der Quiet Period
3. November 2023	Zwischenbericht 1. bis 3. Quartal, Conference Call
24. Jänner 2024	Beginn der Quiet Period
31. Jänner 2024	Vorläufige Geschäftszahlen 2023, Conference Call
22. Februar 2024	Jahresfinanzbericht 2023
25. März 2024	Nachweistag Hauptversammlung
4. April 2024	Ordentliche Hauptversammlung
9. April 2024	Ex-Dividendentag
10. April 2024	Nachweistag Dividenden
11. April 2024	Dividenden-Zahltag
24. April 2024	Beginn der Quiet Period
2. Mai 2024	Zwischenbericht 1. Quartal, Conference Call
23. Juli 2024	Beginn der Quiet Period
30. Juli 2024	Zwischenbericht 1. Halbjahr, Conference Call
23. Oktober 2024	Beginn der Quiet Period
30. Oktober 2024	Zwischenbericht 1. bis 3. Quartal, Conference Call

➤ Konzernzwischenlagebericht

Entwicklung der Märkte

Die konjunkturelle Entwicklung im Winterhalbjahr 2022/23 ist in vielen Ländern etwas besser verlaufen als zunächst prognostiziert. Die erwarteten Rezessionen konnten oftmals vermieden werden oder fielen nur sehr milde aus. Ab der Jahresmitte 2023 ist zwar wieder mit einer konjunkturellen Aufwärtsbewegung zu rechnen, diese dürfte allerdings nur sehr verhalten ausfallen. Zudem sind die konjunkturellen Risiken angesichts schwacher Wirtschaftsindikatoren zuletzt größer geworden. Die monatlichen Inflationsraten erreichten im Spätherbst bzw. Ende 2022 vielfach den Höhepunkt, dürften im Jahresdurchschnitt aber weiterhin klar über den vor der Pandemie verzeichneten Niveaus liegen. Damit befinden sich insbesondere die westeuropäischen Länder in einem Stagflationsumfeld. Ein schnelles Ende des Kriegs in der Ukraine scheint aus heutiger Sicht unwahrscheinlich. Bei Ausbleiben einer weiteren substantiellen militärischen Eskalation sind jedoch keine zusätzlichen negativen Implikationen für die Konjunktur in der Eurozone sowie in den CE/SEE-Ländern zu erwarten. Von Disruptionen bei der Energieversorgung ausgehende konjunkturelle Abwärtsrisiken sind weiterhin vorhanden, haben aber spürbar abgenommen. Ferner bestehen konjunkturelle Abwärtsrisiken durch ein mögliches Überschießen der (globalen) geldpolitischen Straffung. Auch einzelne Bereiche des Finanzsystems, die bei der Bewältigung der höheren Zinssätze, die länger bestehen werden, Probleme bekommen, stellen ein mögliches Risiko dar.

Die **Eurozone** verbuchte im ersten Quartal 2023 eine Stagnation. Die Inflationsrate ging in der ersten Jahreshälfte 2023 zurück, lag aber mit durchschnittlich 7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr auf einem sehr hohen Niveau. Umfrageindikatoren signalisieren im Jahr 2023 eine anhaltend rückläufige Produktion im Industriesektor. Die Aktivität im Dienstleistungssektor sollte dagegen zulegen. In Summe sind eine nur geringe Zunahme des BIP im Jahr 2023 und eine lediglich gedämpfte Erholung im Jahr 2024 zu erwarten. Die Inflationsrate wird sehr wahrscheinlich weiter nachlassen, aber auch zu Jahresende 2023 sowie 2024 über dem Notenbankziel von 2 Prozent im Vergleich zum Vorjahr liegen.

Die **Europäische Zentralbank (EZB)** setzte 2023 den Leitzinsanhebungszyklus fort. Das Tempo der Leitzinserhöhungen wurde von zunächst 75 Basispunkte (BP) pro Sitzung auf 50 BP und zuletzt 25 BP reduziert. Es ist zu erwarten, dass die EZB spätestens bis Herbst 2023 die Leitzinsen auf das Endniveau geführt haben wird und in weiterer Folge diese für einige Quartale unverändert belässt. Der begonnene Bilanzabbau sollte 2023 und 2024 fortgesetzt werden. Zum Ersten werden längerfristige Refinanzierungsgeschäfte fällig. Zum Zweiten führt die EZB den in der Vergangenheit aufgebauten Anleihebestand zurück, indem sie fällige Anleihen nicht mehr im vollen Umfang reinvestiert.

Die **österreichische Konjunktur** konnte im Winterhalbjahr 2022/23 eine Rezession vermeiden, im vierten Quartal 2022 und im ersten Quartal 2023 stagnierte die Wirtschaftsleistung unterm Strich. Ab der zweiten Jahreshälfte 2023 werden wieder positive BIP-Zuwachsraten (gegenüber dem Vorquartal) erwartet. Der prognostizierte Aufschwung dürfte aber nur sehr verhalten ausfallen und ist angesichts des in den vergangenen Monaten zu beobachtenden Abwärtstrends wichtiger Vorlaufindikatoren zudem mit Abwärtsrisiken behaftet. Selbiges gilt auch für das prognostizierte BIP-Wachstum im Gesamtjahr 2023 von 0,9 Prozent (2024: 1,4 Prozent), das maßgeblich von den Netto-Exporten getragen sein dürfte. Vom privaten Konsum sind auf Gesamtjahressicht hingegen erst 2024 wieder nennenswerte Konjunkturimpulse zu erwarten.

In **Zentraleuropa (CE)** kam es im Winterhalbjahr zu technischen Rezessionen in Tschechien und Ungarn, da die Industriesektoren unter den hohen Energiepreisen und der Schwäche der deutschen Industrie litten. Mit Blick auf die Zukunft dürften rückläufige Inflationsraten, solide Investitionen (unterstützt durch EU-Mittel im Falle Tschechiens und der Slowakei) und eine Verbesserung des Außenhandels eine leichte Erholung im zweiten Halbjahr begünstigen. Dennoch belastet der schwache Jahresbeginn das BIP-Wachstum im Gesamtjahr 2023, das bei nur 0,5 Prozent erwartet wird. Ab 2024, wenn sich die Auslands- und Verbrauchernachfrage weiter erholt, dürfte der laufende Investitionszyklus dazu beitragen, dass sich das Wirtschaftswachstum der Region wieder dem Potenzialwachstum annähert.

Südosteuropa (SEE) bewältigte den vergangenen Winter vergleichsweise gut, da die Region im Allgemeinen weniger von der Industrie und von Energieimporten abhängig ist. Da die Region einer der Hauptnutznießer von NGEU- und anderen EU-Mitteln ist, dürften die Investitionen auf absehbare Zeit hoch bleiben. Darüber hinaus lief die Tourismussaison 2023 gut an, was den tourismusorientierten Ländern der Region zugutekommt, während die Heimatüberweisungen eine starke Dynamik aufweisen, wovon Länder mit einer großen Diaspora profitieren. Diese Faktoren zusammengekommen führen verglichen mit der Eurozone und den CEE-Ländern zu höheren Wachstumsraten von 2,5 Prozent und 3,3 Prozent in den Jahren 2023 und 2024.

Osteuropa (EE): Mit der Fortsetzung des Kriegs in der Ukraine steigen der wirtschaftliche Schaden für das Land wie auch die Kosten für den künftigen Wiederaufbau. Der Start ins Jahr 2023 verlief gleichwohl besser als erwartet, da sich die Wirtschaft dank der entschlossenen Politik der Regierung, des stützenden Konsums der privaten Haushalte, der Erholung in der Industrie und im Handel sowie der umfangreichen Auslandshilfe gut an die Kriegsbedingungen anpassen konnte. Daher gewann die laufende konjunkturelle Aufwärtsbewegung an Schwung, für das reale BIP im Jahr 2023 wird eine Zunahme um 3,5 Prozent prognostiziert. Demgegenüber dürfte das BIP-Wachstum 2024 mit erwarteten 5,4 Prozent niedriger ausfallen als zuvor unterstellt.

Die russische Wirtschaft erweist sich gegenüber den Sanktionen und der selbst verschuldeten Isolation im Außenhandel als widerstandsfähiger als ursprünglich angenommen. Der private Verbrauch und die öffentlichen Ausgaben waren zuletzt maßgebliche Stützen der Konjunktur. Alles in allem dürfte die russische Wirtschaft trotz der Sanktionen, der Mobilmachung, des investorenfeindlichen Umfelds sowie der wirtschaftlichen Isolation 2023 ein positives BIP-Wachstum verzeichnen (Prognose: 1,5 Prozent). Belarus befindet sich in einer ähnlich isolierten Lage, was dazu führt, dass die Wirtschaft des Landes in diesem Jahr stagnieren wird, da der vom IT-Sektor ausgehende Rückenwind nachlässt und die BYN-Abwertung den Konsum hemmt. Im Jahr 2024 dürfte das Land ein verhaltenes BIP-Wachstum von einem Prozent verzeichnen.

Entwicklung des realen BIP – Veränderung zum Vorjahr in Prozent

Region/Land	2021	2022e	2023f	2024f
Polen	6,9	5,1	0,5	2,7
Slowakei	4,9	1,7	1,0	1,6
Tschechien	3,5	2,4	0,5	2,9
Ungarn	7,1	4,6	0,0	3,0
Zentraleuropa	6,1	4,2	0,5	2,7
Albanien	8,9	4,9	4,1	4,3
Bosnien und Herzegowina	7,4	4,0	1,5	3,0
Kosovo	10,8	3,5	4,9	4,0
Kroatien	13,1	6,2	2,5	2,7
Rumänien	5,8	4,7	2,5	3,5
Serbien	7,5	2,4	1,9	3,0
Südosteuropa	7,3	4,6	2,5	3,3
Belarus	2,3	-4,7	0,0	1,0
Russland	5,6	-2,1	1,5	0,5
Ukraine	3,4	-29,1	3,5	5,4
Osteuropa	5,3	-4,7	1,6	0,9
Österreich	4,6	4,9	0,9	1,4
Eurozone	5,3	3,5	0,8	1,5

Quelle: Raiffeisen Research, Stand Ende Juli 2023, (e: Schätzung, f: Prognose), für bereits abgeschlossene Jahre sind nachträgliche Revisionen möglich

Wesentliche Ereignisse in der Berichtsperiode

Geschäftstätigkeit in Russland

Seit dem Ausbruch des Kriegs in der Ukraine hat die RBI im Interesse aller Stakeholder intensiv daran gearbeitet, alle Optionen für die Zukunft der Raiffeisenbank in Russland – bis hin zu einem Ausstieg aus der Raiffeisenbank in Russland – zu prüfen. Die RBI und deren Stakeholder befinden sich in einer noch nie dagewesenen Situation, und es wird die Dringlichkeit zu handeln gesehen, die der Krieg geschaffen hat.

Die RBI wird mögliche Transaktionen, die zu einem Verkauf oder einer Abspaltung der Raiffeisenbank Russland und ihrer Endkonsolidierung aus der RBI führen würden, in voller Übereinstimmung mit den lokalen und internationalen Gesetzen und Vorschriften und in Absprache mit den jeweils zuständigen Behörden, weiterverfolgen. Währenddessen werden die Geschäftsaktivitäten in Russland weiter reduziert.

Allerdings wird die Raiffeisenbank Russland ihre Kunden, einschließlich jener, die von der Reduktion der Geschäftsaktivitäten in Russland betroffen sind, weiter unterstützen und die Bedingungen zur Aufrechterhaltung ihrer Banklizenz erfüllen. Es besteht eine Fürsorgepflicht für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in allen Märkten. Die RBI hat die Verantwortung, auch die Integrität ihrer russischen Geschäftseinheiten, die knapp 10.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigen, zu wahren.

Die Marktbedingungen für Unternehmen in Russland sind sehr komplex. Die lokalen und internationalen Gesetze und Vorschriften, die den Verkauf von Unternehmen in Russland regeln, unterliegen einem ständigen Wandel. Die RBI wird bei der Verfolgung potenzieller Transaktionen, die zum Verkauf oder zur Abspaltung der Raiffeisenbank in Russland und ihrer Endkonsolidierung aus der RBI führen würden, diese weiter nach vier Prinzipien bewerten: konzernweite Governance und Compliance, den finanziellen und nichtfinanziellen Wert für die RBI, das Management von Spill-Over-Effekten auf das gesamte Netzwerk sowie die Fähigkeit zu einer geordneten Durchführung der Prozesse.

Ergebnis- und Finanzentwicklung

Das Konzernergebnis lag mit € 1.235 Millionen auf dem Vorjahresniveau ohne Berücksichtigung des in der Vorjahresperiode realisierten Veräußerungsergebnisses der bulgarischen Konzerneinheiten (€ 453 Millionen). Die Abwertungen der Durchschnittskurse der ukrainischen Hryvna um 25 Prozent und des russischen Rubels um 5 Prozent hatten einen negativen Effekt auf das Konzernergebnis.

Die Kernerträge (Zins- und Provisionsüberschuss) stiegen um € 682 Millionen oder 18 Prozent auf € 4.446 Millionen. Der Zinsüberschuss verzeichnete einen Anstieg um € 550 Millionen auf € 2.749 Millionen, vor allem bedingt durch höhere Zinssätze und ein hohes Kreditwachstum in zahlreichen Ländern des Konzerns. Der Anstieg des Zinsüberschusses in Russland um € 83 Millionen war vorwiegend auf niedrigere Zinssätze für Kundeneinlagen zurückzuführen. Die Zinsspanne erreichte in der Berichtsperiode 2,74 Prozent nach 2,37 Prozent in der Vergleichsperiode. Der Anstieg des Provisionsüberschusses um € 132 Millionen war vorwiegend von Russland (€ 90 Millionen) getragen, insbesondere durch gestiegene Transaktionen im Zahlungsverkehrs- und Wertpapiergeschäft aufgrund der geopolitischen Situation. Die Verwaltungsaufwendungen stiegen im Jahresvergleich um € 346 Millionen auf € 1.995 Millionen, vorwiegend bedingt durch Anstiege in Russland und in der Konzernzentrale. Die deutlich unter dem Vorjahreswert (€ 561 Millionen) liegenden Risikokosten in Höhe von € 259 Millionen waren weiterhin von der Region Osteuropa dominiert (€ 273 Millionen, davon entfielen auf Russland € 188 Millionen und die Ukraine € 79 Millionen). Belastend wirkten die um € 322 Millionen auf € 424 Millionen gestiegenen Aufwände für kreditbezogene, portfolio-basierte Rechtsstreitigkeiten und Annullierungen in Polen.

Die Bilanzsumme verringerte sich seit Jahresbeginn um rund € 1 Milliarde oder 0,5 Prozent auf € 206 Milliarden. Währungseffekte waren für einen Rückgang um 1,4 Prozent verantwortlich. Der Abwertung des russischen Rubels um 23 Prozent und des US-Dollars um 2 Prozent stand eine Aufwertung des ungarischen Forints um 7 Prozent und der tschechischen Krone um 2 Prozent gegenüber. Währungsbereinigt zeigte sich gesamthaft ein geringes Kundenkreditwachstum. Seit Beginn des russischen Angriffsriegs in der Ukraine wurden die Kreditvolumina in Russland deutlich reduziert. Der Rückgang im ersten Halbjahr 2023 – getrieben von der Abwertung des russischen Rubels – betrug € 1,9 Milliarden. Der Rückgang der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden um € 4,6 Milliarden war überwiegend auf geringere Einlagen von Firmenkunden und reduzierte Geldmarktgeschäfte in der Konzernzentrale zurückzuführen.

Ergebnis im Jahresvergleich

in € Millionen	1.1.-30.6.2023	1.1.-30.6.2022	Veränderung	
Zinsüberschuss	2.749	2.199	550	25,0%
Dividendenrträge	17	29	-12	-40,2%
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	51	34	17	49,6%
Provisionsüberschuss	1.698	1.565	132	8,4%
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	116	316	-200	-63,2%
Ergebnis aus Hedge Accounting	-17	-36	19	-52,3%
Sonstiges betriebliches Ergebnis	43	42	1	1,6%
Betriebserträge	4.656	4.150	506	12,2%
Personalaufwand	-1.169	-894	-275	30,7%
Sachaufwand	-600	-531	-69	13,0%
Abschreibungen	-227	-225	-2	1,0%
Verwaltungsaufwendungen	-1.995	-1.649	-346	21,0%
Betriebsergebnis	2.661	2.500	160	6,4%
Übriges Ergebnis	-450	-108	-343	318,1%
Staatliche Maßnahmen und Pflichtgaben	-237	-241	4	-1,6%
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-259	-561	302	-53,9%
Ergebnis vor Steuern	1.715	1.590	124	7,8%
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-388	-292	-96	32,9%
Ergebnis nach Steuern aus fortgeführten Geschäftsbereichen	1.327	1.299	28	2,2%
Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	0	453	-453	-
Ergebnis nach Steuern	1.327	1.751	-425	-24,2%
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	-92	-40	-53	132,7%
Konzernergebnis	1.235	1.712	-477	-27,9%

Betriebserträge

Der Zinsüberschuss erhöhte sich um € 550 Millionen auf € 2.749 Millionen. Die Zuwächse in Ungarn um € 101 Millionen, in Rumänien um € 64 Millionen, in der Konzernzentrale um € 46 Millionen und in der Slowakei um € 40 Millionen waren auf ein hohes Kreditwachstum und steigende Zinssätze zurückzuführen. In Serbien erhöhte sich der Zinsüberschuss um € 69 Millionen aufgrund der Integration der Crédit Agricole Srbija AD sowie höherer Zinserträge aus Krediten sowohl für Retail- als auch Firmenkunden. In der Ukraine sorgten höhere Zinserträge aus staatlichen Einlagenzertifikaten, aus dem Geldmarktgeschäft sowie aus Staatsanleihen für einen Anstieg des Zinsüberschusses um € 37 Millionen. In Russland stieg der Zinsüberschuss trotz

eines großteils währungsbedingten Rückgangs der Kreditvolumina in Höhe von 48 Prozent um € 83 Millionen, hervorgerufen durch eine deutliche Reduktion der Zinsaufwendungen aufgrund niedrigerer Zinssätze für Kundeneinlagen.

Die durchschnittlichen zinstragenden Aktiva des Konzerns erhöhten sich im Jahresvergleich um 8 Prozent. Die Nettozinsspanne verbesserte sich um 37 Basispunkte auf 2,74 Prozent, was neben Osteuropa auf einen Anstieg um 204 Basispunkte in Serbien, einen Anstieg um 161 Basispunkte in Albanien und einen Anstieg um 146 Basispunkte in Ungarn zurückzuführen war.

Der Provisionsüberschuss stieg trotz Währungsabwertungen in Osteuropa und wurde nach wie vor durch die geopolitische Situation getrieben. Dabei verzeichnete der Zahlungsverkehr aufgrund gestiegener Transaktionen mit Firmen- als auch Retail-Kunden in Russland und in der Konzernzentrale einen Zuwachs um € 178 Millionen. Ebenso nahm das Ergebnis aus dem Wertpapiergeschäft um € 54 Millionen zu, aufgrund eines Zuwachses der Transaktionen und Volumina am stärksten in Russland. Dem gegenüber reduzierte sich das Ergebnis aus dem Fremdwährungsgeschäft um € 104 Millionen, vorwiegend im Devisenkassageschäft in Russland und in der Konzernzentrale. Diese Entwicklung war durch gesunkene Volumina aufgrund der Einführung von Transaktionslimits sowie geringere Margen im Retail- als auch Firmenkundengeschäft begründet. Insgesamt konnte das Provisionsergebnis um € 132 Millionen auf € 1.698 Millionen gesteigert werden. Den stärksten Zuwachs verzeichnete Russland, währungsbereinigt ergaben sich auch Anstiege in der Ukraine, in Belarus, Serbien und Ungarn.

Das Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen verringerte sich um € 200 Millionen auf € 116 Millionen. Hauptverantwortlich für den Rückgang gegenüber dem Vorjahr waren die Marktturbulenzen in Russland und der Anstieg des eigenen Credit Spreads infolge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine in der Vergleichsperiode 2022. Aus der Absicherung von in lokalen Währungen gehaltenen Kapitalpositionen der Tochterunternehmen mittels Devisentermingeschäften (Net Investment Hedge) entstanden in der Konzernzentrale durch das hohe Zinsdifferenzial vor allem zwischen Euro und russischem Rubel im ersten Halbjahr des Vorjahrs stark positive Bewertungseffekte. Der Rückgang des Bewertungsergebnisses aus diesem Effekt betrug im Vergleich zur Vorjahresperiode € 99 Millionen. Darüber hinaus kam es im Vorjahr im Zusammenhang mit dem Zertifikatsgeschäft vor allem aufgrund des starken Anstiegs des eigenen Credit Spreads zu hohen Bewertungsgewinnen von zum Zeitwert bewerteten Zertifikatsemissionen. Im laufenden Jahr hingegen reduzierten sich die eigenen Risikoauflschläge um etwa 25 Basispunkte. Infolgedessen reduzierte sich das Bewertungsergebnis im Vergleich zur Vorjahresperiode um € 79 Millionen auf minus € 29 Millionen. Ohne diese beiden Effekte erhöhte sich das Handelsergebnis in der Konzernzentrale um € 9 Millionen auf € 103 Millionen, was vor allem auf gestiegene Handelsergebnisse im Bereich von Zinsderivaten zurückzuführen war. Die Handelstätigkeiten in Russland führten zu einem Anstieg des Handelsergebnisses um € 16 Millionen auf € 90 Millionen. Dies resultierte vor allem aus einem verbesserten Ergebnis aus der Fremdwährungsbewertung sowie aus der Handelstätigkeit mit Fremdwährungsderivaten und Kundengeschäften mit Fremdwährungen. Die Bewertungsverluste im Zusammenhang mit Fremdwährungspositionen stiegen um € 25 Millionen, vor allem in Ungarn sowie Belarus. Zum Zeitwert bewertete Veranlagungen in Venture Capital Fonds verzeichneten im ersten Halbjahr einen Verlust von € 3 Millionen, während im Vorjahr Bewertungsgewinne in Höhe von € 25 Millionen zu verzeichnen waren.

Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen stiegen im Jahresvergleich um 21 Prozent oder € 346 Millionen auf € 1.995 Millionen. Der Personalaufwand erhöhte sich um € 275 Millionen auf € 1.169 Millionen, vor allem in Russland (Anstieg: € 199 Millionen) aufgrund von höheren Gehältern und Sozialabgaben, Rückstellungen für Einmalzahlungen sowie einem Anstieg des Personalstands. Haupttreiber des um € 69 Millionen gestiegenen Sachaufwands waren höhere Rechts- und Beratungsaufwendungen (Anstieg: € 35 Millionen) sowie gestiegene IT-Aufwendungen in der Konzernzentrale (Anstieg: € 5 Millionen). Weitere Anstiege im Sachaufwand ergaben sich in Ungarn (Anstieg: € 13 Millionen) und Polen (Anstieg: € 11 Millionen). Die Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte erhöhten sich um 1 Prozent oder € 2 Millionen auf € 227 Millionen. Die Cost/Income Ratio stieg im Jahresabstand von 39,7 Prozent auf 42,9 Prozent.

Die Anzahl der Geschäftsstellen verringerte sich im Jahresabstand um 137 auf 1.570. Der größte Rückgang ergab sich kriegsbedingt in der Ukraine (minus 61), weiters in Tschechien (minus 23), Serbien (minus 20) und Belarus (minus 14). Die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter sank im Jahresabstand um 281 Vollzeitäquivalente auf 44.139, überwiegend kriegsbedingt in der Ukraine (minus 1.251). Zuwächse ergaben sich in Russland (plus 331), Tschechien (plus 318) und Rumänien (plus 208).

Übriges Ergebnis

Das übrige Ergebnis belief sich in der Berichtsperiode auf minus € 450 Millionen nach minus € 108 Millionen in der Vergleichsperiode. Belastend wirkten die Aufwände für kreditbezogene, portfolio-basierte Rechtsstreitigkeiten und Annulierungen von Kreditverträgen in Höhe von € 429 Millionen (Vorjahresperiode: € 104 Millionen). Diese betrafen im Wesentlichen Hypothekarkredite in Polen, die in Fremdwährungen denominiert oder an eine Fremdwährung gekoppelt sind. Der Aufwand in Höhe von € 424 Millionen resultierte aus der Aktualisierung der Einflussgrößen in der Modellberechnung (signifikanter Anstieg der erwarteten Rechtsfälle) und aus Verlusten aus Kreditvertragsannulierungen. Weiters führte die Bewertung von Anteilen an assoziierten Unternehmen in der Berichtsperiode zu einem Minus von € 8 Millionen, was im Wesentlichen die Anteile an einer russischen Versicherungsgesellschaft betraf. In der Vorjahresperiode waren Wertaufholungen in Höhe von € 13 Millionen bei den Anteilen an assoziierten Unternehmen gebucht worden.

Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte

In der Berichtsperiode lagen die Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte mit € 259 Millionen signifikant unter dem Wert der Vergleichsperiode von € 561 Millionen. Weiterhin dominierend sind die Risikovorsorgen in Osteuropa aufgrund des noch immer andauernden russischen Angriffskriegs in der Ukraine und der daraus resultierenden Risikofaktoren (geopolitisches, Sanktions- und makroökonomisches Risiko). Die Risikokosten beliefen sich in Osteuropa insgesamt auf € 273 Millionen nach € 489 Millionen in der Vorjahresperiode, dabei entfielen auf Russland € 188 Millionen (Vorjahresperiode: € 266 Millionen) und auf die Ukraine € 79 Millionen (Vorjahresperiode: € 201 Millionen).

In Stage 1 und Stage 2 wurden in der Berichtsperiode Wertminderungen in Höhe von netto € 206 Millionen ausgewiesen (Vorjahresperiode: € 434 Millionen). Für Kredite an Nicht-Finanzunternehmen wurden netto € 143 Millionen, für Kredite an Regierungen netto € 40 Millionen und für Kredite an sonstige Finanzunternehmen netto € 21 Millionen dotiert, bei den Haushalten kam es hingegen zu einer geringfügigen Nettoauflösung. In Russland beliefen sich die Dotierungen für Stage 1 und Stage 2 auf € 134 Millionen (primär Nicht-Finanzunternehmen), in der Ukraine auf € 61 Millionen (überwiegend Regierungen und Nicht-Finanzunternehmen) und in der Slowakei auf € 18 Millionen (hauptsächlich Haushalte). In den Ländern Südosteuropas wurden mehrheitlich Nettoauflösungen verzeichnet, vor allem in Kroatien (€ 12 Millionen) und Rumänien (€ 7 Millionen) überwiegend bei Risikovorsorgen für Haushalte. Für ausgefallene Kredite (Stage 3) wurden in der Berichtsperiode Wertminderungen von netto € 53 Millionen (Vorjahresperiode: netto € 127 Millionen) gebildet, davon entfielen € 57 Millionen auf Haushalte, vor allem in Russland (€ 48 Millionen) und in der Slowakei (€ 11 Millionen), bei Krediten an sonstige Finanzunternehmen wurden hingegen € 10 Millionen aufgelöst.

Die NPE Ratio blieb im Jahresabstand nahezu unverändert bei 1,5 Prozent. Die NPE Coverage Ratio betrug zum Stichtag 57,6 Prozent nach 60,7 Prozent in der Vergleichsperiode.

Steuern vom Einkommen und Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag stiegen um € 96 Millionen auf € 388 Millionen. Dies lag vorwiegend am Ergebniszuwachs, insbesondere im Segment Osteuropa (Anstieg: € 47 Millionen) und Südosteuropa (Anstieg: € 40 Millionen). In Zentraleuropa (Anstieg: € 13 Millionen) war ebenso der Ergebniszuwachs und zu einem geringeren Teil die Einführung einer Sondersteuer (Übergewinnsteuer) in Tschechien für den Anstieg verantwortlich. Die effektive Steuerquote lag mit 22,6 Prozent in der Berichtsperiode unter dem derzeit gültigen österreichischen Körperschaftssteuersatz von 24 Prozent, der in den Vorjahren noch bei 25 Prozent gelegen hatte. In der Vorjahresvergleichsperiode betrug die effektive Steuerquote 18,3 Prozent, vorwiegend ausgelöst durch ein aufgrund der Marktturbulenzen in Russland und der Entwicklung des eigenen Credit Spreads verursachtes hohes Handelsergebnis in der Konzernzentrale und entsprechende Nutzung von Verlustvorträgen.

Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen

In der Vorjahresperiode war im Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen die Endkonsolidierung der bulgarischen Konzerneinheiten ausgewiesen.

Ergebnis im Quartalsvergleich

Quartalsergebnisse

in € Millionen	Q2/2022	Q3/2022	Q4/2022	Q1/2023	Q2/2023	Veränderung
Zinsüberschuss	1.214	1.392	1.462	1.385	1.364	-21 -1,5%
Dividendenerträge	24	11	24	11	7	-4 -37,7%
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	16	21	8	30	21	-9 -30,2%
Provisionsüberschuss	882	1.117	1.196	966	732	-234 -24,2%
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	132	155	192	86	30	-56 -65,4%
Ergebnis aus Hedge Accounting	-16	15	-20	-10	-7	2 -22,8%
Sonstiges betriebliches Ergebnis	15	-12	-1	-9	51	60 -
Betriebserträge	2.269	2.700	2.861	2.459	2.197	-262 -10,6%
Personalaufwand	-464	-538	-578	-562	-606	-44 7,9%
Sachaufwand	-277	-273	-278	-277	-323	-46 16,8%
Abschreibungen	-116	-114	-123	-111	-116	-4 3,8%
Verwaltungsaufwendungen	-857	-925	-978	-950	-1.045	-95 10,0%
Betriebsergebnis	1.412	1.775	1.882	1.509	1.152	-357 -23,6%
Übriges Ergebnis	-6	-118	-442	-96	-354	-258 268,9%
Staatliche Maßnahmen und Pflichtgaben	-82	-44	-52	-236	-2	234 -99,3%
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-242	-160	-228	-301	42	342 -
Ergebnis vor Steuern	1.082	1.453	1.160	877	838	-39 -4,4%
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-223	-297	-270	-176	-211	-35 20,0%
Ergebnis nach Steuern aus fortgeführten Geschäftsbereichen	859	1.156	890	700	627	-74 -10,5%
Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	435	0	0	0	0	0 -
Ergebnis nach Steuern	1.294	1.156	890	700	627	-74 -10,5%
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	-24	-67	-64	-43	-49	-6 13,1%
Konzernergebnis	1.270	1.089	826	657	578	-79 -12,1%

Veränderung zweites Quartal 2023 versus erstes Quartal 2023

Der Zinsüberschuss reduzierte sich um € 21 Millionen auf € 1.364 Millionen. Dies ist vorwiegend auf einen Rückgang des Zinsüberschusses um € 55 Millionen in Russland aufgrund der Abwertung des russischen Rubels und währungsbedingt rückläufiger Kreditvolumina zurückzuführen. In zahlreichen Ländern des Konzerns sorgten hingegen gestiegene Marktzinssätze für einen Anstieg des Zinsüberschusses. In der Slowakei erhöhte sich der Zinsüberschuss um € 8 Millionen, in Serbien um € 7 Millionen und in Tschechien um € 6 Millionen. In der Raiffeisen Bausparkasse Gesellschaft m.b.H. führten Zinsanpassungen bei variablen Darlehensverträgen zu einem Anstieg des Zinsüberschusses um € 7 Millionen. In der Konzernzentrale sorgten jedoch die infolge höherer Marktzinssätze gestiegenen Zinsaufwendungen für einen Rückgang des Zinsüberschusses um € 21 Millionen. Die Nettozinsspanne blieb mit einem geringfügigen Rückgang um einen Basispunkt auf 2,74 Prozent nahezu unverändert.

Der Provisionsüberschuss reduzierte sich um 24 Prozent oder € 234 Millionen auf € 732 Millionen vorrangig aufgrund niedrigerer Erträge aus dem Fremdwährungsgeschäft in Russland. Dieser Rückgang um € 98 Millionen ist durch gesunkene Volumina aufgrund der Einführung von Transaktionslimits, geringere Margen sowie durch die Währungsabwertung begründet. Ebenso verzeichnete das Ergebnis aus dem Zahlungsverkehr eine Abnahme um € 61 Millionen aufgrund geringerer Transaktionen, am stärksten in Russland. Das Ergebnis aus dem Wertpapiergeschäft reduzierte sich ebenso um € 59 Millionen in Russland.

Das Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen verringerte sich um € 56 Millionen auf € 30 Millionen. Der Rückgang resultierte etwa zur Hälfte aus der Konzernzentrale, wo sich das Handelsergebnis um € 27 Millionen auf minus € 4 Millionen reduzierte. Einem Anstieg von währungsbedingten Bewertungsverlusten standen in geringerem Ausmaß zinsinduzierte Bewertungsgewinne gegenüber. Darüber hinaus führte im Bereich des Zertifikatsgeschäfts der Rückgang der eigenen Risikoaufschläge in Höhe von circa 20 Basispunkten im zweiten Quartal zu höheren negativen Bewertungseffekten von € 14 Millionen. Eine Reduktion währungsbedingter Bewertungseffekte gab es vor allem in Ungarn, Rumänien und Albanien in Summe von € 16 Millionen. Im Zusammenhang mit Veranlagungen in Venture Capital Fonds kam es im zweiten Quartal zu Bewertungsverlusten in Höhe von € 5 Millionen.

Das sonstige betriebliche Ergebnis lag im zweiten Quartal mit € 51 Millionen deutlich über dem ersten Quartal mit minus € 9 Millionen. Das Ergebnis aus bankfremden Tätigkeiten (Anstieg: € 8 Millionen) sowie das Ergebnis aus Versicherungsverträgen (Anstieg: € 10 Millionen) überwiegend in Kroatien wirkten sich im zweiten Quartal positiv aus. Im ersten Quartal wurden sonstige Rückstellungen in Höhe von € 20 Millionen dotiert, wovon auf Russland € 17 Millionen für offene Rechtsfälle entfielen. Weiters ergaben sich im ersten Quartal Verluste aus dem Verkauf von Schuldverschreibungen in Höhe von € 13 Millionen vorwiegend in Belarus.

Die Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich im Quartalsvergleich um € 95 Millionen auf € 1.045 Millionen. Dabei stieg der Personalaufwand um € 44 Millionen auf € 606 Millionen, der Sachaufwand um € 46 Millionen auf € 323 Millionen und die Abschreibungen um € 4 Millionen auf € 116 Millionen. Haupttreiber für den Anstieg im zweiten Quartal waren der um € 36 Millionen höhere Sachaufwand sowie der um € 31 Millionen höhere Personalaufwand in der Konzernzentrale. Wesentliche Gründe waren höhere Beratungsaufwendungen sowie kollektivvertragliche Gehaltsanpassungen und eine höhere Dotierung der Urlaubsrückstellung.

Das übrige Ergebnis verzeichnete mit minus € 354 Millionen einen deutlichen Rückgang in Höhe von € 258 Millionen. Ausschlaggebend dafür waren die Aufwände für kreditbezogene, portfolio-basierte Rechtsstreitigkeiten und Annullierungen von Kreditverträgen, die sich im zweiten Quartal 2023 auf insgesamt € 344 Millionen nach € 85 Millionen im ersten Quartal 2023 beliefen. Dies betraf im Wesentlichen das Hypothekarkredit-Portfolio in Polen. Der Aufwand in Polen in Höhe von € 338 Millionen im zweiten Quartal (Anstieg: € 252 Millionen) resultierte aus der Aktualisierung der Einflussgrößen in der Modellberechnung – insbesondere durch den signifikanten Anstieg der erwarteten Rechtsfälle – sowie aus Verlusten im Zusammenhang mit Annullierungen von Kreditverträgen.

Die staatlichen Maßnahmen und Pflichtabgaben beliefen sich im zweiten Quartal auf € 2 Millionen gegenüber € 236 Millionen im ersten Quartal, da diese großteils aufgrund der zugrunde liegenden Bestimmungen (IFRIC 21) jeweils zur Gänze im ersten Quartal zu buchen sind.

Die Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte beliefen sich im ersten Quartal auf € 301 Millionen, im zweiten Quartal wurde hingegen eine Nettoauflösung in Höhe von € 42 Millionen gebucht. Hauptverantwortlich für die Entwicklung war weiterhin die Region Osteuropa, die im ersten Quartal Risikokosten in Höhe von € 306 Millionen aufwies, die primär infolge weiterer Sanktionen gegenüber Kunden in Russland entstanden waren. Im zweiten Quartal erfolgte eine Nettoauflösung in Höhe von € 33 Millionen, insbesondere in Russland für Risikovorsorgen für Nicht-Finanzunternehmen aufgrund von Rückzahlungen sanktionierter Kunden.

Bilanz

Die Bilanzsumme ging seit Jahresbeginn um rund € 1 Milliarde oder 0,5 Prozent leicht zurück, die Effekte aus der Währungsentwicklung waren hingegen für einen Rückgang um 1,4 Prozent verantwortlich. Der Abwertung des russischen Rubels um 23 Prozent, des Belarus Rubels um 14 Prozent, der ukrainischen Hryvna um 3 Prozent und des US-Dollars um 2 Prozent stand eine Aufwertung des ungarischen Forints um 7 Prozent und der tschechischen Krone um 2 Prozent gegenüber.

Im ersten Halbjahr 2023 wurden deutlich höhere Wertpapierveranlagungen – vor allem in Staatsanleihen – und ein höheres Wertpapier-Handelsvolumen in der Konzernzentrale, in Tschechien, Ungarn, Rumänien und der Slowakei verzeichnet. Das Kundenkreditwachstum wies konzernweit eine flache Entwicklung im laufenden Geschäftsjahr auf, wobei Zuwächse in einigen Kermärkten wie Rumänien, Slowakei und Tschechien hervorzuheben sind.

Aktiva

in € Millionen	30.6.2022 ¹	30.9.2022 ¹	31.12.2022	31.3.2023	30.6.2023	Veränderung Jahresende
Forderungen an Kreditinstitute	17.000	17.699	15.716	17.442	17.358	1.642
Forderungen an Kunden	107.700	109.066	103.230	105.336	101.806	-1.423
davon Nicht-Finanzunternehmen	52.132	52.758	48.829	48.939	48.296	-534
davon Haushalte	41.541	42.010	40.867	40.806	40.525	-343
Wertpapiere	23.512	23.885	23.711	26.281	28.236	4.525
Barbestände und übrige Aktiva	65.979	69.188	64.401	61.919	58.723	-5.678
Gesamt	214.192	219.837	207.057	210.977	206.123	-934
1 Adaptierung der Vorjahreswerte aufgrund IAS-8-Anpassung (Details siehe Kapitel Anpassung der Vorjahresperiode gemäß IAS 8)						

Der Anstieg der Forderungen an Kreditinstitute resultierte überwiegend aus einem höheren Volumen an Repo-Geschäften in Tschechien und Russland sowie an kurzfristigen Einlagen im Interbankengeschäft in Russland.

In Russland wurde das Kreditvolumen seit Beginn des russischen Angriffskriegs in der Ukraine deutlich reduziert und nahm weiterhin – insbesondere bei Hypothekarkrediten und unbesicherten Krediten an Haushalte sowie bei Working-Capital-Finanzierungen und befristeten Darlehen an Nicht-Finanzunternehmen – im ersten Halbjahr 2023 um € 1.902 Millionen ab, was durch die Abwertung des russischen Rubels verstärkt wurde. Der Rückgang in der Konzernzentrale in Höhe von € 590 Millionen resultierte vor allem aus einem geringeren Volumen an Geldmarktgeschäften und Kreditrückzahlungen, dem ein Anstieg der Repo-Geschäfte gegenüber stand. In Tschechien wurde ein Zuwachs um € 585 Millionen verzeichnet, insbesondere bei Hypothekar- und Verbraucherkrediten sowie Projektfinanzierungen und unterstützt durch die Aufwertung der tschechischen Krone. Währungsbereinigt lag der Anstieg bei 2 Prozent. In der Slowakei betrug das Wachstum € 250 Millionen bzw. 2 Prozent, in Rumänien € 303 Millionen bzw. 4 Prozent, hauptsächlich bei Krediten an Nicht-Finanzunternehmen.

Der Anstieg der Wertpapiere war vorwiegend auf Veranlagungen in der Konzernzentrale (Anstieg: € 1.460 Millionen), in Tschechien (Anstieg: € 1.432 Millionen), Ungarn (Anstieg: € 712 Millionen), Rumänien (Anstieg: € 487 Millionen) und in der Slowakei (Anstieg: € 389 Millionen), insbesondere in Staatsanleihen, zurückzuführen.

Der Rückgang der Barbestände um € 5.300 Millionen war im Wesentlichen auf eine Reduktion der Zentralbankguthaben in der Konzernzentrale zurückzuführen, die teilweise durch einen Anstieg der Repo-Geschäfte kompensiert wurde (Rückgang gesamt: € 2.588 Millionen). In Russland wurde ein Rückgang der Barbestände um € 2.264 Millionen vor allem bei täglich fälligen Interbanken-Platzierungen verzeichnet. Bei den in den übrigen Aktiva ausgewiesenen, positiven Marktwerten von Derivaten, vorwiegend Zinsderivate in der Konzernzentrale, wurde ein Rückgang um € 635 Millionen aufgrund von bewertungs- und volumenbedingten Veränderungen verzeichnet.

Passiva

in € Millionen	30.6.2022 ¹	30.9.2022 ¹	31.12.2022	31.3.2023	30.6.2023	Veränderung Jahresende
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	37.293	40.769	33.641	35.005	33.681	40 0,1%
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	131.283	129.786	125.099	124.776	120.553	-4.546 -3,6%
davon Nicht-Finanzunternehmen	54.019	53.502	50.042	49.850	45.827	-4.215 -8,4%
davon Haushalte	60.806	60.108	58.876	59.234	58.427	-449 -0,8%
Schuldverschreibungen und übrige Passiva	27.568	29.893	29.554	31.971	32.561	3.007 10,2%
Eigenkapital	18.048	19.388	18.764	19.225	19.329	565 3,0%
Gesamt	214.192	219.837	207.057	210.977	206.123	-934 -0,5%

¹ Adaptierung der Vorjahreswerte aufgrund IAS-8-Anpassung (Details siehe Kapitel Anpassung der Vorjahresperiode gemäß IAS 8)

Der Rückgang der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden seit Jahresbeginn war vor allem auf geringere Einlagen von Firmenkunden und reduzierte Geldmarktgeschäfte mit sonstigen Finanzunternehmen in der Konzernzentrale (€ 4.550 Millionen) zurückzuführen. In Russland reduzierten sich die Kundeneinlagen währungsbedingt (Rückgang: € 2.448 Millionen) vor allem bei kurz- als auch langfristigen Einlagen von Haushalten und Nicht-Finanzunternehmen, in lokaler Währung wurde hingegen ein Zuwachs von rund 8 Prozent verzeichnet. In Tschechien stiegen die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden um € 2.045 Millionen oder 9 Prozent, vor allem bei Repo-Geschäften mit Regierungen und bei kurzfristigen Einlagen mehrheitlich von Haushalten, währungsbereinigt lag dieser bei 7 Prozent.

Die Schuldverschreibungen erhöhten sich um € 3.620 Millionen. In der Berichtsperiode wurden von der Konzernzentrale eine Senior-Preferred-Anleihe in Höhe von € 1,0 Milliarde und zwei hypothekarisch gedeckte Schuldverschreibungen mit einem Nominalwert von jeweils € 500 Millionen emittiert, MREL-fähige Schuldverschreibungen wurden in Tschechien (€ 300 Millionen) und in der Slowakei (€ 500 Millionen), bei Letzterer auch gedeckte Schuldverschreibungen, emittiert. Bei den in den übrigen Passiva ausgewiesenen negativen Marktwerten von Derivaten, vorwiegend Zinsderivate in der Konzernzentrale, wurde ein Rückgang um € 713 Millionen aufgrund von bewertungs- und volumenbedingten Veränderungen verzeichnet.

Liquidität und Funding

Mit der starken Liquiditätssposition und den bewährten Prozessen zur Steuerung des Liquiditätsrisikos stellt die RBI ihre hohe Anpassungsfähigkeit in der aktuellen Krise aufgrund des russischen Angriffskriegs in der Ukraine unter Beweis. Die Liquiditätsdeckungsquote belief sich zum 30. Juni 2023 auf 186 Prozent (31. Dezember 2022: 202 Prozent) bei einem regulatorischen Limit von 100 Prozent, die strukturelle Liquiditätsquote (NSFR) betrug 139 Prozent (31. Dezember 2022: 135 Prozent).

Das Konzern-Funding gründet sich auf eine starke Basis an Kundeneinlagen – vor allem Retail-Geschäft in Zentral- und Osteuropa – und wird durch Wholesale-Funding – hauptsächlich über die RBI AG und die Tochterbanken ergänzt. Neben dem Funding durch die Raiffeisen Landesbanken werden auch Finanzierungsdarlehen von Dritten und Interbankenkredite mit Drittbanken genutzt. Die Loan/Deposit Ratio lag zum 30. Juni 2023 bei 85,2 Prozent (31. Dezember 2022: 82,4 Prozent).

Bilanzielles Eigenkapital

Das Eigenkapital inklusive des Kapitals nicht beherrschender Anteile verzeichnete seit Jahresbeginn einen Anstieg um € 565 Millionen auf € 19.329 Millionen.

Das Gesamtergebnis von € 625 Millionen setzte sich aus dem Ergebnis nach Steuern in Höhe von € 1.327 Millionen und dem sonstigen Ergebnis von minus € 702 Millionen zusammen. Die Währungsentwicklung wirkte sich mit minus € 829 Millionen negativ auf das sonstige Ergebnis aus. Die Abwertung des russischen Rubels um 23 Prozent führte zu einem negativen Beitrag von € 856 Millionen, die Abwertung des Belarus Rubels um 14 Prozent trug mit € 62 Millionen zum negativen Ergebnis der Währungsentwicklung bei. Demgegenüber standen positive Beiträge des ungarischen Forints in Höhe von € 68 Millionen (Aufwertung 7 Prozent) und der tschechischen Krone (Aufwertung 2 Prozent) in Höhe von € 41 Millionen.

Dem gegenüber standen positive Effekte aus den Veränderungen des Fair Values von Eigenkapitalinstrumenten und finanziellen Vermögenswerten in Höhe von € 59 Millionen sowie aus Anpassungen der Cash-Flow-Hedge-Rücklage in Höhe von € 48 Millionen.

Eigenmittel gemäß CRR/BWG

Das harte Kernkapital (CET1) betrug nach Abzugsposten € 15.819 Millionen, dies entspricht einer Steigerung um € 176 Millionen gegenüber dem Jahresendwert 2022. Haupttreiber für den Anstieg war die Berücksichtigung des Periodenergebnisses nach Abzug etwaiger Dividenden. Dem standen negative Fremdwährungseffekte gegenüber.

Das Kernkapital (Tier 1) nach Abzugsposten erhöhte sich um € 182 Millionen auf € 17.501 Millionen. Hauptverantwortlich dafür waren die Effekte beim harten Kernkapital. Das Ergänzungskapital (Tier 2) reduzierte sich geringfügig um € 30 Millionen auf € 2.353 Millionen aufgrund der regulatorischen Abreifungen der ausstehenden Instrumente. Die gesamten Eigenmittel beliefen sich auf € 19.854 Millionen. Dies entspricht einer Erhöhung um € 152 Millionen im Vergleich zum Jahresendwert 2022.

Die risikogewichteten Aktiva (RWA gesamt) erhöhten sich gegenüber dem Jahresendwert 2022 in Summe um € 1.527 Millionen auf € 99.207 Millionen. Wesentliche Treiber für den Anstieg im Kreditrisiko waren organisches Wachstum sowie anorganische Effekte, vorwiegend aufgrund einer höheren Risikogewichtung von Staatsschuldtiteln, sofern diese in Landeswährung eines anderen Mitgliedstaats lauten und refinanziert sind (Artikel 500a CRR). Dem gegenüber reduzierten sich die RWAs aufgrund von Währungsabwertungen, die sich sowohl auf das Kredit- als auch auf das Marktrisiko auswirkten.

Unter Berücksichtigung des Periodenergebnisses ergaben sich folgende Quoten: eine harte Kernkapitalquote (transitional) von 15,9 Prozent, eine Kernkapitalquote (transitional) von 17,6 Prozent und eine Eigenmittelquote (transitional) von 20,0 Prozent. Die Kapitalquoten auf Basis einer Vollanwendung der CRR (fully loaded) beliefen sich auf 15,6 Prozent (harte Kernkapitalquote), 17,3 Prozent (Kernkapitalquote) und 19,9 Prozent (Eigenmittelquote).

Risikomanagement

Für Informationen zum Risikomanagement wird auf den Risikobericht im Konzernzwischenabschluss verwiesen.

Ausblick

Der folgende Ausblick bezieht sich auf die RBI ohne Russland und Belarus, die jeweiligen Angaben in Klammern beziehen sich auf die bestehende geografische Positionierung. Die RBI wird mögliche Transaktionen, die zu einem Verkauf oder einer Abspaltung der Raiffeisenbank Russland und ihrer Endkonsolidierung aus der RBI führen würden, weiterverfolgen.

Der Zinsüberschuss dürfte im Jahr 2023 zwischen € 3,8 und € 4,0 Milliarden (zwischen € 5,3 und € 5,4 Milliarden) und der Provisionsüberschuss bei rund € 1,8 Milliarden (zwischen € 3,2 und € 3,4 Milliarden) liegen.

Wir gehen davon aus, dass die Forderungen an Kunden um rund 2 Prozent (~0 Prozent) wachsen.

Wir erwarten Verwaltungsaufwendungen in Höhe von rund € 3,1 Milliarden (rund € 4,0 Milliarden), was zu einer Cost/Income Ratio von 51 bis 53 Prozent (43 bis 45 Prozent) führen dürfte.

Die Neubildungsquote – vor Berücksichtigung von Overlays – dürfte rund 45 Basispunkte (bis zu 60 Basispunkte) betragen.

Der Konzern-Return-on-Equity dürfte 2023 voraussichtlich bei rund 10 Prozent (rund 17 Prozent) liegen.

Zum Jahresende 2023 erwarten wir eine harte Kernkapitalquote von über 13,5 Prozent* (über 16 Prozent).

Jegliche Entscheidung über eine Dividendausschüttung wird von der Kapitalposition des Konzerns ohne Russland abhängen.

Die mittelfristigen Ziele für Return-on-Equity und Ausschüttungsquote bleiben aufgrund der gegenwärtigen Unsicherheiten in Osteuropa ausgesetzt.

*Unter Annahme einer Endkonsolidierung der russischen Einheit zum Kurs-Buchwertverhältnis von Null.

➤ Segment- und Länderanalyse

Die Segmentberichterstattung der RBI erfolgt gemäß IFRS 8 auf Basis der bestehenden Organisationsstruktur, wobei als Steuerungseinheit im Konzern jeweils ein Land fungiert. Weitere Informationen zur Segmentierung befinden sich im Kapitel Segmentberichterstattung des Konzernabschlusses sowie auf der Website der RBI (www.rbiinternational.com → Investoren → Berichte).

Zentraleuropa

in € Millionen	1.1.-30.6.2023	1.1.-30.6.2022	Verände- rung	Q2/2023	Q1/2023	Verände- rung
Zinsüberschuss	753	624	20,8%	386	367	5,3%
Dividendenerträge	6	3	135,5%	4	2	89,4%
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	2	2	-24,0%	2	-1	-
Provisionsüberschuss	288	279	3,5%	147	141	4,4%
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	-23	-11	111,1%	-14	-8	71,5%
Ergebnis aus Hedge Accounting	-4	1	-	-1	-3	-76,3%
Sonstiges betriebliches Ergebnis	18	8	121,7%	13	5	145,7%
Betriebserträge	1.041	906	15,0%	538	503	6,8%
Verwaltungsaufwendungen	-486	-437	11,4%	-250	-236	6,0%
Betriebsergebnis	555	469	18,3%	288	267	7,6%
Übriges Ergebnis	-433	-97	346,5%	-347	-86	305,1%
Staatliche Maßnahmen und Pflichtgaben	-128	-105	22,0%	-7	-121	-94,6%
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-38	-54	-29,6%	-26	-12	111,7%
Ergebnis vor Steuern	-44	213	-	-92	48	-
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-78	-65	19,7%	-39	-38	2,8%
Ergebnis nach Steuern	-122	148	-	-132	9	-
Return on Equity vor Steuern	-	11,1%	-	-	4,5 %	-
Return on Equity nach Steuern	-	7,7%	-	-	0,9 %	-
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	2,36%	2,17%	0,19 PP	2,42%	2,32%	0,10 PP
Cost/Income Ratio	46,7%	48,2%	-1,5 PP	46,5%	46,9 %	-0,4 PP

Ausschlaggebend für den Rückgang im Ergebnis nach Steuern im Jahresvergleich war im Wesentlichen ein um € 322 Millionen gestiegener Aufwand für kreditbezogene, portfolio-basierte Rechtsstreitigkeiten sowie für Annullierungen von Kreditverträgen in Polen. Dieser Anstieg resultierte aus der Aktualisierung der Einflussgrößen in der Modellberechnung infolge eines signifikanten Anstiegs der erwarteten Rechtsfälle, aus Verlusten aus Kreditvertragsannullierungen sowie aus zusätzlich gebildeten Overlays. Der Anstieg der Betriebserträge um € 135 Millionen ist vor allem auf die positive Entwicklung des Zinsüberschusses aufgrund höherer Marktzinssätze und Kreditvolumina in Ungarn (Anstieg: € 101 Millionen) und der Slowakei (Anstieg: € 40 Millionen) zurückzuführen. In Tschechien kam es zu einem Rückgang um € 13 Millionen, nachdem steigende Zinsaufwendungen für Kundeneinlagen von Haushalten sowie für neu ausgegebene MREL-fähige Schuldverschreibungen den Anstieg der Zinserträge aus dem Repo-Geschäft und Kundenkrediten deutlich übertrafen. Die Verwaltungsaufwendungen stiegen um € 50 Millionen, insbesondere in Ungarn (Anstieg: € 23 Millionen) aufgrund höherer Aufwendungen für Personal und Transaktionssteuern und in der Slowakei (Anstieg: € 13 Millionen). Ursache für die um € 23 Millionen höheren Aufwendungen für staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben war im Wesentlichen die Adaptierung der im Vorjahr eingeführten speziellen Bankenabgabe in Ungarn (Anstieg: € 29 Millionen). Verantwortlich für die niedrigeren Risikokosten waren Rückgänge in Tschechien und in der Slowakei aufgrund verbesserter Rahmenbedingungen. Der Anstieg der Steuern vom Einkommen und Ertrag war auf die Ergebnisverbesserung in der Slowakei und die neu eingeführte Übergewinnsteuer in Tschechien zurückzuführen.

in € Millionen	Polen		Slowakei	
	1.1.-30.6.2023	1.1.-30.6.2022	1.1.-30.6.2023	1.1.-30.6.2022
Zinsüberschuss	8	6	190	150
Dividendenerträge	0	0	0	0
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	0	0	2	2
Provisionsüberschuss	0	1	94	92
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	1	0	6	1
Ergebnis aus Hedge Accounting	0	0	0	0
Sonstiges betriebliches Ergebnis	0	-9	1	1
Betriebserträge	8	-2	293	247
Verwaltungsaufwendungen	-31	-17	-131	-118
Betriebsergebnis	-23	-19	162	129
Übriges Ergebnis	-424	-102	0	1
Staatliche Maßnahmen und Pflichtgaben	-2	-3	-7	-11
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	11	12	-27	-30
Ergebnis vor Steuern	-438	-112	128	88
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	-29	-21
Ergebnis nach Steuern	-438	-112	99	67

in € Millionen	Tschechien		Ungarn	
	1.1.-30.6.2023	1.1.-30.6.2022	1.1.-30.6.2023	1.1.-30.6.2022
Zinsüberschuss	312	325	245	143
Dividendenerträge	2	0	4	3
Provisionsüberschuss	95	95	98	90
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	-3	-12	-26	1
Ergebnis aus Hedge Accounting	-3	0	-1	1
Sonstiges betriebliches Ergebnis	14	14	3	1
Betriebserträge	417	422	323	239
Verwaltungsaufwendungen	-196	-197	-129	-105
Betriebsergebnis	222	225	194	133
Übriges Ergebnis	-1	10	-8	-5
Staatliche Maßnahmen und Pflichtgaben	-23	-22	-95	-69
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-19	-29	-4	-6
Ergebnis vor Steuern	179	184	87	53
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-39	-33	-10	-11
Ergebnis nach Steuern	139	151	77	43

Südosteuropa

in € Millionen	1.1.-30.6.2023	1.1.-30.6.2022	Verände -rung	Q2/2023	Q1/2023	Verände -rung
Zinsüberschuss	617	416	48,4%	318	299	6,4%
Dividendenerträge	1	3	-73,7%	1	0	84,9%
Provisionsüberschuss	215	213	0,9%	110	105	5,2%
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	5	-10	-	-4	9	-
Ergebnis aus Hedge Accounting	0	0	0,4%	0	0	-20,5%
Sonstiges betriebliches Ergebnis	5	22	-79,2%	3	2	81,3%
Betriebserträge	843	645	30,8%	428	415	3,1%
Verwaltungsaufwendungen	-352	-310	13,3%	-177	-175	1,3%
Betriebsergebnis	492	334	47,1%	251	241	4,4%
Übriges Ergebnis	-6	-3	107,5%	-6	0	-
Staatliche Maßnahmen und Pflichtgaben	-24	-30	-19,9%	-4	-20	-79,4%
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	40	-25	-	40	0	>500,0%
Ergebnis vor Steuern	501	276	81,8%	280	221	27,0%
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-83	-42	96,2%	-49	-33	46,5%
Ergebnis nach Steuern aus fortgeführten Geschäftsbereichen	419	234	79,2%	231	187	23,6%
Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	0	46	-	0	0	-
Ergebnis nach Steuern	419	279	50,0%	231	187	23,6%
Return on Equity vor Steuern	32,0%	17,0%	15,0 PP	35,8%	28,4%	7,4 PP
Return on Equity nach Steuern	26,7%	17,2%	9,6 PP	29,6%	24,1%	5,4 PP
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	4,16%	3,20%	0,97 PP	4,25%	4,07%	0,18 PP
Cost/Income Ratio	41,7%	48,1%	-6,4 PP	41,3%	42,1%	-0,7 PP

Per 1. April 2022 wurde die Crédit Agricole Srbija AD erstmalig in den Konsolidierungskreis einbezogen und mit der serbischen Tochterbank, die Raiffeisen banka a.d., per 30. April 2023 verschmolzen. Im ersten Halbjahr 2022 war in dem Posten Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen das Periodenergebnis der zur Veräußerung gehaltenen bulgarischen Konzerneinheiten enthalten, das Ergebnis aus Endkonsolidierungen in Höhe von € 398 Millionen war dem Segment Corporate Center zugeordnet worden.

Der Anstieg im Ergebnis nach Steuern aus fortgeführten Geschäftsbereichen war vorwiegend auf einen signifikanten Zuwachs des Zinsüberschusses zurückzuführen. Die Haupttreiber für den Zuwachs im Zinsüberschuss waren ein gestiegenes Zinsniveau und höhere Kreditvolumina. Der Zinsüberschuss erhöhte sich um € 201 Millionen oder 48 Prozent und stammte mit € 69 Millionen aus Serbien, vor allem aufgrund höherer Zinserträge aus Krediten an Nicht-Finanzunternehmen und Haushalte und zusätzlich durch die im April 2022 erfolgte Akquisition. Starke Zuwächse im Zinsüberschuss wurden auch in Rumänien mit € 64 Millionen oder 29 Prozent und in Kroatien mit € 31 Millionen oder 56 Prozent verzeichnet. Das Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen verbesserte sich von minus € 10 Millionen in der Vorjahresperiode auf plus € 5 Millionen, hervorgerufen durch Gewinne bzw. niedrigere Verluste aus zum Zeitwert bewerteten Krediten und Schuldverschreibungen in Kroatien und Rumänien. Das sonstige betriebliche Ergebnis fiel gegenüber der Vergleichsperiode um € 17 Millionen geringer aus, hauptsächlich durch Dotierungen (€ 6 Millionen im laufenden Jahr) bzw. Auflösungen von sonstigen Rückstellungen (€ 10 Millionen in der Vergleichsperiode vorwiegend im Zusammenhang mit Rechtsfällen in Rumänien) verursacht. Die Verwaltungsaufwendungen stiegen in allen Ländern des Segments, wobei die größten Anstiege aus den Personalaufwendungen mit € 24 Millionen resultierten. In Rumänien waren neben höheren Personalständen auch leistungsbezogene Erhöhungen für den Anstieg um € 11 Millionen verantwortlich. Der Anstieg in Serbien um € 6 Millionen war durch höhere Personalzahlen bedingt. Der Sachaufwand erhöhte sich um € 12 Millionen vor allem aufgrund höherer Raum-, IT- und Kommunikationsaufwendungen. Eine deutliche Verbesserung gab es bei den Risikokosten mit einer Nettoauflösung in Höhe von € 40 Millionen in der Berichtsperiode, während die Vorjahresperiode mit € 25 Millionen belastet gewesen war. Dieser positive Trend zeichnete sich in nahezu allen Ländern des Segments ab, die größten Rückgänge bei den Risikokosten wurden in Kroatien und Rumänien – vor allem bei Krediten an Haushalte – verzeichnet. Die Steuern vom Einkommen und Ertrag stiegen vor allem ergebnisbedingt um € 40 Millionen auf € 83 Millionen.

in € Millionen	Albanien		Bosnien und Herzegowina		Kosovo	
	1.1.-30.6.2023	1.1.-30.6.2022	1.1.-30.6.2023	1.1.-30.6.2022	1.1.-30.6.2023	1.1.-30.6.2022
Zinsüberschuss	52	31	40	30	31	25
Dividendenerlöte	0	1	0	2	0	0
Provisionsüberschuss	9	9	26	26	8	8
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	-5	1	1	1	1	0
Sonstiges betriebliches Ergebnis	0	0	-2	1	2	2
Betriebserlöte	57	42	66	59	43	35
Verwaltungsaufwendungen	-24	-21	-29	-27	-18	-16
Betriebsergebnis	33	21	37	33	24	19
Übriges Ergebnis	0	0	0	0	0	0
Staatliche Maßnahmen und Pflichtgaben	-4	-3	-3	-3	-1	-1
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	11	4	0	-9	-2	-2
Ergebnis vor Steuern	40	22	34	21	21	16
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-6	-3	-3	-2	-2	-2
Ergebnis nach Steuern	34	19	31	19	19	14
in € Millionen	Kroatien		Rumänien		Serbien	
	1.1.-30.6.2023	1.1.-30.6.2022	1.1.-30.6.2023	1.1.-30.6.2022	1.1.-30.6.2023	1.1.-30.6.2022
Zinsüberschuss	85	54	283	219	125	56
Dividendenerlöte	0	0	1	0	0	0
Provisionsüberschuss	35	42	85	89	51	39
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	-6	-4	7	-11	7	3
Sonstiges betriebliches Ergebnis	2	7	-1	9	2	4
Betriebserlöte	117	100	375	306	186	103
Verwaltungsaufwendungen	-60	-60	-161	-139	-59	-48
Betriebsergebnis	57	39	214	167	127	55
Übriges Ergebnis	-5	-1	-1	-2	0	0
Staatliche Maßnahmen und Pflichtgaben	0	-4	-10	-14	-6	-5
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	23	-7	18	-6	-9	-5
Ergebnis vor Steuern	75	27	220	144	112	46
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-14	-5	-41	-24	-17	-6
Ergebnis nach Steuern	61	22	179	120	95	40

Osteuropa

in € Millionen	1.1.-30.6.2023	1.1.-30.6.2022	Verände- rung	Q2/2023	Q1/2023	Verände- rung
Zinsüberschuss	945	838	12,8%	441	504	-12,4%
Dividendenerträge	0	0	-70,9%	0	0	-
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	2	2	-12,5%	1	1	-47,9%
Provisionsüberschuss	872	752	15,9%	323	549	-41,2%
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	125	130	-3,6%	59	66	-9,6%
Ergebnis aus Hedge Accounting	-2	-18	-89,4%	-1	-1	37,0%
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-31	-3	>500,0%	3	-33	-
Betriebserträge	1.911	1.700	12,4%	826	1.085	-23,9%
Verwaltungsaufwendungen	-565	-388	45,9%	-285	-280	1,8%
Betriebsergebnis	1.345	1.312	2,5%	540	805	-32,9%
Übriges Ergebnis	-4	-5	-14,7%	1	-5	-
Staatliche Maßnahmen und Pflichtgaben	-30	-32	-6,0%	-14	-16	-14,7%
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-273	-489	-44,2%	33	-306	-
Ergebnis vor Steuern	1.038	786	32,0%	560	478	17,1%
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-217	-170	27,4%	-117	-100	17,7%
Ergebnis nach Steuern	821	616	33,3%	443	378	17,0%
Return on Equity vor Steuern	53,5%	52,0%	1,4 PP	57,7%	50,9%	6,8 PP
Return on Equity nach Steuern	42,3%	40,8%	1,5 PP	45,6%	40,3%	5,3 PP
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	6,29%	5,89%	0,40 PP	6,16%	6,39%	-0,23 PP
Cost/Income Ratio	29,6%	22,8%	6,8 PP	34,6%	25,8%	8,7 PP

Der Zinsüberschuss erhöhte sich um € 107 Millionen auf € 945 Millionen. In Russland stieg der Zinsüberschuss um € 83 Millionen trotz eines Rückgangs der Kreditvolumina um 48 Prozent, hervorgerufen durch eine Reduktion der Zinsaufwendungen aufgrund niedrigerer Zinssätze für Kundeneinlagen. In der Ukraine sorgten höhere Zinserträge aus staatlichen Einlagenzertifikaten, aus dem Geldmarktgescäft sowie aus Staatsanleihen für einen Anstieg des Zinsüberschusses um € 37 Millionen. Der Provisionsüberschuss stieg trotz Währungsabwertungen und wurde nach wie vor durch die geopolitische Situation getrieben. Besonders stark nahm er in Russland aufgrund gestiegener Transaktionen im Zahlungsverkehr zu, wodurch es zu einem Anstieg um € 95 Millionen kam. Ebenso stiegen der Provisionsüberschuss aus dem Wertpapiergeschäft um € 52 Millionen und aus Erträgen im Zusammenhang mit Aktivitäten aus Devisenkontrollen um € 54 Millionen, während sich das Ergebnis aus dem Fremdwährungsgeschäft volumen- sowie marginenbedingt um € 79 Millionen reduzierte. Die Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich aufgrund von höheren Gehältern und Sozialabgaben, Rückstellungen für Einmalzahlungen sowie aus dem Anstieg des Personalstands. Die Risikokosten in der Berichtsperiode beliefen sich auf € 273 Millionen (Vorjahresperiode: € 489 Millionen), davon wurden in Russland € 188 Millionen und in der Ukraine € 79 Millionen gebucht. Die Dotierungen für Stage 1 und Stage 2 betrugen in Russland € 134 Millionen (primär Nicht-Finanzunternehmen) und in der Ukraine € 61 Millionen (überwiegend Regierungen und Nicht-Finanzunternehmen). In der Vorjahresperiode ergaben sich zusätzliche Dotierungen aufgrund der Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Der Anstieg der Steuern vom Einkommen und Ertrag gegenüber der Vergleichsperiode resultierte vor allem aus deutlichen Ergebnisverbesserungen, insbesondere in Russland und der Ukraine.

In Russland wurde die Reduzierung des Geschäfts fortgesetzt: Seit Beginn des Kriegs gegen die Ukraine wurde das Kreditvolumen in lokaler Währung um 35 Prozent verringert. Als weitere Maßnahme wurde der Zahlungsverkehr limitiert. Diese Beschränkung spiegelt sich bereits im Provisionsüberschuss wider, der im zweiten Quartal um 47 Prozent auf € 264 Millionen zurückging, nach € 496 Millionen im ersten Quartal.

in € Millionen	Belarus		Russland		Ukraine	
	1.1.-30.6.2023	1.1.-30.6.2022	1.1.-30.6.2023	1.1.-30.6.2022	1.1.-30.6.2023	1.1.-30.6.2022
Zinsüberschuss	47	59	698	615	200	163
Dividendenerlöte	0	0	0	0	0	0
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	0	0	2	2	0	0
Provisionsüberschuss	68	54	760	670	44	28
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	15	25	90	74	20	31
Ergebnis aus Hedge Accounting	0	0	-2	-18	0	0
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-12	-2	-17	-2	-2	1
Betriebserlöte	118	136	1.531	1.341	262	223
Verwaltungsaufwendungen	-37	-34	-446	-258	-82	-96
Betriebsergebnis	81	102	1.085	1.083	179	127
Übriges Ergebnis	0	0	-6	0	2	-5
Staatliche Maßnahmen und Pflichtgaben	-1	-2	-24	-25	-5	-5
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-6	-22	-188	-266	-79	-201
Ergebnis vor Steuern	74	78	867	791	97	-83
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-18	-22	-182	-161	-18	13
Ergebnis nach Steuern	56	56	685	630	80	-70

Group Corporates & Markets

in € Millionen	1.1.-30.6.2023	1.1.-30.6.2022	Veränderung	Q2/2023		Veränderung
				Q2/2023	Q1/2023	
Zinsüberschuss	464	314	47,6%	238	226	5,6%
Dividendenerlöte	2	8	-70,1%	0	2	-82,5%
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	7	0	>500,0%	3	4	-18,8%
Provisionsüberschuss	287	305	-6,0%	129	158	-18,3%
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	94	39	138,7%	37	57	-35,7%
Ergebnis aus Hedge Accounting	-7	-1	>500,0%	-3	-4	-31,7%
Sonstiges betriebliches Ergebnis	64	54	17,7%	34	29	17,0%
Betriebserlöte	910	720	26,4%	439	472	-6,9%
Verwaltungsaufwendungen	-417	-369	13,0%	-218	-199	9,5%
Betriebsergebnis	493	351	40,6%	221	272	-18,9%
Übriges Ergebnis	2	1	229,2%	0	1	-80,6%
Staatliche Maßnahmen und Pflichtgaben	-26	-28	-5,9%	-1	-25	-96,3%
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	9	10	-15,3%	-6	15	-
Ergebnis vor Steuern	478	334	43,0%	214	263	-18,7%
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-109	-78	40,8%	-52	-58	-10,5%
Ergebnis nach Steuern	368	256	43,7%	162	206	-21,0%
Return on Equity vor Steuern	25,0%	17,2%	7,8 PP	22,5%	27,8%	-5,3 PP
Return on Equity nach Steuern	19,3%	13,2%	6,1 PP	17,0%	21,7%	-4,7 PP
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	1,46%	1,06%	0,39 PP	1,46%	1,43%	0,04 PP
Cost/Income Ratio	45,8%	51,3%	-5,5 PP	49,7%	42,2%	7,4 PP

Für den Anstieg des Ergebnisses nach Steuern im Jahresvergleich waren im Wesentlichen der um € 150 Millionen höhere Zinsüberschuss sowie das um € 55 Millionen verbesserte Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen verantwortlich. Der Anstieg im Zinsüberschuss war vorwiegend auf höhere Zinserlöte aus Kundeneinlagen (Cash-Management, Geldmarkteinlagen) in der Konzernzentrale zurückzuführen. Das um € 55 Millionen verbesserte Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen stammte aus der Konzernzentrale, was vor allem auf gestiegene Handelsergebnisse im Zusammenhang mit Zinsderivaten zurückzuführen war. Dem gegenüber standen höhere Verwaltungsaufwendungen, überwiegend hervorgerufen durch gestiegene Sachaufwendungen (insbesondere IT-, Kommunikations- sowie Reiseaufwand) und höhere Personalaufwendungen (vorwiegend aufgrund gestiegener Gehälter und Sozialabgaben) in der Konzernzentrale. Die Nettoauflösung bei den Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte in der Berichtsperiode stammte vor allem aus der Auflösung von Vorsorgen für spezielle Risikofaktoren aufgrund der Reduktion des russischen Cross-Border-Exposures und des Sanktionsrisiko-Portfolios der Konzernzentrale. In der Vorjahresperiode betraf die Nettoauflösung von Risikovorsorgen überwiegend Haushalte im Zusammenhang mit Bauspardarlehen.

Corporate Center

in € Millionen	1.1.-30.6.2023	1.1.-30.6.2022	Verände- rung	Q2/2023	Q1/2023	Verände- rung
Zinsüberschuss	-34	-21	63,6%	-21	-14	54,4%
Dividendenerträge	427	182	134,8%	322	105	206,4%
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	41	30	36,5%	15	26	-41,9%
Provisionsüberschuss	38	27	40,9%	24	14	77,9%
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	-93	131	-	-50	-43	17,5%
Ergebnis aus Hedge Accounting	-3	-2	110,3%	-1	-2	-40,7%
Sonstiges betriebliches Ergebnis	68	39	74,4%	44	24	81,5%
Betriebserträge	443	386	14,9%	333	110	201,6%
Verwaltungsaufwendungen	-255	-217	17,4%	-160	-95	67,6%
Betriebsergebnis	188	168	11,8%	173	15	>500,0%
Übriges Ergebnis	-11	13	-	-4	-7	-39,6%
Staatliche Maßnahmen und Pflichtgaben	-29	-47	-37,5%	24	-53	-
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	9	-16	-	-1	11	-
Ergebnis vor Steuern	157	118	33,0%	191	-34	-
Steuern vom Einkommen und Ertrag	104	66	57,7%	47	57	-17,9%
Ergebnis nach Steuern aus fortgeführten Geschäftsbereichen	261	184	41,8%	238	23	>500,0%
Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	0	398	-	0	0	-
Ergebnis nach Steuern	261	582	-55,1%	238	23	>500,0%

Aus den Dividendenerträgen resultierte – überwiegend aus höheren konzerninternen Dividenden – ein Anstieg um € 245 Millionen. Im sonstigen betrieblichen Ergebnis kam es in der Berichtsperiode des Vorjahres zu einem Verlust aus der Ausbuchung von immateriellen Vermögenswerten in Höhe von € 27 Millionen in der Konzernzentrale. Der Aufwand für staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben ging um € 18 Millionen auf € 29 Millionen zurück aufgrund geringerer Beiträge zum Bankenabwicklungsfonds sowie niedrigerer Bankenabgaben in der Konzernzentrale. Die Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte wiesen in der Berichtsperiode Nettoauflösungen in Höhe von € 9 Millionen in der Konzernzentrale aus (Vorjahresperiode: Nettodotierung: € 16 Millionen).

Diesen positiven Effekten stand ein um € 223 Millionen niedrigeres Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen gegenüber. Der Rückgang resultierte im Wesentlichen aus der Absicherung von in lokalen Währungen gehaltenen Kapitalpositionen der Tochterunternehmen mittels Devisentermingeschäften (Net Investment Hedge). In der Konzernzentrale entstanden durch das hohe Zinsdifferenzial vor allem zwischen Euro und russischem Rubel im ersten Halbjahr des Vorjahres stark positive Bewertungseffekte. Der Rückgang des Bewertungsergebnisses aus diesem Effekt betrug im Vergleich zur Vorjahresperiode € 99 Millionen. Darüber hinaus kam es im Bereich des in der Konzernzentrale gebuchten Zertifikatsgeschäfts vor allem aufgrund des starken Anstiegs des eigenen Credit Spreads im Vorjahr zu hohen Bewertungsgewinnen von zum Zeitwert bewerteten Zertifikatsemissionen. Im laufenden Jahr hingegen reduzierten sich die eigenen Risikoaufschläge um etwa 25 Basispunkte. Folglich reduzierte sich das Bewertungsergebnis im Vergleich zur Vorjahresperiode um € 79 Millionen.

Der Anstieg der Verwaltungsaufwendungen um € 38 Millionen ergab sich aus höheren Personalaufwendungen aufgrund gestiegener Gehälter und Sozialabgaben und aus höheren Beratungsaufwendungen in der Konzernzentrale.

Das übrige Ergebnis belief sich in der Berichtsperiode auf minus € 11 Millionen (Vergleichsperiode: € 13 Millionen). Dabei führte die Bewertung von Anteilen an assoziierten Unternehmen zu einem Minus von € 8 Millionen in der Berichtsperiode. In der Vorjahresvergleichsperiode hingegen waren Wertaufholungen in Höhe von € 13 Millionen gebucht worden, denen Wertminderungen auf Tochterunternehmen in Höhe von € 12 Millionen gegenüber standen.

In der Vorjahresperiode wurde im Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen das Endkonsolidierungsergebnis der bulgarischen Konzerneinheiten ausgewiesen.

➤ Konzernzwischenabschluss

(Verkürzter Zwischenbericht zum 30. Juni 2023)

Unternehmen

Die Raiffeisen Bank International AG (RBI AG) ist beim Handelsgericht Wien im Firmenbuch unter FN 122119m registriert. Die Firmenanschrift lautet Am Stadtpark 9, 1030 Wien.

Die RBI betrachtet Österreich, wo sie als eine führende Kommerz- und Investmentbank tätig ist, sowie Zentral- und Osteuropa (CEE) als ihren Heimmarkt. 12 Märkte der Region werden durch Tochterbanken abgedeckt, darüber hinaus umfasst der Konzern zahlreiche andere Finanzdienstleistungsunternehmen beispielsweise in den Bereichen Leasing, Vermögensverwaltung, Factoring und M&A. Die RBI bietet österreichischen und internationalen Unternehmen nicht nur ein breites Produktangebot im Corporate und Investment Banking, sondern auch eine nahezu flächendeckende Betreuung in CEE. Über ein engmaschiges Filialnetz werden auch lokale Unternehmen aller Größenordnungen sowie Privatkunden mit hochqualitativen Finanzprodukten versorgt. Zur Unterstützung ihrer Geschäftsaktivitäten unterhält die RBI Repräsentanzen sowie Service-Zweigstellen an ausgewählten asiatischen und westeuropäischen Standorten. Insgesamt betreuen rund 45.000 Mitarbeiter der RBI 17,8 Millionen Kunden in rund 1.600 Geschäftsstellen, der überwiegende Teil davon in CEE.

Da Aktien der Gesellschaft an einem geregelten Markt gemäß § 1 Abs 2 BörseG (prime market der Wiener Börse) gehandelt werden sowie zahlreiche Emissionen der RBI AG an einer geregelten Börse in der EU zugelassen sind, hat die RBI AG gemäß § 59a BWG einen Konzernabschluss in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRS) aufzustellen. Die RBI hat keinen Mehrheitsaktionär, jedoch halten die acht Raiffeisen-Landesbanken als Kernaktionäre rund 58,8 Prozent der Aktien, der Rest befindet sich im Streubesitz.

Als Kreditinstitut gemäß § 1 BWG unterliegt die RBI AG der behördlichen Aufsicht durch die Finanzmarktaufsicht, Otto-Wagner-Platz 5, A-1090 Wien (www.fma.gv.at) sowie durch die Europäische Zentralbank, Sonnemannstrasse 22, D-60314 Frankfurt am Main (www.bankingsupervision.europa.eu).

Der verkürzte Konzernzwischenabschluss zum 30. Juni 2023 wurde einer prüferischen Durchsicht durch den Abschlussprüfer Deloitte Audit Wirtschaftsprüfungs GmbH unterzogen.

Gesamtergebnisrechnung

Erfolgsrechnung

in € Millionen	Anhang	1.1.-30.6.2023	1.1.-30.6.2022
Zinsüberschuss	[1]	2.749	2.199
Zinserträge nach Effektivzinsmethode		4.026	2.833
Zinserträge übrige		1.031	313
Zinsaufwendungen		-2.308	-947
Dividendenerträge	[2]	17	29
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	[3]	51	34
Provisionsüberschuss	[4]	1.698	1.565
Provisionserträge		2.174	2.022
Provisionsaufwendungen		-477	-457
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	[5]	116	316
Ergebnis aus Hedge Accounting	[5]	-17	-36
Sonstiges betriebliches Ergebnis	[6]	43	42
Betriebserträge		4.656	4.150
Personalaufwand		-1.169	-894
Sachaufwand		-600	-531
Abschreibungen		-227	-225
Verwaltungsaufwendungen	[7]	-1.995	-1.649
Betriebsergebnis		2.661	2.500
Übriges Ergebnis	[8]	-450	-108
Staatliche Maßnahmen und Pflichtgaben	[9]	-237	-241
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	[10]	-259	-561
Ergebnis vor Steuern		1.715	1.590
Steuern vom Einkommen und Ertrag	[11]	-388	-292
Ergebnis nach Steuern aus fortgeführten Geschäftsbereichen		1.327	1.299
Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen		0	453
Ergebnis nach Steuern		1.327	1.751
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	[28]	-92	-40
Konzernergebnis		1.235	1.712

Sonstiges Ergebnis und Gesamtergebnis

in € Millionen	Anhang	1.1.-30.6.2023	1.1.-30.6.2022 ¹
Ergebnis nach Steuern		1.327	1.751
Posten, die nicht in den Gewinn oder Verlust umgegliedert werden		20	-2
Neubewertungen von leistungsorientierten Vorsorgeplänen	[26]	9	14
Fair-Value-Änderungen von Eigenkapitalinstrumenten	[16]	19	-51
Fair-Value-Änderungen aufgrund der Veränderung des Ausfallrisikos von finanziellen Verbindlichkeiten	[18]	-3	27
Anteil sonstiges Ergebnis aus at-equity bewerteten Unternehmen	[23]	-2	7
Latente Steuern auf Posten, die nicht in den Gewinn oder Verlust umgegliedert werden	[11]	-4	1
Posten, die anschließend möglicherweise in den Gewinn oder Verlust umgegliedert werden		-722	904
Währungsdifferenzen		-829	1.324
Absicherung von Nettoinvestitionen bei Auslandsaktivitäten	[21]	1	-92
Anpassungen der Cash-Flow Hedge-Rücklage	[21]	48	-114
Fair-Value-Änderungen von finanziellen Vermögenswerten	[16]	40	-139
Anteil sonstiges Ergebnis aus at-equity bewerteten Unternehmen	[23]	31	-123
Latente Steuern auf Posten, die möglicherweise in den Gewinn oder Verlust umgegliedert werden	[11]	-14	49
Sonstiges Ergebnis		-702	903
Gesamtergebnis		625	2.654
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	[28]	-94	-36
davon Erfolgsrechnung	[28]	-92	-40
davon sonstiges Ergebnis		-2	3
Konzerngesamtergebnis		531	2.618

¹ Adaptierung der Vorjahreswerte aufgrund IAS-8-Anpassung (Details siehe Kapitel Anpassung der Vorjahresperiode gemäß IAS 8)

Ergebnis je Aktie

in € Millionen	1.1.-30.6.2023	1.1.-30.6.2022
Konzernergebnis	1.235	1.712
Dividendenanspruch auf zusätzliches Kernkapital	-54	-46
Auf Stammaktien entfallendes Ergebnis	1.180	1.666
Durchschnittliche Anzahl im Umlauf befindlicher Stammaktien in Millionen	328	329
Ergebnis je Aktie in €	3,59	5,07

Es waren keine Wandel- oder Optionsrechte im Umlauf, eine Verwässerung des Ergebnisses je Aktie fand daher nicht statt. Die Dividende auf das zusätzliche Kernkapital ist kalkulatorisch, die tatsächliche Auszahlung basiert auf dem Beschluss des Vorstands zum jeweiligen Auszahlungszeitpunkt.

Bilanz

Aktiva

in € Millionen	Anhang	30.6.2023	31.12.2022
Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen	[12]	48.383	53.683
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	[13]	141.359	137.431
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	[16, 22]	2.996	3.203
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	[17, 22]	870	757
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	[18, 22]	84	84
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	[19, 22]	6.664	6.411
Hedge Accounting	[21]	1.465	1.608
Fair-Value-Anpassungen des abgesicherten Zinsrisikos aus Portfolio-Fair-Value-Hedge	[21]	-771	-947
Anteile an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen	[23]	789	713
Sachanlagen	[24]	1.665	1.684
Immaterielle Vermögenswerte	[24]	915	903
Laufende Steuerforderungen	[11]	87	100
Latente Steuerforderungen	[11]	307	269
Sonstige Aktiva	[25]	1.308	1.159
Gesamt		206.123	207.057

Passiva

in € Millionen	Anhang	30.6.2023	31.12.2022
Finanzielle Verbindlichkeiten - Amortized Cost	[14]	173.049	175.142
Finanzielle Verbindlichkeiten - Designated Fair Value Through Profit/Loss	[18, 22]	1.132	950
Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading	[20, 22]	8.557	8.453
Hedge Accounting	[21]	1.771	2.054
Fair-Value-Anpassungen des abgesicherten Zinsrisikos aus Portfolio-Fair-Value-Hedge	[21]	-967	-1.217
Rückstellungen	[26]	1.558	1.479
Laufende Steuerverpflichtungen	[11]	144	181
Latente Steuerverpflichtungen	[11]	35	36
Sonstige Passiva	[27]	1.516	1.215
Eigenkapital	[28]	19.329	18.764
Konzern-Eigenkapital		16.525	16.027
Kapital nicht beherrschender Anteile		1.197	1.127
Zusätzliches Kernkapital (AT1)		1.607	1.610
Gesamt		206.123	207.057

Eigenkapitalveränderungsrechnung

in € Millionen	Gezeich- netes Kapital	Kapital- rücklagen	Gewinn- rücklagen	Kumulierte sonstiges Ergebnis	Konzern- Eigenkapital	Kapital nicht beherrschender Anteile	Zusätzliches Kernkapital (AT1)	Gesamt
Eigenkapital 31.12.2022	1.002	4.990	13.637	-3.601	16.027	1.127	1.610	18.764
Einführung von IFRS 17	0	0	-143	157	15	0	0	14
Eigenkapital 1.1.2023	1.002	4.990	13.494	-3.444	16.042	1.126	1.610	18.779
Kapitaleinzahlungen/ -auszahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0
Zuteilung Dividende AT1	0	0	-54	0	-54	0	54	0
Dividendenzahlungen	0	0	0	0	0	-24	-54	-79
Eigene Anteile	0	0	0	0	0	0	-3	-3
Sonstige Veränderungen	0	0	7	0	7	0	0	7
Gesamtergebnis	0	0	1.235	-704	531	94	0	625
Eigenkapital 30.6.2023	1.002	4.989	14.682	-4.148	16.525	1.197	1.607	19.329
Eigenkapital 1.1.2022	1.002	4.992	10.121	-3.272	12.843	1.010	1.622	15.475
Kapitaleinzahlungen/ -auszahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0
Zuteilung Dividende AT1	0	0	-46	0	-46	0	46	0
Dividendenzahlungen	0	0	0	0	0	-26	-46	-72
Eigene Anteile	0	0	0	0	0	0	-11	-11
Sonstige Veränderungen	0	0	2	4	6	-4	0	2
Gesamtergebnis ¹	0	0	1.712	906	2.618	36	0	2.654
Eigenkapital 30.6.2022	1.002	4.992	11.789	-2.363	15.420	1.017	1.611	18.048

¹ Adaptierung der Vorjahreswerte aufgrund IAS-8-Anpassung (Details siehe Kapitel Anpassung der Vorjahresperiode gemäß IAS 8)

Kapitalflussrechnung

in € Millionen	Anhang	1.1.-30.6.2023	1.1.-30.6.2022
Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen zum 1.1.	[12]	53.683	38.557
Operative Geschäftstätigkeit:			
Ergebnis vor Steuern		1.715	1.590
Anpassungen für die Überleitung des Ergebnisses nach Steuern auf den Kapitalfluss aus operativer Geschäftstätigkeit:			
Abschreibungen, Wertminderungen, Zuschreibungen auf nichtfinanzielle Vermögenswerte	[7, 8]	233	227
Auflösung/Dotierung von Rückstellungen sowie Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	[6, 10, 26]	690	663
Gewinn/Verlust aus der Bewertung und Veräußerung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten	[5, 8]	197	-385
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	[3]	-51	-34
Sonstige Anpassungen (per Saldo) ¹		-2.666	-1.600
Zwischensumme		118	461
Veränderung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile:			
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	[13]	-3.463	-968
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	[16, 22]	327	564
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	[17, 22]	27	140
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	[18, 22]	2	70
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	[19, 22]	-1.459	682
Sonstige Aktiva	[25]	-65	-350
Finanzielle Verbindlichkeiten - Amortized Cost	[14]	687	12.634
Finanzielle Verbindlichkeiten - Designated Fair Value Through Profit/Loss	[18, 22]	165	-71
Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading	[20, 22]	741	42
Rückstellungen	[26]	-308	-99
Sonstige Passiva	[27]	50	846
Erhaltene Zinsen	[1]	4.479	2.983
Gezahlte Zinsen	[1]	-1.727	-903
Erhaltene Dividenden	[2]	46	66
Ertragsteuerzahlungen	[11]	-513	-225
Kapitalflüsse aus operativer Geschäftstätigkeit		-894	15.872
Investitionstätigkeit:			
Kassenbestand aus dem Zu- und Abgang von Tochterunternehmen aufgrund Wesentlichkeit		-6	-7
Auszahlungen für den Erwerb von:			
Finanzanlagen und Unternehmensanteile	[13, 15, 17, 23]	-5.008	-2.764
Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	[24]	-268	-187
Tochterunternehmen		0	198
Einzahlungen aus der Veräußerung von:			
Finanzanlagen und Unternehmensanteile	[13, 15, 17, 23]	1.406	635
Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	[24]	40	100
Tochterunternehmen ²	[8]	0	32
Kapitalflüsse aus Investitionstätigkeit		-3.836	-1.994
Finanzierungstätigkeit:			
Kapitalauszahlungen		-3	-11
Einzahlungen nachrangige finanzielle Verbindlichkeiten	[14, 18]	0	0
Auszahlungen nachrangige finanzielle Verbindlichkeiten	[14, 18]	-4	-176
Dividendenzahlungen		-77	-72
Zahlungsmittelabflüsse für Leasingverhältnisse		-32	-35
Einzahlungen aus Veränderungen im Kapital nicht beherrschender Anteile		0	0
Kapitalflüsse aus Finanzierungstätigkeit		-117	-294
Effekte aus Wechselkursänderungen		-453	1.410
Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen zum 30.6.	[12]	48.383	53.551

¹ Sonstige Anpassungen (per Saldo) enthält im Wesentlichen den Abzug des Zinsüberschusses und der Dividendenerträge, die entsprechenden Zahlungsflüsse sind unter dem Posten erhaltene Zinsen, gezahlte Zinsen und erhaltene Dividenden dargestellt

² Adaptierung der Vorjahreswerte

Segmentberichterstattung

In der RBI erfolgt die interne Management-Berichterstattung grundsätzlich auf Basis der bestehenden Organisationsstruktur. Diese ist matrixförmig aufgebaut, d. h. Vorstände sind sowohl für einzelne Länder als auch für bestimmte Geschäftsfelder verantwortlich. Steuerungseinheit (Cash Generating Unit) im Konzern ist ein Land. Die Darstellung der Länder umfasst alle operativen Einheiten der RBI in den jeweiligen Ländern (neben den Tochterbanken z. B. auch Leasingunternehmen). Die obersten Entscheidungsgremien der RBI – Vorstand und Aufsichtsrat – treffen demnach wesentliche Entscheidungen über die Allokation der Ressourcen zu einem Segment auf Basis der jeweiligen Finanz- und Ertragskraft, weshalb diese Berichtskriterien als wesentlich beurteilt wurden. Entsprechend sind auch die Segmente nach IFRS 8 abgebildet. Die Überleitungsrechnung enthält im Wesentlichen Beträge aus der Eliminierung von Zwischenergebnissen und aus segmentübergreifenden Konsolidierungen.

Daraus ergeben sich die folgenden Segmente:

- Zentraleuropa: Polen, Slowakei, Tschechien und Ungarn
- Südosteuropa: Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Kroatien, Rumänien und Serbien
- Osteuropa: Belarus, Russland und Ukraine
- Group Corporates & Markets (in Österreich gebuchtes Geschäft): Operatives Geschäft der Konzernzentrale, unterteilt in Subsegmente: Österreichische und internationale Firmenkunden, Financial Institutions & Sovereigns, der Handel mit Eigenkapitalinstrumenten und Kapitalmarktfinanzierungen sowie das Geschäft mit Instituten der Raiffeisen Bankengruppe (RBG). Weiters beinhaltet dieses Segment das kapitalmarktbezogene Kunden- und Eigengeschäft in Österreich sowie Finanzdienstleister und Spezialgesellschaften wie z. B. Raiffeisen Digital Bank AG (digitale Retailbanking-Aktivitäten), Kathrein Privatbank Aktiengesellschaft, Raiffeisen Leasing-Gruppe, Raiffeisen Factor Bank AG, Raiffeisen Bausparkasse Gesellschaft m.b.H., Valida-Gruppe (Pensionskassengeschäft) und Raiffeisen Kapitalanlage-Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Darüber hinaus sind diesem Segment at-equity bewertete Unternehmen mit Banktätigkeit zugeordnet.
- Corporate Center: Zentrale Konzernsteuerungsfunktionen in der Konzernzentrale (z. B. Treasury) sowie sonstige Konzerneinheiten (Beteiligungsunternehmen und gemeinsame Serviceunternehmen), Minderheitsbeteiligungen sowie at-equity bewertete Unternehmen des Nichtbankenbereichs.

1.1.-30.6.2023 in € Millionen	Zentraleuropa	Südosteuropa	Osteuropa	Group Corporates & Markets
Zinsüberschuss	753	617	945	464
Dividendenerträge	6	1	0	2
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	2	0	2	7
Provisionsüberschuss	288	215	872	287
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	-23	5	125	94
Ergebnis aus Hedge Accounting	-4	0	-2	-7
Sonstiges betriebliches Ergebnis	18	5	-31	64
Betriebserträge	1.041	843	1.911	910
Verwaltungsaufwendungen	-486	-352	-565	-417
Betriebsergebnis	555	492	1.345	493
Übriges Ergebnis	-433	-6	-4	2
Staatliche Maßnahmen und Pflichtgaben	-128	-24	-30	-26
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-38	40	-273	9
Ergebnis vor Steuern	-44	501	1.038	478
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-78	-83	-217	-109
Ergebnis nach Steuern	-122	419	821	368
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	-57	0	-32	-4
Ergebnis nach Abzug nicht beherrschender Anteile	-179	419	789	364
Return on Equity vor Steuern	-	32,0%	53,5%	25,0%
Return on Equity nach Steuern	-	26,7%	42,3%	19,3%
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	2,36%	4,16%	6,29%	1,46%
Cost/Income Ratio	46,7%	41,7%	29,6%	45,8%
Loan/Deposit Ratio	85,7%	71,7%	40,5%	174,7%
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	0,18%	-0,44%	4,06%	-0,05%
NPE Ratio	1,3%	1,9%	2,3%	1,6%
NPE Coverage Ratio	58,1%	67,2%	68,3%	43,0%
Aktiva	65.558	32.606	30.161	63.751
Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA)	26.339	17.298	21.192	29.352
Eigenkapital	4.509	3.604	4.958	4.230
Forderungen an Kunden	38.139	18.485	9.076	36.657
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	47.644	25.726	23.140	27.027
Geschäftsstellen	339	706	502	23
Mitarbeiter zum Stichtag (Vollzeitäquivalente)	9.713	12.600	16.699	3.440
Kunden in Millionen	3,9	5,0	7,1	1,9

1.1-30.6.2023 in € Millionen	Corporate Center	Überleitung	Gesamt
Zinsüberschuss	-34	4	2.749
Dividendenerträge	427	-420	17
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	41	0	51
Provisionsüberschuss	38	-2	1.698
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	-93	7	116
Ergebnis aus Hedge Accounting	-3	-1	-17
Sonstiges betriebliches Ergebnis	68	-81	43
Betriebserträge	443	-492	4.656
Verwaltungsaufwendungen	-255	80	-1.995
Betriebsergebnis	188	-412	2.661
Übriges Ergebnis	-11	3	-450
Staatliche Maßnahmen und Pflichtgaben	-29	0	-237
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	9	-5	-259
Ergebnis vor Steuern	157	-415	1.715
Steuern vom Einkommen und Ertrag	104	-5	-388
Ergebnis nach Steuern	261	-420	1.327
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	0	1	-92
Ergebnis nach Abzug nicht beherrschender Anteile	261	-419	1.235
Return on Equity vor Steuern	-	-	18,5%
Return on Equity nach Steuern	-	-	14,3%
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	-	-	2,74%
Cost/Income Ratio	-	-	42,9%
Loan/Deposit Ratio	-	-	85,2%
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	-	-	0,37%
NPE Ratio	-	-	1,5%
NPE Coverage Ratio	-	-	57,6%
Aktiva	39.879	-25.832	206.123
Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA)	15.502	-10.475	99.207
Eigenkapital	8.682	-6.653	19.329
Forderungen an Kunden	1.011	-1.562	101.806
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.149	-4.134	120.553
Geschäftsstellen	-	-	1.570
Mitarbeiter zum Stichtag (Vollzeitäquivalente)	2.107	-	44.559
Kunden in Millionen	0,0	-	17,8

1.1.-30.6.2022 in € Millionen	Zentraleuropa	Südosteuropa	Osteuropa ¹	Group Corporates & Markets
Zinsüberschuss	624	416	838	314
Dividendenerträge	3	3	0	8
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	2	0	2	0
Provisionsüberschuss	279	213	752	305
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	-11	-10	130	39
Ergebnis aus Hedge Accounting	1	0	-18	-1
Sonstiges betriebliches Ergebnis	8	22	-3	54
Betriebserträge	906	645	1.700	720
Verwaltungsaufwendungen	-437	-310	-388	-369
Betriebsergebnis	469	334	1.312	351
Übriges Ergebnis	-97	-3	-5	1
Staatliche Maßnahmen und Pflichtgaben	-105	-30	-32	-28
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-54	-25	-489	10
Ergebnis vor Steuern	213	276	786	334
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-65	-42	-170	-78
Ergebnis nach Steuern aus fortgeführten Geschäftsbereichen	148	234	616	256
Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	0	46	0	0
Ergebnis nach Steuern	148	279	616	256
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	-51	0	15	-4
Ergebnis nach Abzug nicht beherrschender Anteile	97	279	631	253
Return on Equity vor Steuern	11,1%	17,0%	52,0%	17,2%
Return on Equity nach Steuern	7,7%	17,2%	40,8%	13,2%
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	2,17%	3,20%	5,89%	1,06%
Cost/Income Ratio	48,2%	48,1%	22,8%	51,3%
Loan/Deposit Ratio	87,0%	71,7%	48,5%	143,5%
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	0,29%	0,31%	5,06%	-0,05%
NPE Ratio	1,6%	2,3%	1,6%	1,5%
NPE Coverage Ratio	60,8%	68,2%	59,7%	55,7%
Aktiva	59.163	29.683	43.084	67.912
Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA)	25.223	16.849	34.824	31.211
Eigenkapital	3.848	2.966	4.165	3.982
Forderungen an Kunden	36.329	17.138	16.746	38.410
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	43.539	23.818	35.228	31.598
Geschäftsstellen	364	738	582	23
Mitarbeiter zum Stichtag (Vollzeitäquivalente)	9.669	12.340	17.071	3.355
Kunden in Millionen	3,7	4,9	6,8	1,9

1 Adaptierung der Vorjahreswerte aufgrund IAS-8-Anpassung (Details siehe Kapitel Anpassung der Vorjahresperiode gemäß IAS 8)

1.1.-30.6.2022 in € Millionen	Corporate Center	Überleitung	Gesamt ¹
Zinsüberschuss	-21	29	2.199
Dividendenerträge	182	-167	29
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	30	0	34
Provisionsüberschuss	27	-10	1.565
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	131	37	316
Ergebnis aus Hedge Accounting	-2	-17	-36
Sonstiges betriebliches Ergebnis	39	-78	42
Betriebserträge	386	-206	4.150
Verwaltungsaufwendungen	-217	72	-1.649
Betriebsergebnis	168	-134	2.500
Übriges Ergebnis	13	-16	-108
Staatliche Maßnahmen und Pflichtgaben	-47	0	-241
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-16	14	-561
Ergebnis vor Steuern	118	-137	1.590
Steuern vom Einkommen und Ertrag	66	-3	-292
Ergebnis nach Steuern aus fortgeführten Geschäftsbereichen	184	-139	1.299
Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	398	10	453
Ergebnis nach Steuern	582	-129	1.751
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	0	1	-40
Ergebnis nach Abzug nicht beherrschender Anteile	582	-129	1.712
Return on Equity vor Steuern	-	-	20,3%
Return on Equity nach Steuern	-	-	22,4%
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	-	-	2,37%
Cost/Income Ratio	-	-	39,7%
Loan/Deposit Ratio	-	-	81,6 %
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	-	-	0,86 %
NPE Ratio	-	-	1,6 %
NPE Coverage Ratio	-	-	60,7 %
Aktiva	45.182	-30.832	214.192
Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA)	17.028	-16.110	109.025
Eigenkapital	7.612	-4.525	18.048
Forderungen an Kunden	800	-1.724	107.700
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	172	-3.073	131.283
Geschäftsstellen	-	-	1.707
Mitarbeiter zum Stichtag (Vollzeitäquivalente)	1.903	-	44.338
Kunden in Millionen	0,0	-	17,2

1 Adaptierung der Vorjahreswerte aufgrund IAS-8-Anpassung (Details siehe Kapitel Anpassung der Vorjahresperiode gemäß IAS 8)

Anhang

Grundlagen und Grundsätze der Konzernrechnungslegung

Der verkürzte Konzernzwischenabschluss wird in Übereinstimmung mit den vom International Accounting Standards Board (IASB) herausgegebenen International Financial Reporting Standards (IFRS) und den auf Basis der IAS Verordnung (EG) 1606/2002 durch die EU übernommenen internationalen Rechnungslegungsstandards einschließlich der anzuwendenden Interpretationen des International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC/SIC) erstellt. Für die Erstellung des Konzernzwischenabschlusses kommen dieselben Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden zur Anwendung wie im Konzernjahresabschluss zum 31. Dezember 2022 im Detail beschrieben. Weiters berücksichtigt der Konzernzwischenabschluss die Anforderungen des IAS 34 an den Zwischenbericht. Angaben hinsichtlich zyklischer Aufwendungen und Erträge werden im Konzernzwischenlagebericht adressiert.

Einige außerhalb des Anhangs gemachte IFRS-Angaben sind wesentliche Bestandteile des Konzernabschlusses. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um Erläuterungen zu den Segmentergebnissen, die in den Angaben zur Segmentberichterstattung dargestellt werden. Neben den im Anhang dargestellten Angaben gemäß IFRS 7 enthält insbesondere das Kapitel Risikobericht ausführliche Darstellungen zu den Themen Kreditrisiko, Konzentrationsrisiko, Marktrisiko und Liquiditätsrisiko.

Wesentliche bilanzielle Ermessensspielräume und Hauptquellen von Schätzungsunsicherheiten

Sind für die Bilanzierung und Bewertung nach IAS/IFRS Schätzungen oder Beurteilungen erforderlich, werden diese in Übereinstimmung mit den jeweiligen Standards vorgenommen. Sie basieren auf historischen Erfahrungen und anderen Faktoren wie Planungen und nach heutigem Ermessen wahrscheinlichen Erwartungen oder Prognosen zukünftiger Ereignisse. Die den Schätzungen zugrunde liegenden Annahmen unterliegen einer regelmäßigen Überprüfung. Änderungen von Schätzungen werden, sofern sie nur eine Periode betreffen, nur in dieser berücksichtigt. Falls auch nachfolgende Berichtsperioden betroffen sind, werden die Änderungen in der aktuellen und den folgenden Perioden berücksichtigt. Die Annahmen, Schätzungen und Ermessensentscheidungen betreffen im Wesentlichen die Risikovorsorgen im Kreditgeschäft, den beizulegenden Zeitwert und die Wertminderung von Finanzinstrumenten, die latenten Steuern, Rückstellungen für Pensionen und pensionsähnliche Verpflichtungen, Rückstellungen für Rechtsfälle sowie die Berechnungen zur Ermittlung der Werthaltigkeit von Firmenwerten und die im Zuge der Erstkonsolidierung aktivierten immateriellen Vermögenswerte. Darüber hinaus unterliegen die Werthaltigkeitstests von assoziierten Unternehmen Annahmen und Schätzungen. Die tatsächlichen Werte können von den geschätzten Werten abweichen.

Im Rahmen der geopolitischen Lage ist die RBI zudem erhöhten Risiken im Zusammenhang mit Fremdwährungsumrechnungen ausgesetzt. Details dazu finden sich im Abschnitt Währungen.

Anwendung von neuen und geänderten Standards

Soweit nicht anders angegeben, ergaben sich durch die Anwendung der folgenden Standards und Interpretationen keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss der RBI.

Änderung IAS 1 (Offenlegung zu Rechnungslegungsmethoden; Inkrafttreten 1. Jänner 2023)

Ab 1. Jänner 2023 sind lediglich die wesentlichen Rechnungslegungsmethoden im Anhang darzustellen. Die Änderungen beinhalten überwiegend Formulierungsänderungen und sollen zur Klarstellung und einheitlichen Anwendung dienen.

Änderung IAS 8 (Definition von rechnungslegungsbezogenen Schätzungen; Inkrafttreten 1. Jänner 2023)

Das Ziel dieser Änderung ist die Verbesserung der Abgrenzung von Änderungen von Rechnungslegungsmethoden (retrospektive Anpassung) gegenüber Schätzungsänderungen (prospektive Anpassung). Eine rechnungslegungsbezogene Schätzung ist immer auf eine Bewertungsunsicherheit einer finanziellen Größe im Abschluss bezogen. Die Änderung eines Bewertungsverfahrens zur Ermittlung einer Schätzung stellt eine Änderung einer rechnungslegungsbezogenen Schätzung dar, außer sie resultiert aus der Korrektur von Fehlern aus früheren Perioden.

Änderung IAS 12 (Latente Steuern aus einer einzigen Transaktion; Inkrafttreten 1. Jänner 2023)

Die wesentliche Änderung bei den latenten Steuern, die sich auf Vermögenswerte und Schulden beziehen, die aus einer einzigen Transaktion entstehen, ist eine Anpassung der Erstanwendungsausnahme, die in IAS 12.15(b) und IAS 12.24 geregelt wird.

Danach gilt die Erstanwendungsausnahme nicht für Transaktionen, bei denen beim erstmaligen Ansatz abzugsfähige und zu versteuernde temporäre Differenzen in gleicher Höhe entstehen. Dies wird auch in der neu eingefügten Textziffer IAS 12.22A erläutert.

IFRS 17 (Versicherungsverträge; Inkrafttreten 1. Jänner 2023)

IFRS 17 regelt die Grundsätze für den Ansatz, die Bewertung, den Ausweis sowie die Angaben für Versicherungsverträge. Die Zielsetzung von IFRS 17 besteht aus der Bereitstellung relevanter Informationen durch die bilanzierenden Unternehmen und damit einer glaubwürdigen Darstellung der Versicherungsverträge. Diese Informationen dienen den Abschlussadressaten als Grundlage für die Beurteilung der Auswirkungen von Versicherungsverträgen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie die Zahlungsströme eines Unternehmens. Im Zuge der Einführung von IFRS 17 erhöhte sich das Eigenkapital der RBI mit 1. Jänner 2023 um € 14 Millionen.

Noch nicht anzuwendende Standards und Interpretationen

Informationen dazu sind im Geschäftsbericht 2022, Kapitel Grundlagen der Konzernrechnungslegung, ersichtlich. Darüber hinaus veröffentlichte der IASB im ersten Halbjahr 2023 noch folgende Standards, zu denen das EU-Endorsement noch nicht erfolgt ist:

Änderung IAS 7 und IFRS 7 (Supplier Finance Arrangements; Inkrafttreten 1. Jänner 2023)

Durch die Änderung soll die Transparenz im Hinblick auf die Auswirkungen von Lieferfinanzierungsvereinbarungen auf Verbindlichkeiten, Zahlungsströme und Liquiditätsrisiko eines Unternehmens verbessert werden. Zu diesem Zweck werden bestehende Angabevorschriften um zusätzliche und verpflichtende qualitative und quantitative Angaben ergänzt.

Änderung IAS 12 (Internationale Steuerreform – Säule-2-Modellregeln)

Durch diese Änderung soll eine temporäre Ausnahme für die Bilanzierung latenter Steuern geschaffen werden, sofern diese aus Etragsteuern im Zusammenhang mit den Säule-2-Modellregeln stammen. Außerdem werden gezielte Offenlegungspflichten eingeführt, die den Investoren helfen sollen, die Auswirkungen hinsichtlich der aus der Reform resultierenden Ergänzungssteuern auf das Unternehmen besser zu verstehen, insbesondere bevor die länderspezifischen Rechtsvorschriften zur Umsetzung der Mindestbesteuerung in Kraft treten.

Anpassung der Vorjahresperiode gemäß IAS 8

Wie im Halbjahresbericht 2022 dargestellt führte der Kriegsausbruch in der Ukraine im ersten Quartal 2022 dazu, dass das lokale Management der ukrainischen Tochterbank das Geschäftsmodell grundlegend überprüfen und auf die neuen Rahmenbedingungen ausrichten musste. Im Rahmen dessen kam es am 1. April 2022 zu einer Reklassifizierung von Staatsanleihen von der Bewertungskategorie Fair Value Through Other Comprehensive Income zu der Bewertungskategorie Amortized Cost.

Gemäß IFRS 9 4.4.1 hat ein Unternehmen finanzielle Vermögenswerte verpflichtend zu reklassifizieren, wenn das Unternehmen sein Geschäftsmodell für die Steuerung dieser finanziellen Vermögenswerte ändert. Allerdings darf dies nur erfolgen, wenn es vom leitenden Management des Unternehmens infolge von externen oder internen Änderungen festgelegt wurde und für den Betrieb des Unternehmens signifikant und gegenüber externen Parteien nachweisbar ist.

Während IFRS keine konkreten Regelungen dazu enthält, auf welcher Ebene des Unternehmens diese Anforderungen erfüllt sein müssen, hielt es die RBI für angebracht, diese auf Ebene der zahlungsmittelgenerierenden Einheit und somit auf Ebene der ukrainischen Tochterbank zu beurteilen. In weiterer Folge nahm die RBI zur Kenntnis, dass sich im regulatorischen Bankenumfeld zunehmend das Bild einer restriktiveren Auslegung der Bestimmungen herausbildete, welche sich am Gesamtkonzern als Beurteilungsebene orientierte. Im Zuge dessen korrigierte die RBI die durchgeführte Reklassifizierung auf Konzernebene rückwirkend im vierten Quartal 2022. Die Änderungen, die sich im Halbjahresbericht 2022 aus der Korrektur ergeben hätten, stellen sich wie folgt dar:

in € Millionen	30.6.2022	Anpassung	30.6.2022 (angepasst)
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	141.916	-185	141.731
Schuldverschreibungen gegenüber Regierungen	14.088	-185	13.903
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	3.669	177	3.846
Schuldverschreibungen gegenüber Regierungen	2.491	177	2.668
Gesamt	214.200	-8	214.192

in € Millionen	30.6.2022	Anpassung	30.6.2022 (angepasst)
Eigenkapital	18.056	-8	18.048
Kumuliertes sonstiges Ergebnis	-2.357	-5	-2.365
Kapital nicht beherrschender Anteile	1.019	-3	1.019
Passiva gesamt	214.200	-8	214.192

Wie oben ausgeführt erfolgte die Rücknahme der Reklassifizierung im vierten Quartal 2022 und war daher im Geschäftsbericht 2022 bereits enthalten. Somit ergaben sich keine Auswirkungen auf die überwiegende Anzahl der in diesem Halbjahresbericht dargestellten Vorjahresperioden. In jenen Fällen, bei denen dargestellte Vorjahresperioden durch die Reklassifizierung beeinflusst waren, erfolgte eine Anpassung. Entsprechende Hinweise finden sich in den Fußnoten zu den jeweiligen Anhangangaben.

Währungen

Kurse in Währung pro €	2023		2022	
	Stichtag 30.6.	Durchschnitt 1.1.-30.6.	Stichtag 31.12.	Durchschnitt 1.1.-30.6.
Albanischer Lek (ALL)	106,440	112,326	114,230	120,797
Belarus Rubel (BYN)	3,310	3,075	2,916	2,903
Bosnische Marka (BAM)	1,956	1,956	1,956	1,956
Bulgarische Lewa (BGN)	-	-	1,956	1,956
Kroatische Kuna (HRK)	-	-	7,535	7,546
Polnischer Zloty (PLN)	4,439	4,618	4,681	4,639
Rumänischer Leu (RON)	4,964	4,943	4,950	4,947
Russischer Rubel (RUB)	95,659	84,206	77,789	79,982
Serbischer Dinar (RSD)	117,230	117,296	117,322	117,597
Tschechische Krone (CZK)	23,742	23,697	24,116	24,666
Ukrainische Hryvna (UAH)	40,001	39,549	38,951	31,628
Ungarischer Forint (HUF)	371,930	380,789	400,870	376,831
US-Dollar (USD)	1,087	1,079	1,067	1,092

Im Rahmen der geopolitischen Lage ist die RBI erhöhten Risiken im Zusammenhang mit Fremdwährungsumrechnungen ausgesetzt. Die EZB stellte die Veröffentlichung eines offiziellen EUR/RUB-Wechselkurses ein und neben dem theoretischen, offiziellen Umrechnungskurs (von der russischen Zentralbank bzw. auf Basis der Daten der Moskauer Börse ermittelter Kurs: On-Shore-Kurs) bildete sich ein tatsächlich und faktisch erreichbarer Umrechnungskurs (z.B. von Refinitiv oder Electronic Broking Service (EBS) ermittelter Kurs: Off-Shore-Kurs). Die RBI ist diesen Risiken insbesondere bei der Umrechnung monetärer Fremdwährungspositionen und bei der Umrechnung vollkonsolidierter ausländischer Geschäftsbetriebe ausgesetzt. Die RBI verwendet den Off-Shore-Kurs sowohl für die Umrechnung monetärer Posten außerhalb von Russland als auch für die Umrechnung des vollkonsolidierten ausländischen Geschäftsbetriebs in Russland. Zum 30. Juni 2023 betrug dieser von der RBI verwendete EUR/RUB-Kurs 95,66 und jener der russischen Zentralbank 95,11. Für den Belarus Rubel und die ukrainische Hryvna wurden die von der jeweiligen Zentralbank veröffentlichten Kurse von der RBI weiterhin als geeignete Kurse angesehen.

Im Zusammenhang mit ähnlichen Sachverhalten wies das IFRIC im September 2018 (IFRIC Update 09-18) ausdrücklich darauf hin, dass Unternehmen in einem solchen Marktumfeld laufend zu untersuchen haben, ob der verwendete Währungskurs den korrekten Kurs gemäß IAS 21 darstellt. Für nähere Informationen zu den von der RBI getroffenen Schätzungen und Annahmen wird auf den Geschäftsbericht 2022 verwiesen.

Konsolidierungskreis

Anzahl Einheiten	Vollkonsolidierung	
	30.6.2023	31.12.2022
Stand Beginn der Periode	192	204
In der Berichtsperiode erstmals einbezogen	7	7
In der Berichtsperiode verschmolzen	-1	-4
In der Berichtsperiode ausgeschieden	-3	-15
Stand Ende der Periode	195	192

Erstkonsolidierungen

Unternehmen, Sitz (Land)	Anteil	Inkludiert	Grund
Anbieter von Nebenleistungen			
RBI Retail Innovation GmbH, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Wesentlichkeit
Sonstige Unternehmen			
Neu-Marx Holding Eins GmbH & Co KG, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Wesentlichkeit
Neu-Marx Holding Zwei GmbH & Co KG, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Wesentlichkeit
Neu-Marx Immobilien Eins GmbH & Co KG, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Wesentlichkeit
Neu-Marx Immobilien Zwei GmbH & Co KG, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Wesentlichkeit
INFRA MI 1 Immobilien Gesellschaft mbH, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Wesentlichkeit
Raiffeisen WohnBau Zwei GmbH, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Wesentlichkeit

Endkonsolidierungen

Unternehmen, Sitz (Land)	Anteil	Exkludiert	Grund
Kreditinstitute			
RBA Banka, Novi Sad (frühere Crédit Agricole Srbija) (RS)	100,0%	30.4.	Verschmelzung
Finanzinstitute			
Equa Sales & Distribution s.r.o., Prag (CZ)	75,0%	15.	Liquidation
Orestes Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Wiesbaden KG, Kriftel (DE)	6,0%	1.2.	Wesentlichkeit
Ostarrichi Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Langenbach KG, Kriftel (DE)	100,0%	1.3.	Wesentlichkeit

Konsequenzen und Analysen der kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Russland und der Ukraine

Unternehmensfortführung (Going Concern)

Der Vorstand der RBI hat den Konzernabschluss zum 30. Juni 2023 basierend auf dem Grundsatz der Unternehmensfortführung erstellt, da er nicht beabsichtigt, die RBI zu liquidieren, und dies auf Grundlage der derzeit verfügbaren Informationen als realistische Absicht angesehen wird.

Die RBI hat aufgrund der aktuellen Situation in der Ukraine und in Russland mehrere in angemessener Weise mögliche Szenarien analysiert. Bei der Bewertung wurden eine Reihe von Quellen über die gegenwärtigen und erwarteten zukünftigen Bedingungen berücksichtigt. Die Planung zeigt, dass die RBI über die erforderlichen wirtschaftlichen Ressourcen verfügt, um die laufenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen zu erfüllen und den Geschäfts- und Liquiditätsbedarf finanzieren zu können (Liquiditäts- und Finanzierungsprofil, einschließlich Prognosen der internen Liquiditätskennzahlen und der aufsichtsrechtlichen Liquiditätsdeckungsquoten). Darüber hinaus verfügt die RBI über robuste Systeme, um die Unterbrechung des Geschäftsbetriebs in einem Kriegsgebiet, einschließlich der Gefahr von Cyberangriffen, abzufedern. Die intern durchgeföhrten Stresstest-Szenarien für den Liquiditäts- und Kapitalbedarf haben gezeigt, dass die RBI über angemessene Ressourcen verfügt, um möglichen Abwärtsszenarien standzuhalten.

Der Vorstand der RBI sieht keine wesentlichen Unsicherheiten im Hinblick auf die Annahme einer positiven Fortbestehungsprognose. Diese Annahme ist mit Datum der Genehmigung des zu veröffentlichten Zwischenberichts, dem 31. Juli 2023, für mindestens ein Jahr gültig.

Kontrolltatbestand

Erhebliche Veränderungen im wirtschaftlichen und politischen Umfeld infolge des Kriegs könnten darauf hindeuten, dass sich die Fähigkeit des Investors zur Beherrschung des Tochterunternehmens gemäß IFRS 10 in den betroffenen Gebieten verändert hat. In der RBI sind davon die Ukraine, Russland und Belarus betroffen.

Bei der Beurteilung, ob Beherrschung vorliegt, überprüft die RBI entsprechend den Anforderungen von IFRS 10 unter anderem, ob sie schwankenden Renditen aus ihrem Engagement in den Beteiligungsunternehmen ausgesetzt ist, bzw. Anrechte auf diese besitzt und die Fähigkeit hat, diese Renditen mittels ihrer Verfügungsgewalt über das Beteiligungsunternehmen zu beeinflussen. Sind Stimmrechte maßgeblich, beherrscht die RBI ein Unternehmen, wenn sie direkt oder indirekt mehr als 50 Prozent der Stimmrechte an dem Unternehmen besitzt, ausgenommen es gibt Anzeichen, dass ein anderer Investor über die praktische Möglichkeit verfügt, die relevanten Tätigkeiten einseitig zu bestimmen. Ähnlich beurteilt die RBI das Vorliegen einer Beherrschung in Fällen, in denen sie nicht die Mehrheit der Stimmrechte besitzt, aber die praktische Möglichkeit zur einseitigen Lenkung der relevanten Tätigkeiten hat. Dies kann der Fall sein, wenn die RBI aufgrund der Größe und Verteilung des Stimmrechtsbesitzes der Anteilseigner die Möglichkeit zur Beherrschung der relevanten Tätigkeiten besitzt. Wenn Tatsachen und Umstände darauf hindeuten, dass sich ein oder mehrere Elemente der Beherrschung geändert haben, wird neu beurteilt, ob die Kontrolle über das Beteiligungsunternehmen noch besteht.

Bei der Beurteilung der Tatsachen und Umstände hat die RBI sorgfältig geprüft, ob es aufgrund des Kriegs oder der verhängten Sanktionen zu Veränderungen gekommen ist, welche die Fähigkeit zur Ausübung ihrer Rechte oder zur Einhaltung der Governance-Bestimmungen in Bezug auf das Tochterunternehmen erheblich einschränkt. Die RBI ist zu dem Schluss gelangt, dass keine Änderungen in Hinblick auf die Bewertung der Beherrschung erforderlich sind und es zu keinem Beherrschungsverlust über die Tochterunternehmen in den betroffenen Gebieten kam.

Westliche Länder haben jedoch starke Sanktionen gegen russische Unternehmen, die russische Zentralbank sowie die russische Regierung verhängt. Gleichzeitig hat Russland Beschränkungen für Kapitalflüsse in sogenannte unfreundliche Staaten eingeführt. Beides behindert die Bedienung internationaler Schulden sowie Gewinnausschüttungen und die freie Disponierbarkeit von Kapitalanteilen.

Konzentrationsrisiko

Infolge des Kriegsausbruchs in der Ukraine sind die Aktivitäten der RBI in Russland, der Ukraine und Belarus einem erhöhten Risiko ausgesetzt. Das erhöhte Risiko ergibt sich aus einer Reihe von Faktoren wie die Zerstörung von Lebensgrundlagen und Infrastruktur in der Ukraine, den Verlust und die Blockierung von Häfen, gegen Russland verhängte Sanktionen, die Ungewissheit über die Dauer des Kriegs sowie die Preisinstabilität und den wirtschaftlichen Rückgang in Osteuropa. Die ausstehenden Forderungen in Russland, der Ukraine und Belarus werden in den folgenden Tabellen dargestellt.

Die erste Tabelle zeigt eine Aufteilung des Nettobuchwerts der Kredite und Forderungen und der Schuldverschreibungen nach IFRS-Bewertungskategorien sowie das Nominale der außerbilanziellen Geschäfte abzüglich der darauf entfallenden Wertminderungen. Die zweite Tabelle zeigt das Konzentrationsrisiko anhand von Gegenparteien, wobei Derivate des Handelsbuchs separat dargestellt werden. Beide Tabellen basieren auf der Ländersegmentierung nach IFRS 8.

in € Millionen	30.6.2023				31.12.2022			
	Russland	Ukraine	Belarus	Gesamt	Russland	Ukraine	Belarus	Gesamt
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	14.875	2.974	865	18.714	15.937	3.041	1.174	20.153
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	3	95	1	98	2	119	131	253
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	3	0	0	3	2	0	0	2
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	0	0	0	0	0	0	0	0
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	181	162	4	347	304	164	5	473
Bilanzposten	15.062	3.231	869	19.162	16.245	3.325	1.310	20.880
Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	2.599	789	405	3.793	3.294	770	369	4.433
Gesamt	17.661	4.020	1.274	22.956	19.539	4.095	1.679	25.313

in € Millionen	30.6.2023				31.12.2022			
	Russland	Ukraine	Belarus	Gesamt	Russland	Ukraine	Belarus	Gesamt
Derivate	160	6	0	166	244	8	0	252
Zentralbanken	657	791	0	1.448	732	774	0	1.506
Regierungen	170	861	138	1.169	212	655	262	1.130
Kreditinstitute	6.800	294	19	7.112	5.758	260	320	6.337
Sonstige Finanzunternehmen	179	24	1	204	642	52	1	694
Nicht-Finanzunternehmen	4.137	1.135	493	5.765	4.799	1.433	467	6.699
Haushalte	2.959	121	219	3.299	3.859	142	260	4.261
Bilanzposten	15.062	3.231	869	19.162	16.245	3.325	1.310	20.880
Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	2.599	789	405	3.793	3.294	770	369	4.433
Gesamt	17.661	4.020	1.274	22.956	19.539	4.095	1.679	25.313

Werthaltigkeit der Sicherheiten in der Ukraine

Die Bestimmung des Marktwerts von Sicherheiten in der Ukraine gestaltet sich seit Kriegsbeginn als sehr schwierig. Gründe dafür sind beispielsweise physische Einschränkungen bei Vor-Ort-Überprüfungen, um die potenzielle Schadenshöhe zu bestimmen oder die Unsicherheit der Marktentwicklungen und Transaktionen in einigen Regionen. Aus diesem Grund wurde die Anrechenbarkeit von Sicherheiten reduziert und die Abschläge für Sicherheiten wurden erhöht. Insbesondere in den besetzten Regionen wurden Sicherheiten für die Bewertung nicht mehr berücksichtigt. In jenen Regionen, welche einem hohen Risiko von Feindseligkeiten oder Besetzungen ausgesetzt waren, wurden ebenfalls hohe Abschläge berücksichtigt. In anderen Gebieten der Ukraine finden laufend Vor-Ort-Prüfungen statt. In Einzelfällen erfolgt eine Neubewertung auf Basis der bestmöglich verfügbaren Informationen. Immobilien, die zur physischen Überprüfung zur Verfügung stehen, wurden sukzessive neu bewertet und unter Verwendung konservativer Bewertungsszenarien in die IFRS- und Kreditrisikoberechnung einbezogen.

Werthaltigkeitstest für das Sachanlagevermögen

Aufgrund der kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Russland und der Ukraine wurde in beiden Ländern das Sachanlagevermögen und die immateriellen Vermögenswerte gemäß IAS 36 auf Indikatoren überprüft, die zu einer Wertminderung führen könnten. In der Ukraine wurde jenes Sachanlagevermögen, welches sich in den besetzten Gebieten befindet, im Vorjahr auf null abgeschrieben. Alle anderen Sachanlagevermögenswerte werden einzeln begutachtet und wenn es zu Schädigungen kommt, wertberichtigt. Daraus ergaben sich im ersten Halbjahr 2023 Wertminderungen unter € 1 Million (Vorjahr: € 6 Millionen). Durch veränderte Marktpreise, Zinssätze, Mietpreise und leerstehende Immobilien aufgrund der aktuellen geopolitischen Lage und einer detaillierteren Bewertung ergaben sich in Russland aus dem Werthaltigkeitstest für Sachanlagen Wertminderungen unter € 1 Million (Vorjahr: € 0 Millionen). Aus dem Werthaltigkeitstest für immaterielle Vermögenswerte ergaben sich im ersten Halbjahr 2023 sowie in der Vergleichsperiode keine Wertminderungen.

Zu den Auswirkungen auf die Modelle zur Berechnung der Wertminderungen gemäß IFRS 9 wird auf Punkt (30) Zukunftsorientierte Informationen verwiesen.

Erläuterungen zur Erfolgsrechnung

(1) Zinsüberschuss

in € Millionen	1.1.-30.6.2023	1.1.-30.6.2022 ¹
Zinserträge nach Effektivzinsmethode	4.026	2.833
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	65	49
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	3.960	2.784
Zinserträge übrige	1.031	313
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	147	43
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	15	17
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	2	3
Derivative - Hedge Accounting, Zinssatzrisiko	218	84
Sonstige Aktiva	647	72
Zinserträge aus finanziellen Verbindlichkeiten	1	95
Zinsaufwendungen	-2.308	-947
Finanzielle Verbindlichkeiten - Amortized Cost	-1.705	-733
Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading	-169	-35
Finanzielle Verbindlichkeiten - Designated Fair Value Through Profit/Loss	-18	-19
Derivative - Hedge Accounting, Zinssatzrisiko	-403	-112
Sonstige Passiva	-8	-5
Zinsaufwendungen aus finanziellen Vermögenswerten	-5	-42
Gesamt	2.749	2.199

¹ Adaptierung der Vorjahreswerte aufgrund IAS-8-Anpassung (Details siehe Kapitel Anpassung der Vorjahresperiode gemäß IAS 8)

in € Millionen	1.1.-30.6.2023	1.1.-30.6.2022
Zinsüberschuss	2.749	2.199
Durchschnittliche zinstragende Aktiva	200.338	185.536
Nettozinsspanne	2,74%	2,37%

Im Zinsüberschuss sind Zinserträge in Höhe von € 230 Millionen (Vorjahresperiode: € 111 Millionen) von marktbewerteten finanziellen Vermögenswerten und Zinsaufwendungen in Höhe von € 187 Millionen (Vorjahresperiode: € 55 Millionen) von marktbewerteten finanziellen Verbindlichkeiten enthalten.

Der Zinsüberschuss erhöhte sich um € 550 Millionen auf € 2.749 Millionen. Die Zuwächse in Ungarn um € 101 Millionen, in Rumänien um € 64 Millionen, in der Konzernzentrale um € 46 Millionen und in der Slowakei um € 40 Millionen waren auf ein hohes Kreditwachstum und steigende Zinssätze zurückzuführen. In Serbien erhöhte sich der Zinsüberschuss um € 69 Millionen aufgrund der Integration der Crédit Agricole Srbija AD sowie höherer Zinserträge aus Krediten sowohl für Retail- als auch Firmenkunden. In der Ukraine sorgten höhere Zinserträge aus staatlichen Einlagenzertifikaten, aus dem Geldmarktgeschäft sowie aus Staatsanleihen für einen Anstieg des Zinsüberschusses um € 37 Millionen. In Russland stieg der Zinsüberschuss um € 83 Millionen trotz eines großteils währungsbedingten Rückgangs der Kreditvolumina um 48 Prozent, hervorgerufen durch eine deutliche Reduktion der Zinsaufwendungen aufgrund niedrigerer Zinssätze für Kundeneinlagen. Die Nettozinsspanne verbesserte sich um 37 Basispunkte auf 2,74 Prozent, was neben Osteuropa auf einen Anstieg um 204 Basispunkte in Serbien, einen Anstieg um 161 Basispunkte in Albanien und einen Anstieg um 146 Basispunkte in Ungarn zurückzuführen war.

(2) Dividendenerträge

in € Millionen	1.1.-30.6.2023	1.1.-30.6.2022
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	1	1
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	1	6
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	5	7
Anteile an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen	10	16
Gesamt	17	29

(3) Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen

in € Millionen	1.1.-30.6.2023	1.1.-30.6.2022
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	51	34

(4) Provisionsüberschuss

in € Millionen	1.1.-30.6.2023	1.1.-30.6.2022
Zahlungsverkehr	619	441
Kredit- und Garantiegeschäft	113	132
Wertpapiere	94	39
Vermögensverwaltung	124	128
Depot- und Treuhandgeschäft	41	51
Vermittlungsprovisionen	28	35
Fremdwährungsgeschäft	608	712
Sonstige	71	26
Gesamt	1.698	1.565

Der Provisionsüberschuss stieg trotz Währungsabwertungen in Osteuropa und wurde nach wie vor durch die geopolitische Situation getrieben. Dabei verzeichnete der Zahlungsverkehr aufgrund gestiegener Transaktionen mit Firmen- als auch Retail-Kunden in Russland und in der Konzernzentrale einen Zuwachs um € 178 Millionen. Ebenso nahm das Ergebnis aus dem Wertpapiergeschäft um € 54 Millionen zu, aufgrund höherer Transaktionen und Volumina am stärksten in Russland. Dem gegenüber reduzierte sich das Ergebnis aus dem Fremdwährungsgeschäft um € 104 Millionen, vorwiegend im Devisenkassageschäft in Russland und in der Konzernzentrale. Diese Entwicklung war durch gesunkene Volumina aufgrund der Einführung von Transaktionslimits sowie geringere Margen im Retail- als auch Firmenkundengeschäft begründet. Insgesamt konnte somit das Provisionsergebnis um € 132 Millionen auf € 1.698 Millionen gesteigert werden. Den stärksten Zuwachs verzeichnete dabei Russland, währungsbereinigt ergaben sich auch Anstiege in der Ukraine, in Belarus, Serbien und Ungarn.

Der Provisionsüberschuss aus finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, die nicht erfolgswirksam zum Fair Value bewertet werden, betrug € 927 Millionen (Vorjahresperiode: € 1.012 Millionen).

1.1.-30.6.2023 in € Millionen	Zentraleuropa	Südosteuropa	Osteuropa	Group Corporates & Markets	Corporate Center	Überleitung	Gesamt
Provisionserträge	392	303	1.046	439	67	-73	2.174
Zahlungsverkehr	180	182	396	116	47	-55	866
Clearing und Abwicklung	22	21	265	0	12	-8	312
Kreditkarten	28	23	11	22	3	0	88
Debitkarten und sonstige Bankkarten	28	53	66	0	16	-15	149
Übrige Zahlungsdienste	102	84	54	93	16	-32	317
Kredit- und Garantiegeschäft	30	19	20	59	7	-3	132
Wertpapiere	21	3	63	50	7	-10	134
Vermögensverwaltung	11	13	9	164	0	0	198
Depot- und Treuhandgeschäft	6	3	25	16	2	-2	50
Vermittlungsprovisionen	16	12	20	0	0	0	48
Fremdwährungsgeschäft	114	65	431	29	4	-2	641
Sonstige	13	7	82	6	0	-2	106
Provisionsaufwendungen	-103	-88	-174	-153	-29	71	-477
Gesamt	288	215	872	287	38	-2	1.698

1.1.-30.6.2022 in € Millionen	Zentraleuropa	Südosteuropa	Osteuropa	Group Corporates & Markets	Corporate Center	Überleitung	Gesamt
Provisionserträge	368	294	899	488	28	-54	2.022
Zahlungsverkehr	156	172	272	86	28	-34	680
Clearing und Abwicklung	22	19	143	0	13	-10	188
Kreditkarten	21	22	11	23	0	0	76
Debitkarten und sonstige Bankkarten	22	46	71	0	13	-13	139
Übrige Zahlungsdienste	91	85	47	63	2	-12	278
Kredit- und Garantiegeschäft	32	17	23	78	0	-4	147
Wertpapiere	20	2	10	54	0	-10	76
Vermögensverwaltung	12	14	7	171	0	0	205
Depot- und Treuhandgeschäft	6	2	21	33	0	-3	59
Vermittlungsprovisionen	15	13	26	0	0	0	53
Fremdwährungsgeschäft	111	67	508	56	0	-2	739
Sonstige	16	7	33	9	0	-1	63
Provisionsaufwendungen	-89	-81	-147	-183	-1	44	-457
Gesamt	279	213	752	305	27	-10	1.565

(5) Handelsergebnis, Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen und Ergebnis aus Hedge Accounting

in € Millionen	1.1.-30.6.2023	1.1.-30.6.2022
Ergebnis aus finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten - Held For Trading	-196	376
Derivate	-66	354
Eigenkapitalinstrumente	29	-69
Schuldverschreibungen	40	-103
Kredite und Forderungen	14	25
Short-Positionen	1	3
Einlagen	17	192
Verbriefte Verbindlichkeiten	-224	-1
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	-6	-24
Ergebnis aus finanziellen Vermögenswerten ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	24	-10
Eigenkapitalinstrumente	0	0
Schuldverschreibungen	-6	1
Kredite und Forderungen	30	-11
Ergebnis aus finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten - Designated Fair Value Through Profit/Loss	0	53
Schuldverschreibungen	1	-4
Einlagen	-3	4
Verbriefte Verbindlichkeiten	2	54
Währungsumrechnung (netto)	288	-103
Gesamt	116	316

Das Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen verringerte sich um € 200 Millionen auf € 116 Millionen. Hauptverantwortlich für den Rückgang gegenüber dem Vorjahr waren die Marktturbulenzen in Russland sowie der Anstieg des eigenen Credit Spreads infolge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine in der Vergleichsperiode 2022.

Aus der Absicherung von in lokalen Währungen gehaltenen Kapitalpositionen der Tochterunternehmen mittels Devisentermingeschäften (Net Investment Hedge) entstanden in der Konzernzentrale durch das hohe Zinsdifferenzial vor allem zwischen Euro und russischem Rubel im ersten Halbjahr des Vorjahres stark positive Bewertungseffekte. Der Rückgang des Bewertungsergebnisses aus diesem Effekt betrug im Vergleich zur Vorjahresperiode € 99 Millionen. Darüber hinaus kam es im Bereich des in der Konzernzentrale gebuchten Zertifikatsgeschäfts vor allem aufgrund des starken Anstiegs des eigenen Credit Spreads im Vorjahr zu hohen Bewertungsgewinnen von zum Zeitwert bewerteten Zertifikatsemissionen. Im laufenden Jahr hingegen reduzierten sich die eigenen Risikoauflschläge um etwa 25 Basispunkte. Infolgedessen reduzierte sich das Bewertungsergebnis im Vergleich zur Vorjahresperiode um € 79 Millionen auf minus € 29 Millionen. Ohne diese beiden Effekte erhöhte sich das Handelsergebnis in der Konzernzentrale um € 9 Millionen auf € 103 Millionen, was vor allem auf gestiegene Handelsergebnisse im Bereich von Zinsderivaten zurückzuführen war.

Die Handelstätigkeiten in Russland führten zu einem Anstieg des Handelsergebnisses um € 16 Millionen auf € 90 Millionen. Dies resultierte vor allem aus einem verbesserten Ergebnis aus der Fremdwährungsbewertung sowie aus der Handelstätigkeit mit Fremdwährungsderivaten und Kundengeschäften mit Fremdwährungen.

Zu einem moderaten Anstieg von Bewertungsverlusten in Zusammenhang mit Fremdwährungspositionen in Höhe von € 25 Millionen kam es vor allem in Ungarn sowie Belarus.

Zum Zeitwert bewertete Veranlagungen in Venture Capital Fonds verzeichneten im ersten Halbjahr des Vorjahrs ebenfalls Bewertungsgewinne in Höhe von € 25 Millionen, im laufenden Jahr entstanden Verluste von € 3 Millionen.

in € Millionen	1.1.-30.6.2023	1.1.-30.6.2022
Fair-Value-Änderungen aus Absicherungsinstrumenten	134	41
Fair-Value-Änderungen aus abgesicherten Grundgeschäften im Hedge Accounting	-151	-77
Erfolgswirksamer, ineffektiver Teil aus Cash-Flow Hedge	0	0
Gesamt	-17	-36

(6) Sonstiges betriebliches Ergebnis

in € Millionen	1.1.-30.6.2023	1.1.-30.6.2022
Ergebnis aus der Ausbuchung nicht modifizierter, nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteter finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten	-12	-9
Schuldverschreibungen	-10	-13
Kredite und Forderungen	-3	1
Verbriepte Verbindlichkeiten	2	3
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	0	0
Ergebnis aus der Ausbuchung von zur Veräußerung gehaltenen nichtfinanziellen Vermögenswerten	2	-24
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien (Investment Property)	0	0
Immaterielle Vermögenswerte	0	-27
Sonstige Aktiva	2	3
Ergebnis aus bankfremden Tätigkeiten	11	3
Umsatzerlöse aus bankfremden Tätigkeiten	66	61
Aufwendungen aus bankfremden Aktivitäten	-55	-58
Ergebnis aus zusätzlichen Leasing-Dienstleistungen	12	11
Umsatzerlöse aus zusätzlichen Leasing-Dienstleistungen	26	21
Aufwendungen aus zusätzlichen Leasing-Dienstleistungen	-15	-9
Ergebnis aus Versicherungsverträgen	6	6
Ergebnis aus Investment Property inkl. Operating Leasing (Immobilien)	30	25
Ergebnis aus Investment Property	10	8
Erträge aus Operating Leasing von Immobilien	10	8
Aufwendungen aus Operating Leasing von Immobilien	-1	-2
Erträge aus sonstigem Operating Leasing	15	14
Aufwendungen aus sonstigem Operating Leasing	-3	-3
Ergebnis aus der Dotierung und Auflösung sonstiger Rückstellungen	-24	10
Übrige betriebliche Erträge/Aufwendungen	17	20
Gesamt	43	42
Sonstige Betriebserträge	193	205
Sonstige Betriebsaufwendungen	-151	-163

In der Berichtsperiode wurden sonstige Rückstellungen in Höhe von € 24 Millionen dotiert, davon entfielen auf Russland € 16 Millionen für offene Rechtsfälle. In der Vorjahresperiode resultierte aus der vorzeitigen Ausbuchung von immateriellen Vermögenswerten in der Konzernzentrale ein Verlust in Höhe von € 27 Millionen.

(7) Verwaltungsaufwendungen

in € Millionen	1.1.-30.6.2023	1.1.-30.6.2022
Personalaufwand	-1.169	-894
Sachaufwand	-600	-531
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	-227	-225
Gesamt	-1.995	-1.649

Personalaufwand

in € Millionen	1.1.-30.6.2023	1.1.-30.6.2022
Löhne und Gehälter	-898	-683
Soziale Abgaben	-225	-167
Freiwilliger Sozialaufwand	-27	-26
Aufwendungen für beitragsorientierte Pensionspläne	-7	-7
Aufwendungen/Erträge für leistungsorientierte Pensionspläne	0	-6
Aufwendungen für Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	-6	-5
Aufwendungen für andere langfristig fällige Leistungen an Arbeitnehmer exkl. zukünftiger Bonusprogramme	-2	3
Personalaufwand unter Berücksichtigung zukünftiger Bonusprogramme	-3	-3
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	-1	-1
Gesamt	-1.169	-894

Der Personalaufwand erhöhte sich um € 275 Millionen auf € 1.169 Millionen, vor allem in Russland (Anstieg: € 199 Millionen) aufgrund von höheren Gehältern und Sozialabgaben, Rückstellungen für Einmalzahlungen sowie einem Anstieg des Personalstands.

Sachaufwand

in € Millionen	1.1.-30.6.2023	1.1.-30.6.2022
Raumaufwand	-56	-49
IT-Aufwand	-180	-177
Rechts- und Beratungsaufwand	-114	-79
Werbe- und Repräsentationsaufwand	-52	-51
Kommunikationsaufwand	-41	-35
Büroaufwand	-10	-9
Kfz-Aufwand	-6	-5
Sicherheitsaufwand	-14	-13
Reiseaufwand	-8	-4
Ausbildungsaufwand	-8	-5
Sonstige nicht ertragsabhängige Steuern	-41	-36
Sonstiger Sachaufwand	-70	-67
Gesamt	-600	-531
davon Aufwendungen für kurzfristige Leasingverhältnisse	-8	-7
davon Aufwendungen für Leasingverhältnisse geringwertiger Vermögenswerte	-2	-2

Haupttreiber des um € 69 Millionen gestiegenen Sachaufwands waren höhere Rechts- und Beratungsaufwendungen (Anstieg: € 35 Millionen) sowie gestiegene IT-Aufwendungen in der Konzernzentrale (Anstieg: € 5 Millionen). Weitere Anstiege im Sachaufwand ergaben sich in Ungarn (Anstieg: € 13 Millionen) und in Polen (Anstieg: € 11 Millionen).

Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte

in € Millionen	1.1.-30.6.2023	1.1.-30.6.2022
Sachanlagen	-117	-115
davon Nutzungsrechte	-41	-41
Immaterielle Vermögenswerte	-110	-109
Gesamt	-227	-225

(8) Übriges Ergebnis

in € Millionen	1.1.-30.6.2023	1.1.-30.6.2022
Gewinne/Verluste aus modifizierten Vertragskonditionen	-7	-10
Ergebnis aus Barwertänderungen unwesentlich modifizierter Vertragskonditionen	-7	-9
Ergebnis aus der Ausbuchung aufgrund wesentlich modifizierter Vertragskonditionen	0	0
Wertminderungen/-aufholungen auf Anteile an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen	-9	1
Wertminderungen von nichtfinanziellen Vermögenswerten	-6	-2
Firmenwerte	0	0
Andere	-6	-2
Ergebnis aus zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte und Verkaufsgruppen sowie Endkonsolidierungen	0	7
Ergebnis aus zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte und Verkaufsgruppen	0	1
Ergebnis aus Endkonsolidierungen	0	6
Aufwände für kreditbezogene, portfolio-basierte Rechtsstreitigkeiten und Annulierungen	-429	-104
Gesamt	-450	-108

Der Aufwand für kreditbezogene, portfolio-basierte Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten und Annulierungen in Höhe von € 429 Millionen in der Berichtsperiode stammte in Höhe von € 424 Millionen (Vorjahresperiode: € 102 Millionen) aus anhängigen und erwarteten Verfahren in Polen, die im Zusammenhang mit Hypothekarkrediten, die in Fremdwährungen denominiert oder an eine Fremdwährung gekoppelt sind, entstanden. Der Aufwand in Polen in Höhe von € 424 Millionen resultierte aus der Aktualisierung der Einflussgrößen in der Modellberechnung – insbesondere durch die signifikant gestiegenen erwarteten Rechtsfälle – und aus Verlusten im Zuge von Kreditvertragsannulierungen.

(9) Staatliche Maßnahmen und Pflichtgaben

in € Millionen	1.1.-30.6.2023	1.1.-30.6.2022
Staatliche Maßnahmen	-94	-77
Bankenabgaben	-94	-77
Pflichtabgaben	-144	-165
Bankenabwicklungsfonds	-74	-89
Beiträge zur Einlagensicherung	-70	-75
Sonstige Pflichtabgaben	0	0
Gesamt	-237	-241

(10) Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte

in € Millionen	1.1.-30.6.2023	1.1.-30.6.2022 ¹
Forderungen	-216	-373
Schuldverschreibungen	-64	-113
Erteilte Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	21	-75
Gesamt	-259	-561
davon finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	-1	-10
davon finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	-278	-476

¹ Adaptierung der Vorjahreswerte aufgrund IAS-8-Anpassung (Details siehe Kapitel Anpassung der Vorjahresperiode gemäß IAS 8)

Die deutlich unter dem Vorjahresniveau liegenden Risikokosten betrafen mit € 273 Millionen das Segment Osteuropa, davon entfielen auf Russland € 188 Millionen (Vorjahresperiode: € 266 Millionen) und auf die Ukraine € 79 Millionen (Vorjahresperiode: € 201 Millionen). In Russland beliefen sich die Dotierungen in Stage 1 und Stage 2 auf € 134 Millionen, insbesondere für unter Sanktionen stehende Nicht-Finanzunternehmen, in Stage 3 (Ausfall) wurden € 53 Millionen, vor allem für Haushalte, gebucht. In der Ukraine wurden € 61 Millionen in Stage 1 und Stage 2, vorwiegend für Regierungen und Nicht-Finanzunternehmen, und € 18 Millionen in Stage 3, hauptsächlich für ausgefallene Kredite an Nicht-Finanzunternehmen, gebucht.

Weitere Details sind unter Punkt (13) Finanzielle Vermögenswerte – Amortized Cost enthalten.

(11) Steuern

in € Millionen	1.1.-30.6.2023	1.1.-30.6.2022
Laufende Steuern vom Einkommen und Ertrag	-476	-250
Inland	-11	-9
Ausland	-465	-241
Latente Steuern	89	-42
Gesamt	-388	-292
Effektive Steuerquote	22,6%	18,3%

Der Anstieg der Steuern vom Einkommen und Ertrag um € 96 Millionen auf € 388 Millionen resultierte vor allem aus einem deutlichen Ergebniszuwachs, insbesondere im Segment Osteuropa (Anstieg: € 47 Millionen) und im Segment Südosteuropa (Anstieg: € 40 Millionen). Im Segment Zentraleuropa (Anstieg: € 13 Millionen) war ebenso der Ergebniszuwachs und zu einem geringeren Teil die Einführung einer Sondersteuer (Übergewinnsteuer) in Tschechien für den Anstieg verantwortlich. Die effektive Steuerquote lag mit 22,6 Prozent um mehr als 4 Prozentpunkte über der Vergleichsperiode. Dies war vor allem durch die Marktturbulenzen in Russland sowie den Anstieg des eigenen Credit Spreads infolge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine in der Vergleichsperiode begründet, welche zu einem hohen Handelsergebnis und damit höheren Ergebnisbeitrag der Konzernzentrale in der Vorjahresperiode führten, dem aber entsprechende Verlustvorträge gegenüber standen.

Steuerforderungen

in € Millionen	30.6.2023	31.12.2022
Laufende Steuerforderungen	87	100
Latente Steuerforderungen	307	269
Steueransprüche aus temporären Differenzen	288	249
Verlustvorträge	20	20
Gesamt	394	369

Steuerverpflichtungen

in € Millionen	30.6.2023	31.12.2022
Laufende Steuerverpflichtungen	144	181
Latente Steuerverpflichtungen	35	36
Gesamt	179	217

Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Finanzinstrumente - Amortized Cost

(12) Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen

in € Millionen	30.6.2023	31.12.2022
Kassenbestand	5.096	5.095
Guthaben bei Zentralbanken	27.510	32.984
Sonstige Sichteinlagen bei Kreditinstituten	15.777	15.604
Gesamt	48.383	53.683

Der Rückgang im Posten Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen um € 5.300 Millionen war auf geringere Guthaben bei Zentralbanken (Rückgang: € 5.474 Millionen) zurückzuführen, der mit € 4.465 Millionen hauptsächlich aus der Konzernzentrale stammte. Weiters beinhaltet dieser Posten auch die nicht frei verfügbare Mindestreserve, die zum Berichtsstichtag € 68 Millionen (Vorjahr: € 20 Millionen) betrug. Der Posten sonstige Sichteinlagen bei Kreditinstituten erhöhte sich um € 173 Millionen.

Unter dem Posten Kassenbestand meldeten die Ukraine, Russland und Belarus insgesamt € 2.804 Millionen, wobei der größte Teil aus Russland kam.

Zum Berichtsstichtag wurden von der Ukraine, von Russland und Belarus Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente in Höhe von € 1.592 Millionen gemeldet, die derzeit rechtlichen Beschränkungen unterliegen und daher nicht zur allgemeinen Verwendung durch die Muttergesellschaft zur Verfügung stehen.

(13) Finanzielle Vermögenswerte – Amortized Cost

in € Millionen	30.6.2023			31.12.2022		
	Brutto- buchwert	Kumulierte Wertminderungen	Buchwert	Brutto- buchwert	Kumulierte Wertminderungen	Buchwert
Schuldverschreibungen	22.931	-218	22.713	19.117	-157	18.960
Zentralbanken	4	0	4	4	0	4
Regierungen	18.291	-84	18.207	14.627	-46	14.581
Kreditinstitute	2.733	-1	2.731	2.668	-1	2.667
Sonstige Finanzunternehmen	1.079	-73	1.006	988	-52	936
Nicht-Finanzunternehmen	824	-60	764	830	-58	771
Kredite und Forderungen	121.573	-2.927	118.646	121.443	-2.973	118.471
Zentralbanken	9.344	0	9.344	8.814	0	8.814
Regierungen	2.077	-7	2.070	2.149	-7	2.143
Kreditinstitute	8.026	-14	8.012	6.913	-13	6.901
Sonstige Finanzunternehmen	11.051	-160	10.890	11.508	-148	11.360
Nicht-Finanzunternehmen	49.800	-1.586	48.214	50.358	-1.609	48.749
Haushalte	41.275	-1.159	40.116	41.701	-1.196	40.505
Gesamt	144.504	-3.144	141.359	140.561	-3.130	137.431

Der Buchwert des Postens finanzielle Vermögenswerte – Amortized Cost erhöhte sich im Vergleich zum Jahresende 2022 um € 3.929 Millionen.

Der Anstieg der Schuldverschreibungen um € 3.753 Millionen resultierte überwiegend aus Zukäufen von Staatsanleihen (Anstieg: € 3.626 Millionen), vor allem in Tschechien (Anstieg: € 1.431 Millionen), in der Slowakei (Anstieg: € 420 Millionen) und in Rumänien (Anstieg: € 411 Millionen).

Im Kreditgeschäft wurde ein leichter Anstieg um € 176 Millionen verzeichnet. Der Anstieg des kurzfristigen Geschäfts in Höhe von € 1.100 Millionen kam vor allem aus Tschechien (Anstieg: € 965 Millionen), überwiegend aus Repo-Geschäften mit der Zentralbank. Bei den Krediten an Nicht-Finanzunternehmen (Rückgang: € 536 Millionen) stand einem Anstieg des Kreditvolumens in Rumänien (Anstieg: € 317 Millionen) und in Tschechien (Anstieg: € 237 Millionen) ein Rückgang in der Konzernzentrale (Rückgang: € 331 Millionen) gegenüber. Bei den Krediten an Haushalte wurde ein Rückgang um € 389 Millionen verzeichnet. Der Rückgang in Osteuropa konnte teilweise durch Zuwächse in nahezu allen anderen Ländern des Konzerns, insbesondere in Tschechien (Anstieg: € 315 Millionen), in Österreich (Raiffeisen Bausparkasse Gesellschaft m.b.H., Anstieg: € 175 Millionen) und in Kroatien (Anstieg: € 126 Millionen) kompensiert werden.

Die Reduktion des Kreditvolumens in Russland führte zu einem Rückgang in Höhe von € 989 Millionen, hauptsächlich bei Krediten an Haushalte (Rückgang: € 899 Millionen) und bei Krediten an Nicht-Finanzunternehmen (Rückgang: € 620 Millionen), welcher durch die Abwertung des russischen Rubels zusätzlich verstärkt wurde. Dem gegenüber stieg das kurzfristige Geschäft in Russland um € 530 Millionen an, überwiegend aufgrund eines höheren Volumens an Repo-Geschäften und kurzfristigen Einlagen.

Weiters bestehen in Russland finanzielle Vermögenswerte – Amortized Cost in Höhe von € 457 Millionen aus Zahlungen von Emittenten lokaler Schuldtitel, die derzeit aufgrund der bestehenden US- und EU-Sanktionen nicht an ausländische Investoren weitergeleitet werden können, und daher bei der russischen Agentur für Einlagensicherung (Deposit Insurance Agency) deponiert werden müssen. Sie stehen der Muttergesellschaft zur allgemeinen Verwendung nicht zur Verfügung.

Das Kreditportfolio der RBI ist nach Art des Kunden, geografischer Region und Industrie diversifiziert. In den folgenden Aufteilungen der finanziellen Vermögenswerte – Amortized Cost nach Gegenpartei ist ersichtlich, dass der Fokus auf Kunden im Bereich der Nicht-Finanzunternehmen und Haushalte liegt.

Bruttopbuchwert

in € Millionen	30.6.2023				31.12.2022			
	Stage 1	Stage 2	Stage 3	POCI	Stage 1	Stage 2	Stage 3	POCI
Zentralbanken	9.267	82	0	0	8.680	138	0	0
Regierungen	19.204	987	177	0	15.653	954	169	0
Kreditinstitute	9.642	1.112	5	0	9.236	342	4	0
Sonstige Finanzunternehmen	9.670	2.285	70	104	10.010	2.311	75	100
Nicht-Finanzunternehmen	38.753	10.422	1.206	244	38.774	10.802	1.477	135
Haushalte	30.407	9.704	1.034	129	33.385	7.135	1.047	134
davon Hypothekar	20.570	7.180	374	85	22.770	5.463	385	90
Gesamt	116.943	24.593	2.491	477	115.737	21.681	2.772	370

Kumulierte Wertminderungen

in € Millionen	30.6.2023				31.12.2022			
	Stage 1	Stage 2	Stage 3	POCI	Stage 1	Stage 2	Stage 3	POCI
Zentralbanken	0	0	0	0	0	0	0	0
Regierungen	-5	-80	-5	0	-5	-42	-5	0
Kreditinstitute	-1	-11	-3	0	-1	-9	-4	0
Sonstige Finanzunternehmen	-11	-162	-37	-22	-15	-136	-34	-15
Nicht-Finanzunternehmen	-164	-598	-822	-63	-165	-495	-941	-66
Haushalte	-136	-331	-659	-34	-145	-327	-688	-36
davon Hypothekar	-29	-122	-180	-20	-35	-140	-201	-23
Gesamt	-317	-1.182	-1.526	-119	-332	-1.010	-1.671	-117

ECL Coverage Ratio

	30.6.2023				31.12.2022			
	Stage 1	Stage 2	Stage 3	POCI	Stage 1	Stage 2	Stage 3	POCI
Zentralbanken	0,0%	0,0%	-	-	0,0%	0,0%	-	-
Regierungen	0,0%	8,1%	3,0%	0,9%	0,0%	4,4%	3,0%	0,0%
Kreditinstitute	0,0%	1,0%	69,0%	-	0,0%	2,6%	81,9%	-
Sonstige Finanzunternehmen	0,1%	7,1%	53,6%	21,3%	0,2%	5,9%	44,7%	15,0%
Nicht-Finanzunternehmen	0,4%	5,7%	68,1%	26,0%	0,4%	4,6%	63,7%	48,7%
Haushalte	0,4%	3,4%	63,7%	26,1%	0,4%	4,6%	65,7%	26,9%
davon Hypothekar	0,1%	1,7%	48,1%	24,0%	0,2%	2,6%	52,2%	25,5%
Gesamt	0,3%	4,8%	61,3%	25,0%	0,3%	4,7%	60,3%	31,7%

Entwicklung der Wertminderungen

Entwicklung der Wertminderungen auf Forderungen und Schuldverschreibungen der Bewertungskategorie finanzielle Vermögenswerte – Amortized Cost, der Bewertungskategorie finanzielle Vermögenswerte – Fair Value Through Other Comprehensive Income sowie auf sonstige Sichteinlagen bei Kreditinstituten:

in € Millionen	Stage 1	Stage 2	Stage 3	POCI	Gesamt
	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	
Stand 1.1.2023	333	1.026	1.673	117	3.150
Erhöhung aufgrund von Entstehung und Anschaffung	143	74	6	0	222
Verminderung aufgrund von Ausbuchungen (Derecognition)	-40	-92	-171	-7	-310
Änderungen im Kreditrisiko (Netto)	-101	225	158	9	291
Änderungen aufgrund von Modifikationen ohne Ausbuchungen (Netto)	0	0	2	0	2
Verminderung aufgrund von Abschreibungen (Write-offs)	0	-2	-99	-2	-103
Änderung Konsolidierungskreis	0	4	1	-4	1
Wechselkurse und andere	-16	-23	-41	6	-75
Stand 30.6.2023	318	1.212	1.529	119	3.177
davon Fair Value Through Other Comprehensive Income	1	14	1	0	16
davon sonstige Sichteinlagen bei Kreditinstituten	0	15	1	0	17

in € Millionen	Stage 1	Stage 2	Stage 3	POCI	Gesamt
	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	
Stand 1.1.2022	196	687	1.567	118	2.569
Erhöhung aufgrund von Entstehung und Anschaffung	60	40	10	0	110
Verminderung aufgrund von Ausbuchungen (Derecognition)	-23	-83	-195	-34	-334
Änderungen im Kreditrisiko (Netto)	58	304	280	19	662
Änderungen aufgrund von Modifikationen ohne Ausbuchungen (Netto)	0	-1	0	0	0
Verminderung aufgrund von Abschreibungen (Write-offs)	0	-1	-42	-1	-43
Änderung Konsolidierungskreis	3	3	-2	0	4
Wechselkurse und andere	0	66	116	-3	179
Stand 30.6.2022	295	1.016	1.735	100	3.146
davon Fair Value Through Other Comprehensive Income	-1	-1	0	0	-2
davon sonstige Sichteinlagen bei Kreditinstituten	0	0	4	0	4

Buchwerte der finanziellen Vermögenswerte – Amortized Cost nach Rating-Kategorien und Stages

Die Kreditwürdigkeitsanalyse von finanziellen Vermögenswerten ist eine zeitliche Beurteilung der Ausfallwahrscheinlichkeit der Vermögenswerte.

- Exzellent sind Risikopositionen, die eine starke Fähigkeit zur Erfüllung finanzieller Verpflichtungen mit vernachlässigbarer oder keiner Ausfallwahrscheinlichkeit aufweisen (PD-Skala $>0,0000 \leq 0,0300$ Prozent).
- Sehr gute Risikopositionen weisen eine starke Fähigkeit zur Erfüllung finanzieller Verpflichtungen auf, wobei die Ausfallwahrscheinlichkeit vernachlässigbar oder gering ist (PD-Skala $>0,0300 \leq 0,1878$ Prozent).
- Gut sind Risikopositionen, die eine gute Fähigkeit zur Erfüllung finanzieller Verpflichtungen mit geringem Ausfallrisiko aufweisen (PD-Skala $>0,1878 \leq 1,1735$ Prozent).
- Zufriedenstellend sind Risikopositionen, die einer genaueren Überwachung bedürfen und eine durchschnittliche bis angemessene Fähigkeit zur Erfüllung finanzieller Verpflichtungen mit einem moderaten Ausfallrisiko aufweisen (PD-Skala $>1,1735 \leq 7,3344$ Prozent).
- Unterdurchschnittlich sind Risikopositionen, die unterschiedliche Stärken spezieller Aufmerksamkeit erfordern und ein besorgniserregendes Ausfallrisiko aufweisen (PD-Skala $>7,3344 < 100,0$ Prozent).
- Beeinträchtigte Bonität haben Risikopositionen, die als wertgemindert eingestuft werden (PD-Skala 100,0 Prozent).

Die folgende Tabelle zeigt den Zusammenhang zwischen Rating-Kategorien und Stages nach IFRS 9. Dabei ist zu beachten, dass es bei finanziellen Vermögenswerten in Stage 1 und Stage 2 aufgrund des relativen Charakters einer erheblichen Erhöhung des Kreditrisikos nicht zwingend erforderlich ist, dass Vermögenswerte der Stage 2 eine niedrigere Bonität besitzen als Stage 1, obwohl dies in der Regel der Fall ist.

in € Millionen	Stage 1	Stage 2	Stage 3	POCI	Gesamt
	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	
Exzellent	20.390	192	0	0	20.582
Sehr gut	34.307	3.390	0	1	37.698
Gut	37.724	9.699	0	7	47.430
Zufriedenstellend	19.125	7.086	0	15	26.227
Unterdurchschnittlich	2.162	3.855	0	12	6.030
Wertgemindert	0	0	2.426	419	2.845
Nicht geratet	3.235	370	65	22	3.693
Bruttobuchwert	116.943	24.593	2.491	477	144.504
Kumulierte Wertminderungen	-317	-1.182	-1.526	-119	-3.144
Buchwert	116.627	23.410	965	357	141.359

31.12.2022 in € Millionen	Stage 1 Erwarteter 12-Monats-Verlust	Stage 2 Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Stage 3 Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	POCI Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Gesamt
Exzellent	18.434	601	0	0	19.035
Sehr gut	37.450	3.772	0	4	41.226
Gut	35.444	6.956	0	6	42.406
Zufriedenstellend	19.230	6.738	0	13	25.982
Unterdurchschnittlich	2.212	3.322	0	20	5.553
Wertgemindert	0	0	2.667	304	2.970
Nicht geratet	2.966	292	106	24	3.388
Bruttobuchwert	115.737	21.681	2.772	370	140.561
Kumulierte Wertminderungen	-332	-1.010	-1.671	-117	-3.130
Buchwert	115.405	20.672	1.101	253	137.431

Die Kategorie nicht geratet beinhaltet vor allem finanzielle Vermögenswerte für Haushalte (vorwiegend in Serbien, der Slowakei und Kroatien), für die noch keine Ratings verfügbar sind und deren Einstufung daher auf qualitativen Faktoren basiert.

(14) Finanzielle Verbindlichkeiten - Amortized Cost

in € Millionen	30.6.2023	31.12.2022
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	33.662	33.612
Kurzfristige Beträge/Tagesgeldinlagen	15.276	13.552
Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit	11.701	17.590
Rückkaufvereinbarung	6.685	2.470
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	120.464	125.017
Kurzfristige Beträge/Tagesgeldinlagen	85.376	93.686
Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit	33.921	31.214
Rückkaufvereinbarung	1.167	117
Verbriepte Verbindlichkeiten	17.576	14.559
Gedeckte Schuldverschreibungen	3.735	2.494
Hybride Verträge	499	483
Sonstige verbriepte Verbindlichkeiten	13.342	11.583
davon wandelbare zusammengesetzte Finanzinstrumente	1.778	1.348
davon nicht wandelbar	11.565	10.235
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	1.347	1.955
Gesamt	173.049	175.142
davon nachrangige finanzielle Verbindlichkeiten	2.648	2.614
davon Leasingverbindlichkeiten	383	394

Im Bereich der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erhöhten sich die kurzfristigen Beträge/Tagesgeldinlagen in der Konzernzentrale um € 1.648 Millionen. Dem gegenüber verringerten sich die Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit, insbesondere in der Konzernzentrale um € 5.957 Millionen sowie in der Slowakei um € 406 Millionen. In beiden Fällen war der Rückgang hauptsächlich auf Tilgungen von TLTRO-Instrumenten zurückzuführen. Im laufenden Jahr wurde in der Konzernzentrale ein Volumen in Höhe von € 4.300 Millionen und in der Slowakei ein Volumen von € 440 Millionen getilgt. Abzüglich der Rückzahlungen im ersten Halbjahr 2023 hält der Konzern Volumina in Höhe von € 450 Millionen mit Fälligkeit Dezember 2023, € 2.400 Millionen mit Fälligkeit März 2024, € 425 Millionen mit Fälligkeit Juni 2024 und € 37 Millionen mit Fälligkeit Dezember 2024. Zum vorliegenden Bilanzstichtag beabsichtigt die RBI, € 200 Millionen der Tranche mit Fälligkeit März 2024 und € 425 Millionen der Tranche mit Fälligkeit Juni 2024 vorzeitig zurückzuzahlen. Die Durchführung von vorzeitigen Rückzahlungen geschieht in jedem Fall in Abhängigkeit von Liquiditätsposition und regulatorischem Nutzen, zum Bilanzstichtag vorliegende Pläne für frühzeitige Rückzahlungen können daher noch Änderungen unterliegen. Zum Berichtsstichtag betrug der unter Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten enthaltene Buchwert der längerfristigen Finanzierungsgeschäfte aus dem TLTRO-III-Programm der EZB € 3.318 Millionen. Für nähere Informationen zu den angewandten Bilanzierungsmethoden im Zusammenhang mit TLTRO-Instrumenten wird auf den Geschäftsbericht 2022 verwiesen. Hinsichtlich des Anstiegs bei den Pensionsgeschäften war der Großteil der Veränderung in der Konzernzentrale zu verzeichnen (Anstieg: € 3.833 Millionen).

Im Bereich der kurzfristigen Beträge/Tagesgeldinlagen gegenüber Kunden kam es quer durch die Gruppe zu Rückgängen in Höhe von € 8.310 Millionen. Ein gegensätzlicher Trend zeichnete sich in den Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit ab, die konzernweit eine Erhöhung um € 2.707 Millionen aufwiesen. Rückgänge in der Konzernzentrale (Rückgang: € 2.108 Millionen) und Russland (Rückgang: € 700 Millionen) wirkten dieser Entwicklung entgegen.

Die gedeckten Schuldverschreibungen erhöhten sich in der Konzernzentrale um € 946 Millionen und der Slowakei um € 447 Millionen. Emissionen in der Konzernzentrale (Anstieg: € 686 Millionen), der Slowakei (Anstieg: € 320 Millionen) und in

Kroatien (Anstieg: € 300 Millionen) waren die Haupttreiber der Erhöhung der nicht wandelbaren, verbrieften Verbindlichkeiten. Die sonstigen finanziellen Verbindlichkeiten sanken aufgrund des Rückgangs schwiegender Verrechnungen und auszuzahlender Beträge besonders stark in Russland.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden nach Asset-Klassen:

in € Millionen	30.6.2023	31.12.2022
Zentralbanken	4.135	8.915
Regierungen	4.150	2.892
Kreditinstitute	29.526	24.697
Sonstige Finanzunternehmen	12.061	13.208
Nicht-Finanzunternehmen	45.827	50.041
Haushalte	58.426	58.876
Gesamt	154.126	158.629

(15) Fair Value von Finanzinstrumenten, die nicht zum Fair Value ausgewiesen werden

30.6.2023	Level I	Level II	Level III	Fair Value	Buchwert	Differenz
in € Millionen						
Aktiva						
Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen	0	48.383	0	48.383	48.383	0
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	18.257	2.136	116.758	137.150	141.359	-4.209
Schuldverschreibungen	18.257	2.136	1.775	22.167	22.713	-546
Kredite und Forderungen	0	0	114.983	114.983	118.646	-3.663
Passiva						
Finanzielle Verbindlichkeiten - Amortized Cost	561	14.544	155.807	170.912	172.665	-1.753
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden ¹	0	0	153.067	153.067	153.742	-676
Verbrieftete Verbindlichkeiten	561	14.544	1.393	16.499	17.576	-1.077
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	0	0	1.347	1.347	1.347	0

¹Gemäß IFRS 7 sind Leasingverbindlichkeiten nicht enthalten.

Level I Notierte Marktpreise

Level II Auf Marktdaten basierende Bewertungsmethoden

Level III Nicht auf Marktdaten basierende Bewertungsmethoden

31.12.2022	Level I	Level II	Level III	Fair Value	Buchwert	Differenz
in € Millionen						
Aktiva						
Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen	0	53.683	0	53.683	53.683	0
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	15.260	1.452	116.767	133.479	137.431	-3.951
Schuldverschreibungen	15.260	1.452	1.426	18.138	18.960	-822
Kredite und Forderungen	0	0	115.341	115.341	118.471	-3.130
Passiva						
Finanzielle Verbindlichkeiten - Amortized Cost	263	13.676	160.571	174.510	174.748	-238
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden ¹	0	0	157.675	157.675	158.235	-560
Verbrieftete Verbindlichkeiten	263	13.676	942	14.881	14.559	322
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	0	0	1.955	1.955	1.955	0

¹Gemäß IFRS 7 sind Leasingverbindlichkeiten nicht enthalten.

Level I Notierte Marktpreise

Level II Auf Marktdaten basierende Bewertungsmethoden

Level III Nicht auf Marktdaten basierende Bewertungsmethoden

Zum Fair Value bewertete Finanzinstrumente

(16) Finanzielle Vermögenswerte – Fair Value Through Other Comprehensive Income

30.6.2023 in € Millionen	Brutto- buchwert	Kumulierte Wertminderungen	Kumulierte sonstiges Ergebnis	Buchwert
Eigenkapitalinstrumente	183	–	–	183
Kreditinstitute	0	–	–	0
Sonstige Finanzunternehmen	101	–	–	101
Nicht-Finanzunternehmen	82	–	–	82
Schuldverschreibungen	2.900	-16	-70	2.813
Regierungen	2.062	-13	-58	1.990
Kreditinstitute	709	-1	-9	698
Sonstige Finanzunternehmen	3	0	0	3
Nicht-Finanzunternehmen	127	-2	-3	122
Gesamt	3.083	-16	-70	2.996

31.12.2022 in € Millionen	Brutto- buchwert	Kumulierte Wertminderungen	Kumulierte sonstiges Ergebnis	Buchwert
Eigenkapitalinstrumente	169	–	–	169
Kreditinstitute	0	–	–	0
Sonstige Finanzunternehmen	99	–	–	99
Nicht-Finanzunternehmen	69	–	–	69
Schuldverschreibungen	3.160	-15	-111	3.034
Regierungen	2.291	-13	-92	2.186
Kreditinstitute	730	0	-13	717
Sonstige Finanzunternehmen	3	0	0	3
Nicht-Finanzunternehmen	136	-1	-6	128
Gesamt	3.328	-15	-111	3.203

Buchwerte der finanziellen Vermögenswerte – Fair Value Through Other Comprehensive Income ohne Eigenkapitalinstrumente nach Rating-Kategorien und Stages:

30.6.2023 in € Millionen	Stage 1	Stage 2	Stage 3	POCI	Gesamt
	Erwarteter 12- Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit		
Exzellent	385	0	0	0	385
Sehr gut	1.364	8	0	0	1.372
Gut	781	237	0	0	1.018
Zufriedenstellend	0	4	0	0	5
Unterdurchschnittlich	0	101	0	0	101
Wertgemindert	0	0	6	0	6
Nicht geratet	13	0	0	0	13
Bruttobuchwert	2.544	351	6	0	2.900
Kumulierte Wertminderungen	-1	-14	-1	0	-16
Kumulierte sonstiges Ergebnis	-76	6	0	0	-70
Buchwert	2.466	342	5	0	2.813

31.12.2022 in € Millionen	Stage 1 Erwarteter 12-Monats-Verlust	Stage 2 Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Stage 3 Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	POCI Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Gesamt
Exzellent	587	0	0	0	587
Sehr gut	1.676	0	0	0	1.676
Gut	714	2	0	0	716
Zufriedenstellend	0	27	0	0	27
Unterdurchschnittlich	0	132	0	0	132
Wertgemindert	0	0	2	0	2
Nicht geradet	19	0	0	0	19
Bruttobuchwert	2.997	160	2	0	3.160
Kumulierte Wertminderungen	-1	-13	-1	0	-15
Kumulierte sonstiges Ergebnis	-115	3	0	0	-111
Buchwert	2.881	150	2	0	3.034

(17) Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss

in € Millionen	30.6.2023	31.12.2022
Eigenkapitalinstrumente	7	6
Sonstige Finanzunternehmen	6	6
Nicht-Finanzunternehmen	0	0
Schuldverschreibungen	346	276
Regierungen	130	69
Kreditinstitute	25	12
Sonstige Finanzunternehmen	175	182
Nicht-Finanzunternehmen	16	12
Kredite und Forderungen	518	475
Regierungen	1	1
Kreditinstitute	2	2
Sonstige Finanzunternehmen	24	30
Nicht-Finanzunternehmen	82	80
Haushalte	409	362
Gesamt	870	757

(18) Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten – Designated Fair Value Through Profit/Loss

Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss

in € Millionen	30.6.2023	31.12.2022
Schuldverschreibungen	84	84
Regierungen	48	43
Kreditinstitute	24	26
Nicht-Finanzunternehmen	12	15
Gesamt	84	84

Finanzielle Verbindlichkeiten - Designated Fair Value Through Profit/Loss

in € Millionen	30.6.2023	31.12.2022
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	19	29
Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit	19	29
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	89	82
Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit	89	82
Verbriebe Verbindlichkeiten	1.024	839
Hybride Verträge	1	1
Sonstige verbriebe Verbindlichkeiten	1.023	838
davon nicht wandelbar	1.023	838
Gesamt	1.132	950
davon nachrangige finanzielle Verbindlichkeiten	92	89

(19) Finanzielle Vermögenswerte – Held For Trading

in € Millionen	30.6.2023	31.12.2022
Derivate	4.392	5.059
Zinssatzverträge	3.350	3.912
Eigenkapitalverträge	171	35
Wechselkurs- und Goldverträge	821	1.075
Kreditverträge	19	11
Warentermingeschäfte	1	3
Andere	29	23
Eigenkapitalinstrumente	365	287
Kreditinstitute	35	37
Sonstige Finanzunternehmen	112	100
Nicht-Finanzunternehmen	217	149
Schuldverschreibungen	1.907	1.064
Zentralbanken	65	0
Regierungen	1.492	719
Kreditinstitute	243	211
Sonstige Finanzunternehmen	39	63
Nicht-Finanzunternehmen	68	71
Kredite und Forderungen	0	0
Nicht-Finanzunternehmen	0	0
Gesamt	6.664	6.411

Innerhalb des Postens finanzielle Vermögenswerte – Held for Trading betragen die als Sicherheit gestellten Wertpapiere, zu deren Verkauf oder Verpfändung der Empfänger berechtigt ist, € 114 Millionen (Vorjahr: € 41 Millionen).

Der Anstieg der Schuldverschreibungen resultierte vorwiegend aus Zukäufen von Staatsanleihen in der Konzernzentrale, welcher durch den volumen- und zinsbedingten Rückgang bei Derivaten teilweise kompensiert wurde.

Derivative Finanzinstrumente

30.6.2023 in € Millionen	Nominalwert	Marktwert	
		Aktiva	Passiva
Handelsbuch	193.068	4.081	-3.920
Zinssatzverträge	135.177	3.116	-3.263
Eigenkapitalverträge	5.469	171	-2
Wechselkurs- und Goldverträge	49.389	745	-635
Kreditverträge	1.958	19	-14
Warentermingeschäfte	23	1	0
Andere	1.051	29	-5
Bankbuch	21.826	310	-202
Zinssatzverträge	15.440	234	-123
Wechselkurs- und Goldverträge	6.366	76	-71
Kreditverträge	20	0	-8
Gesamt	214.893	4.392	-4.122
OTC-Produkte	209.798	4.339	-4.073
Börsengehandelte Produkte	5.096	53	-49
31.12.2022 in € Millionen	Nominalwert	Marktwert	
		Aktiva	Passiva
Handelsbuch	149.831	4.601	-4.552
Zinssatzverträge	99.495	3.585	-3.701
Eigenkapitalverträge	4.375	35	-2
Wechselkurs- und Goldverträge	43.414	944	-825
Kreditverträge	1.452	11	-8
Warentermingeschäfte	35	3	0
Andere	1.060	23	-16
Bankbuch	56.072	458	-250
Zinssatzverträge	48.590	326	-195
Wechselkurs- und Goldverträge	7.466	131	-52
Kreditverträge	16	1	-4
Gesamt	205.902	5.059	-4.802
OTC-Produkte	198.722	4.936	-4.762
Börsengehandelte Produkte	4.618	87	-13

(20) Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading

in € Millionen	30.6.2023	31.12.2022
Derivate	4.122	4.802
Zinssatzverträge	3.386	3.896
Eigenkapitalverträge	2	2
Wechselkurs- und Goldverträge	707	877
Kreditverträge	22	12
Andere	5	16
Short-Positionen	457	91
Eigenkapitalinstrumente	5	7
Schuldverschreibungen	452	83
Verbrieft Verbindlichkeiten	3.977	3.560
Einlagenzertifikate	0	172
Hybride Verträge	3.977	3.388
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	1	1
Gesamt	8.557	8.453

(21) Hedge Accounting und Fair-Value Anpassungen aus Portfolio-Fair-Value-Hedges

in € Millionen	30.6.2023	31.12.2022
Positive Fair Values derivativer Finanzinstrumente aus Mikro-Fair-Value-Hedge	537	611
Zinssatzverträge	537	611
Positive Fair Values derivativer Finanzinstrumente aus Mikro-Cash-Flow-Hedge	1	1
Zinssatzverträge	1	1
Positive Fair Values derivativer Finanzinstrumente aus Net Investment Hedge	0	4
Positive Fair Values derivativer Finanzinstrumente aus Portfolio Hedge	927	991
Cash-Flow Hedge	157	100
Fair Value Hedge	769	891
Gesamt	1.465	1.608

in € Millionen	30.6.2023	31.12.2022
Fair-Value-Anpassungen des abgesicherten Zinsrisikos aus Portfolio-Fair-Value-Hedge	-771	-947
Gesamt	-771	-947

Die positiven Marktwerte von Absicherungsinstrumenten in Mikro-Fair-Value-Hedge-Beziehungen verringerten sich um € 74 Millionen auf € 537 Millionen. Der Rückgang ist trotz erhöhtem abgesicherten Volumen vor allem in Ungarn und zu einem kleineren Teil in der Konzernzentrale auf das im Jahresvergleich gesunkene Niveau der Zinssätze (Swapsätze), vor allem in Ungarn, zurückzuführen.

Die positiven Marktwerte von Absicherungsinstrumenten in Portfolio-Fair-Value-Hedge-Beziehungen reduzierten sich um € 65 Millionen auf € 927 Millionen. Diese Reduktion war vor allem volumenbedingt auf Zinsderivate in der Raiffeisen Bausparkasse Gesellschaft m.b.H. zurückzuführen. Dieser Rückgang kompensierte den Effekt gestiegener Euro-Zinssätze (Swapsätze) im kurz- und mittelfristigen Bereich.

Gegenläufig reduzierten sich die negativen Marktwertanpassungen der gegen das Zinsrisiko abgesicherten aktivseitigen Grundgeschäfte aus Portfolio-Fair-Value-Hedge-Beziehungen gegenüber dem Jahresultimo um € 176 Millionen auf minus € 771 Millionen. Der Rückgang betraf vor allem Russland (minus € 81 Millionen) infolge der gezielten Reduktion des Kreditportfolios, Tschechien (minus € 47 Millionen) und die Raiffeisen Bausparkasse Gesellschaft m.b.H. (minus € 31 Millionen).

in € Millionen	30.6.2023	31.12.2022
Negative Fair Values derivativer Finanzinstrumente aus Mikro-Fair-Value-Hedge	554	605
Zinssatzverträge	554	605
Negative Fair Values derivativer Finanzinstrumente aus Mikro-Cash-Flow-Hedge	1	1
Zinssatzverträge	1	1
Negative Fair Values derivativer Finanzinstrumente aus Net Investment Hedge	21	34
Negative Fair Values derivativer Finanzinstrumente aus Portfolio Hedge	1.195	1.414
Cash-Flow Hedge	66	87
Fair Value Hedge	1.129	1.328
Gesamt	1.771	2.054

in € Millionen	30.6.2023	31.12.2022
Fair-Value-Anpassungen des abgesicherten Zinsrisikos aus Portfolio-Fair-Value-Hedge	-967	-1.217
Gesamt	-967	-1.217

Die negativen Marktwerte von Absicherungsgeschäften aus Mikro-Fair-Value-Hedge-Beziehungen reduzierten sich um € 51 Millionen auf € 554 Millionen. Der Rückgang war in erster Linie auf Mikro-Fair-Value-Hedges in der Konzernzentrale um € 45 Millionen zurückzuführen und resultierte trotz eines volumenbedingten Rückgangs der abgesicherten Zinspositionen aus einem Anstieg der Euro-Zinssätze (Swapsätze) im Vergleich zum Jahresultimo 2022.

Die negativen Marktwerte von Absicherungsinstrumenten in Portfolio-Fair-Value-Hedge-Beziehungen reduzierten sich um € 219 Millionen auf € 1.195 Millionen und betrafen in erster Linie Tschechien und Ungarn. Volumenbedingte Anstiege in beiden Ländern wurden durch einen Rückgang der Zinssätze (Swaprates) im laufenden Jahr überkompensiert.

Gegenläufig reduzierten sich die negativen Marktwertanpassungen der gegen das Zinsrisiko abgesicherten passivseitigen Grundgeschäfte aus Portfolio-Fair-Value-Hedge-Beziehungen gegenüber dem Jahresultimo um € 250 Millionen auf minus € 967 Millionen. Diese Veränderung war im Wesentlichen auf die Entwicklung der Marktwerte der abgesicherten Verbindlichkeiten in Portfolio-Hedge-Beziehungen in Tschechien und Ungarn zurückzuführen.

30.6.2023 in € Millionen	Nominalwert	Marktwert	
		Aktiva	Passiva
Absicherungsinstrumente	59.370	1.465	-1.771
Zinssatzverträge	57.440	1.465	-1.749
Wechselkurs- und Goldverträge	1.930	0	-21
Gesamt	59.370	1.465	-1.771

31.12.2022 in € Millionen	Nominalwert	Marktwert	
		Aktiva	Passiva
Absicherungsinstrumente	52.670	1.608	-2.054
Zinssatzverträge	51.710	1.604	-2.020
Wechselkurs- und Goldverträge	960	4	-34
Gesamt	52.670	1.608	-2.054

(22) Erläuterungen Fair Value von Finanzinstrumenten

Die in der Bilanz zum Fair Value ausgewiesenen Finanzinstrumente werden in den folgenden Tabellen nach Bilanzposten gegliedert dargestellt.

Aktiva in € Millionen	30.6.2023			31.12.2022		
	Level I	Level II	Level III	Level I	Level II	Level III
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	1.846	4.803	15	1.010	5.371	29
Derivate	3	4.389	0	3	5.057	0
Eigenkapitalinstrumente	348	17	1	271	16	0
Schuldverschreibungen	1.495	398	14	736	299	29
Kredite und Forderungen	0	0	0	0	0	0
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	217	83	570	150	80	527
Eigenkapitalinstrumente	1	6	0	1	5	0
Schuldverschreibungen	216	77	52	149	74	52
Kredite und Forderungen	0	0	518	0	0	475
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	52	32	0	48	36	0
Schuldverschreibungen	52	32	0	48	36	0
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	2.172	567	257	2.441	536	225
Eigenkapitalinstrumente	19	2	162	17	2	150
Schuldverschreibungen	2.153	565	95	2.424	535	75
Hedge Accounting	0	1.465	0	0	1.608	0

Passiva in € Millionen	30.6.2023			31.12.2022		
	Level I	Level II	Level III	Level I	Level II	Level III
Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading	454	8.103	0	93	8.360	0
Derivate	6	4.117	0	6	4.796	0
Short-Positionen	448	9	0	86	5	0
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	3.977	0	0	3.560	0
Finanzielle Verbindlichkeiten - Designated Fair Value Through Profit/Loss	0	1.132	0	0	950	0
Einlagen	0	108	0	0	111	0
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	1.024	0	0	839	0
Hedge Accounting	0	1.771	0	0	2.054	0

Bewegungen von zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten zwischen Level I und Level II

Für Finanzinstrumente mit einem Volumen von € 11 Millionen standen zum 30. Juni 2023 nur abgeleitete Preise zur Verfügung. Zum Beispiel wurde anstelle des BGN-Werts (Bloomberg Generic Price) der BVAL-Wert (Bloomberg Evaluation) herangezogen. Folglich wurden diese Anleihen von Level I auf Level II umgegliedert. Bei den Verschiebungen von Level II zu Level I handelte es sich um Anleihen in Höhe von € 6 Millionen, für die zum Zeitpunkt des Transfers Marktwerte zur Verfügung standen.

Bewegungen von zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten in Level III

Der Gesamtbestand an Level-III-Vermögenswerten stieg in der Berichtsperiode um netto € 61 Millionen. Bei den Finanzinstrumenten, die verpflichtend zum Fair Value bilanziert werden müssen und den finanziellen Vermögenswerten der Kategorie - Fair Value Through Other comprehensive Income zugeordnet wurden, kam es zu einer Erhöhung um netto € 75 Millionen, zum Einen durch Zugänge und erzielte Gewinne durch Kredite in Ungarn und Österreich, zum Anderen durch Zugänge bei den Anleihen in Rumänien. In der Bewertungskategorie finanzielle Vermögenswerte – Held for Trading reduzierte sich das Volumen der Staatsanleihen um netto € 14 Millionen. Der Grund für diesen Rückgang waren Abgänge in Albanien und Russland beziehungsweise Wechselkursschwankungen. In der Gesamtnettoveränderung von € 61 Millionen waren netto rund € 5 Millionen Wechselkursschwankungen enthalten.

Aktiva in € Millionen	Stand 1.1.2023	Änderung Konsolidierungskreis	Währungs- differenzen	Zugänge	Abgänge
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	29	0	-4	17	-23
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	527	0	10	33	-30
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	0	0	0	0	0
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	225	0	-1	27	0
Gesamt	781	0	5	77	-53

Aktiva in € Millionen	Erfolg in GuV	Erfolg im sonstigen Ergebnis	Transfer in Level III	Transfer aus Level III	Stand 30.6.2023
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	-4	0	0	0	15
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	29	0	0	0	570
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	0	0	0	0	0
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	0	6	0	0	257
Gesamt	26	6	0	0	842

Passiva in € Millionen ¹	Stand 1.1.2023	Änderung Konsolidierungskreis	Währungs- differenzen	Zugänge	Abgänge
Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading	0	0	0	0	0
Gesamt	0	0	0	0	0

Passiva in € Millionen ¹	Erfolg in GuV	Erfolg im sonstigen Ergebnis	Transfer in Level III	Transfer aus Level III	Stand 30.6.2023
Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading	0	0	0	0	0
Gesamt	0	0	0	0	0

1Werte, die mit 0 angegeben werden, enthalten Marktwerte unter einer halben Million €.

Qualitative Informationen zur Bewertung von Level-III-Finanzinstrumenten

Aktiva	Marktwert in € Millionen ¹	Bewertungsmethode	Wesentliche nicht beobachtbare Input-Faktoren	Umfang der nicht beobachtbaren Input-Faktoren
30.6.2023				
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	15			
Ergänzungskapital	1	Indicative Prices (Richtpreise)	Indikationen	-
Staatsanleihen, festverzinsliche Anleihen	14	DCF-Verfahren	Kreditspanne	0,95 - 43,93%
Devisentermingeschäfte	0	DCF-Verfahren	Zinssatz	10 - 30%
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	570			
Sonstige Beteiligungen	0	Vereinfachte Kapitalwertmethode Expertenmeinung	-	-
Schuldverschreibungen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	52	Nettovermögen Finanzierungsauktion/Transaktionskosten Marktpreisindikation	(Auktions-) Preis	
Kredite	518	Retail: DCF-Verfahren (Black-Scholes, Vorfälligkeitsoptionen, Widerrufsmöglichkeit usw.) Non-Retail: DCF-Verfahren/ Optionsbewertung (Black-Scholes (shifted) Model; Hull-White Trinomial Tree)	Spanne (Neugeschäft) Funding-Kurven (Liquiditätskosten)	1,05 - 3,95% über alle Währungen 0,00 - 5,34% über alle Währungen 0,18 - 12,14% Kreditrisikoprämie (CDS-Kurven)
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	0			
Festverzinsliche Anleihen	0	Nettovermögen	Preis	-
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	257			
Sonstige Beteiligungen	44	Dividend Discount Model Vereinfachte Ertragswertmethode DCF-Verfahren	Kreditspanne Cash-Flow Diskontierungszinssatz Dividenden Beta-Faktor	-
Sonstige Beteiligungen	59	Adjustierte Nettoinventarwertmethode	Angepasstes Eigenkapital	-
Sonstige Beteiligungen	58	Multiplikatormethode Transaktionspreis Anschaffungskosten Kostenannäherung Bewertungsgutachten (Expertenmeinung) Kostenansatz abzüglich Wertminderung	EV/Sales EV/EBIT P/E P/B	-
Staatsanleihen, Kommunalschuldhverschreibungen	95	DCF-Verfahren	Zinssatz	-
Gesamt	842			
Passiva				
30.6.2023				
Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading	0			
Devisentermingeschäfte	0	DCF-Verfahren	Zinssatz	10 - 50%
Gesamt	0			

¹Werte, die mit 0 angegeben werden, enthalten Marktwerte unter einer halben Million €.

Sonstige Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sowie Eigenkapital

(23) Anteile an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen

in € Millionen	30.6.2023	31.12.2022
Anteile an verbundenen Unternehmen	206	193
Anteile an at-equity bewerteten Unternehmen	583	520
Gesamt	789	713

(24) Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte

in € Millionen	30.6.2023	31.12.2022
Sachanlagen	1.665	1.684
Betrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude	466	494
Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie sonstige Sachanlagen	326	332
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	400	389
Sonstige vermietete Leasinganlagen	103	95
Nutzungsrechte	370	374
Immaterielle Vermögenswerte	915	903
Software	785	767
Firmenwerte	44	44
Marke	2	2
Kundenbeziehungen	11	13
Kerneinlagen	58	60
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	16	17
Gesamt	2.580	2.587

(25) Sonstige Aktiva

in € Millionen	30.6.2023	31.12.2022
Rechnungsabgrenzungen	344	350
Vorräte und Aufwendungen für noch nicht abrechenbare Leistungen	227	148
Übrige Aktiva	738	662
Gesamt	1.308	1.159

(26) Rückstellungen

in € Millionen	30.6.2023	31.12.2022
Rückstellungen für außerbilanzielle Risiken	215	245
Sonstige erteilte Zusagen und Garantien gemäß IFRS 9	210	236
Sonstige erteilte Zusagen und Garantien gemäß IAS 37	5	10
Personalrückstellungen	396	495
Pensionen und andere Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	169	176
Andere langfristig fällige Leistungen an Mitarbeiter	44	44
Bonuszahlungen	181	272
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	3	4
Andere Rückstellungen	946	739
Anhängige Rechts- und Steuerfälle	584	448
Restrukturierung	5	7
Belastende Verträge	58	57
Sonstige Rückstellungen	299	226
Gesamt	1.558	1.479

Details zu den Rückstellungen für anhängige Rechts- und Steuerfälle sind unter Punkt (37) Offene Rechtsfälle ersichtlich.

(27) Sonstige Passiva

in € Millionen	30.6.2023	31.12.2022
Rückstellungen für unverbrauchte Urlaube	85	72
Verbindlichkeiten aus Versicherungsaktivitäten	268	271
Rechnungsabgrenzungsposten	503	509
Übrige Passiva	660	363
Gesamt	1.516	1.215

Der Anstieg bei den übrigen Passiva stammte überwiegend aus Transaktionen im Rahmen des Zahlungsverkehrs, die zum Berichtsstichtag noch nicht abgewickelt waren, insbesondere in der Konzernzentrale und in Russland sowie aus der speziellen Bankenabgabe in Ungarn in Höhe von € 50 Millionen, die für das Gesamtjahr gebucht wurde.

(28) Eigenkapital und nicht beherrschende Anteile

in € Millionen	30.6.2023	31.12.2022
Konzern-Eigenkapital	16.525	16.027
Gezeichnetes Kapital	1.002	1.002
Kapitalrücklagen	4.989	4.990
Gewinnrücklagen	14.682	13.637
davon Konzernergebnis	1.235	3.627
Kumuliertes sonstiges Ergebnis	-4.148	-3.601
Kapital nicht beherrschender Anteile	1.197	1.127
Zusätzliches Kernkapital (AT1)	1.607	1.610
Gesamt	19.329	18.764

Zum 30. Juni 2023 betrug das Grundkapital der RBI AG gemäß Satzung € 1.003 Millionen und bestand aus 328.939.621 nennwertlosen Stückaktien (Inhaberaktien). Nach Abzug der im Eigenbestand befindlichen 518.155 Aktien betrug das ausgewiesene gezeichnete Kapital € 1.002 Millionen.

Erläuterungen zu Finanzinstrumenten

(29) Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen

in € Millionen	30.6.2023	31.12.2022
Erteilte Kreditzusagen	36.855	37.193
Erteilte Finanzgarantien	9.036	9.370
Sonstige erteilte Zusagen	5.115	4.590
Gesamt	51.006	51.143
Rückstellungen für außerbilanzielle Risiken gemäß IFRS 9	-210	-236

Zusätzlich zu den dargestellten Rückstellungen für außerbilanzielle Risiken gemäß IFRS 9 wurden Rückstellungen für sonstige erteilte Zusagen gemäß IAS 37 in Höhe von € 5 Millionen gebildet (Vorjahr: € 10 Millionen).

Nominalwert und Rückstellungen für die außerbilanziellen Verbindlichkeiten aus Zusagen und Finanzgarantien nach IFRS 9 nach Gegenparteien und Stages – in Übereinstimmung mit § 51 Abs 13 BWG:

in € Millionen	Nominalwert			Rückstellungen für außerbilanzielle Risiken gemäß IFRS 9			ECL Coverage Ratio		
	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Stage 1	Stage 2	Stage 3
Zentralbanken	0	0	0	0	0	0	0,1%	-	-
Regierungen	322	3	33	0	0	0	0,0%	0,0%	0,0%
Kreditinstitute	2.120	336	0	0	-1	0	0,0%	0,4%	-
Sonstige Finanzunternehmen	5.563	1.022	21	-5	-5	-1	0,1%	0,5%	3,0%
Nicht-Finanzunternehmen	28.359	6.507	106	-40	-90	-34	0,1%	1,4%	32,0%
Haushalte	5.491	1.107	16	-14	-9	-11	0,2%	0,9%	71,4%
Gesamt	41.856	8.976	175	-59	-106	-45	0,1%	1,2%	26,0%

in € Millionen	Nominalwert			Rückstellungen für außerbilanzielle Risiken gemäß IFRS 9			ECL Coverage Ratio		
	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Stage 1	Stage 2	Stage 3
Zentralbanken	0	0	0	0	0	0	0,1%	-	-
Regierungen	317	6	41	0	0	0	0,0%	2,7%	0,0%
Kreditinstitute	1.967	307	10	0	-5	-1	0,0%	1,5%	10,0%
Sonstige Finanzunternehmen	5.350	1.235	7	-5	-6	-1	0,1%	0,5%	18,1%
Nicht-Finanzunternehmen	27.874	6.878	152	-45	-94	-43	0,2%	1,4%	28,0%
Haushalte	5.939	1.043	16	-14	-10	-12	0,2%	0,9%	72,3%
Gesamt	41.447	9.470	227	-64	-115	-56	0,2%	1,2%	24,9%

Entwicklung der Rückstellungen auf erteilte Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen:

in € Millionen	Stage 1			Stage 2			Stage 3			Gesamt
	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	
Stand 1.1.2023	64	115	56	64	115	56	64	115	56	236
Erhöhung aufgrund von Entstehung und Anschaffung	22	23	3							48
Verminderung aufgrund von Ausbuchungen (Derecognition)	-9	-29	-6							-44
Änderungen im Kreditrisiko (Netto)	-16	0	-6							-22
Wechselkurse und andere	-2	-4	-1							-7
Stand 30.6.2023	59	106	45	59	106	45	59	106	45	210

in € Millionen	Stage 1			Stage 2			Stage 3			Gesamt
	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	
Stand 1.1.2022	43	84	58	43	84	58	43	84	58	185
Erhöhung aufgrund von Entstehung und Anschaffung	21	14	2							36
Verminderung aufgrund von Ausbuchungen (Derecognition)	-6	-9	-5							-20
Änderungen im Kreditrisiko (Netto)	-2	61	-2							57
Wechselkurse und andere	0	30	3							33
Stand 30.6.2022	56	180	56	56	180	56	56	180	56	291

Nominalwerte der außerbilanziellen Verpflichtungen nach Rating-Kategorien und Stages:

30.6.2023 in € Millionen	Stage 1		Stage 2		Stage 3	Gesamt
	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit				
Exzellent	897	173	0	0	0	1.070
Sehr gut	15.840	2.491	0	0	0	18.331
Gut	17.954	4.103	0	0	0	22.057
Zufriedenstellend	5.024	1.747	0	0	0	6.772
Unterdurchschnittlich	115	417	0	0	0	531
Wertgemindert	0	0	173	0	0	173
Nicht geratet	2.026	45	1	0	0	2.072
Nominalwert	41.856	8.976	175	0	0	51.006
Rückstellungen für außerbilanzielle Risiken gemäß IFRS 9	-59	-106	-45	-45	-45	-210
Nominalwert nach Rückstellungen	41.797	8.870	129	0	0	50.796
31.12.2022 in € Millionen	Stage 1		Stage 2		Stage 3	Gesamt
	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit				
Exzellent	2.158	127	0	0	0	2.285
Sehr gut	15.967	3.093	0	0	0	19.059
Gut	16.450	3.883	0	0	0	20.333
Zufriedenstellend	4.723	1.860	0	0	0	6.583
Unterdurchschnittlich	228	441	0	0	0	669
Wertgemindert	0	0	226	0	0	226
Nicht geratet	1.921	66	1	0	0	1.987
Nominalwert	41.447	9.470	227	0	0	51.143
Rückstellungen für außerbilanzielle Risiken gemäß IFRS 9	-64	-115	-56	-56	-56	-236
Nominalwert nach Rückstellungen	41.383	9.355	170	0	0	50.908

Die Kategorie nicht geratet beinhaltet außerbilanzielle Verpflichtungen für einige Privatkunden, für die keine Ratings verfügbar sind und die Einstufung daher auf qualitativen Faktoren basiert.

(30) Zukunftsorientierte Informationen

Nachstehend sind die wichtigsten makroökonomischen Annahmen der wesentlichsten Länder, die für Schätzungen der erwarteten Kreditverluste am Ende des Quartals verwendet wurden, angegeben. (Quelle: Raiffeisen Research, Mai 2023).

Da weder in der Ukraine noch in Belarus 10-jährige Staatsanleihen begeben werden, gibt es bei diesen Ländern keine Angaben zum langfristigen Anleihenzinssatz. Aufgrund der aktuellen Umstände in der Ukraine werden zurzeit keine makroökonomischen Annahmen zu den Immobilienpreisen getroffen. In Belarus gibt es momentan auch kein reguläres Finanzinstrument für den kurzfristigen Zinssatz.

	Reales BIP			Arbeitslosigkeit		
	2023	2024	2025	2023	2024	2025
Kroatien	Positives Szenario	3,1%	4,8%	3,8%	6,4%	6,2%
	Basis	1,6%	2,5%	3,0%	6,8%	6,7%
	Negatives Szenario	-0,9%	-1,2%	1,8%	7,8%	8,2%
Ukraine	Positives Szenario	3,7%	10,4%	7,5%	11,9%	9,9%
	Basis	1,8%	7,5%	6,5%	12,0%	10,0%
	Negatives Szenario	-1,3%	2,9%	5,0%	12,3%	10,4%
Belarus	Positives Szenario	1,5%	3,3%	2,8%	3,9%	3,9%
	Basis	0,0%	1,0%	2,0%	4,0%	4,0%
	Negatives Szenario	-2,2%	-2,3%	0,9%	4,2%	4,3%
Österreich	Positives Szenario	1,7%	3,0%	2,0%	5,0%	4,8%
	Basis	0,9%	1,8%	1,6%	5,1%	4,9%
	Negatives Szenario	-0,5%	-0,3%	0,9%	5,2%	6,0%
Polen	Positives Szenario	1,7%	4,5%	4,1%	4,7%	5,1%
	Basis	0,5%	2,7%	3,5%	5,1%	5,8%
	Negatives Szenario	-0,7%	0,9%	2,9%	6,4%	7,8%
Russland	Positives Szenario	1,9%	2,6%	1,6%	3,8%	3,8%
	Basis	0,5%	0,5%	0,9%	4,0%	4,0%
	Negatives Szenario	-1,5%	-2,5%	-0,1%	4,5%	4,7%
Rumänien	Positives Szenario	4,3%	6,0%	4,7%	5,4%	4,8%
	Basis	3,0%	4,0%	4,0%	5,5%	5,0%
	Negatives Szenario	1,0%	1,1%	3,0%	5,9%	5,6%
Slowakei	Positives Szenario	2,2%	4,2%	3,1%	5,8%	5,3%
	Basis	1,0%	2,4%	2,5%	6,3%	6,0%
	Negatives Szenario	-1,0%	-0,6%	1,5%	7,5%	7,8%
Tschechien	Positives Szenario	1,9%	4,8%	3,4%	3,5%	3,5%
	Basis	0,9%	3,3%	2,9%	3,7%	3,8%
	Negatives Szenario	-0,8%	0,7%	2,0%	4,2%	4,5%
Ungarn	Positives Szenario	1,1%	4,6%	4,5%	3,9%	3,7%
	Basis	0,0%	3,0%	4,0%	4,1%	4,0%
	Negatives Szenario	-1,8%	0,2%	3,1%	4,8%	5,0%

	Langfristiger Anleihenzinssatz			Immobilienpreise		
	2023	2024	2025	2023	2024	2025
Kroatien	Positives Szenario	2,6%	1,8%	2,6%	4,7%	7,2%
	Basis	3,8%	3,6%	3,2%	2,0%	3,2%
	Negatives Szenario	5,9%	6,7%	4,3%	-4,4%	-6,4%
Ukraine	Positives Szenario	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
	Basis	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
	Negatives Szenario	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
Belarus	Positives Szenario	0,0%	0,0%	0,0%	7,0%	8,0%
	Basis	0,0%	0,0%	0,0%	3,0%	2,0%
	Negatives Szenario	0,0%	0,0%	0,0%	-3,0%	-7,1%
Österreich	Positives Szenario	2,0%	1,2%	2,0%	-3,7%	-3,1%
	Basis	3,0%	2,8%	2,5%	-5,0%	-5,0%
	Negatives Szenario	4,3%	4,6%	3,1%	-8,0%	-9,5%
Polen	Positives Szenario	5,0%	3,5%	4,3%	-1,1%	6,8%
	Basis	6,4%	5,6%	5,0%	-3,0%	4,0%
	Negatives Szenario	8,9%	9,3%	6,3%	-7,5%	-2,8%
Russland	Positives Szenario	10,0%	9,1%	9,3%	-0,9%	3,2%
	Basis	10,9%	10,4%	9,7%	-5,0%	-3,0%
	Negatives Szenario	13,1%	13,8%	10,8%	-11,2%	-12,3%
Rumänien	Positives Szenario	6,2%	4,9%	5,1%	2,1%	6,7%
	Basis	7,5%	6,7%	5,7%	0,0%	3,5%
	Negatives Szenario	9,1%	9,1%	6,5%	-5,1%	-4,2%
Slowakei	Positives Szenario	2,7%	1,9%	2,6%	3,8%	8,7%
	Basis	3,7%	3,5%	3,1%	0,0%	3,0%
	Negatives Szenario	5,5%	6,2%	4,0%	-9,1%	-10,7%
Tschechien	Positives Szenario	3,9%	2,5%	2,9%	-2,0%	7,7%
	Basis	4,9%	4,0%	3,4%	-4,5%	4,0%
	Negatives Szenario	6,7%	6,7%	4,3%	-10,5%	-5,0%
Ungarn	Positives Szenario	7,1%	5,6%	6,7%	-0,8%	7,2%
	Basis	8,4%	7,5%	7,3%	-4,0%	2,5%
	Negatives Szenario	10,7%	11,0%	8,5%	-11,6%	-8,9%

	Verbraucherpreisindex			Kurzfristiger Zinssatz		
	2023	2024	2025	2023	2024	2025
Kroatien	Positives Szenario	7,5%	4,7%	2,6%	2,6%	2,5%
	Basis	6,6%	3,4%	2,2%	3,4%	3,6%
	Negatives Szenario	5,4%	1,7%	1,6%	4,3%	5,1%
Ukraine	Positives Szenario	20,3%	18,6%	11,9%	22,0%	17,8%
	Basis	16,5%	12,9%	10,0%	24,0%	20,8%
	Negatives Szenario	11,5%	5,3%	7,5%	27,9%	26,7%
Belarus	Positives Szenario	26,2%	31,7%	16,9%	0,0%	0,0%
	Basis	12,4%	11,0%	10,0%	0,0%	0,0%
	Negatives Szenario	11,2%	9,3%	9,4%	0,0%	0,0%
Österreich	Positives Szenario	7,6%	4,3%	2,8%	2,6%	2,5%
	Basis	7,0%	3,5%	2,5%	3,4%	3,6%
	Negatives Szenario	6,3%	2,4%	2,1%	4,3%	5,1%
Polen	Positives Szenario	15,4%	9,6%	4,3%	5,4%	4,1%
	Basis	13,4%	6,6%	3,3%	7,0%	6,5%
	Negatives Szenario	11,4%	3,6%	2,3%	9,8%	10,7%
Russland	Positives Szenario	3,4%	2,0%	2,8%	6,6%	5,9%
	Basis	5,9%	4,0%	4,0%	7,7%	7,6%
	Negatives Szenario	7,8%	6,8%	4,9%	10,9%	12,3%
Rumänien	Positives Szenario	11,7%	7,0%	4,0%	5,4%	4,2%
	Basis	10,4%	5,1%	3,4%	7,0%	6,5%
	Negatives Szenario	8,7%	2,6%	2,6%	9,0%	9,5%
Slowakei	Positives Szenario	11,1%	5,8%	4,5%	2,6%	2,5%
	Basis	9,8%	3,9%	3,8%	3,4%	3,6%
	Negatives Szenario	8,1%	1,4%	3,0%	4,3%	5,1%
Tschechien	Positives Szenario	12,4%	5,3%	2,9%	6,3%	4,2%
	Basis	11,3%	3,7%	2,4%	6,9%	5,2%
	Negatives Szenario	9,8%	1,5%	1,7%	7,6%	6,2%
Ungarn	Positives Szenario	20,2%	8,5%	5,7%	14,7%	7,1%
	Basis	19,0%	6,7%	5,1%	15,1%	7,7%
	Negatives Szenario	17,4%	4,3%	4,3%	17,3%	11,0%

Den einzelnen Szenarien wurden per Quartalsende folgende Gewichtungen zugeteilt: Positives Szenario 25 Prozent, Basiszenario 50 Prozent, negatives Szenario 25 Prozent.

Overlays und sonstige Risikofaktoren

In Situationen, in denen die bestehenden Input-Parameter, Annahmen und Modellierungen nicht alle relevanten Risikofaktoren abdecken, sind Post-Model-Adjustments und spezielle Risikofaktoren die wichtigsten Arten von Overlays. Dies ist grundsätzlich dann der Fall, wenn vorübergehende Umstände, zeitliche Engpässe, um relevante neue Informationen angemessen in das Rating einzubeziehen vorliegen und wenn sich einzelne Kredite innerhalb eines Kreditportfolios anders als ursprünglich erwartet entwickeln. Durch die gegebene Situation, wie dem Krieg in der Ukraine und die daraus resultierenden wirtschaftlichen Verwerfungen ist es notwendig, zusätzliche Risiken in den Wertminderungen abzubilden. All diese Anpassungen werden lokal von den Tochterunternehmen beschlossen und zentral durch das Group Risk Committee (GRC) freigegeben. Es kommt zu portfoliospezifischen Anpassungen aufgrund des Kriegs und der damit einhergehenden Sanktionen, die in der Kategorie geopolitisches Risiko dargestellt werden. Die nur mehr sehr geringen COVID-19-spezifischen Anpassungen sind in den makroökonomischen Risiken abgebildet.

Für die zentralen Modelle im Bereich der Firmenkunden wurde das zusätzliche Risiko über Risikofaktoren abgebildet, während im lokalen Retail-Portfolio die Risiken zusätzlich zu den Modellen angewendet wurden. Für Retail-Forderungen sind Post-Model-Adjustments die wichtigsten Arten von Overlays, die für die Berechnung der erwarteten Kreditverluste angewendet werden. Generell sind Post-Model-Adjustments nur eine temporäre Lösung. Um potenzielle Verzerrungen durch Risikofaktoren und Post-Model-Adjustments zu vermeiden, sind diese temporär und typischerweise nicht länger als ein bis zwei Jahre gültig. Die Overlays sind in nachfolgender Tabelle nach den relevanten Kategorien dargestellt. Im Gegensatz zu den Post-Model-Adjustments haben die sonstigen Risikofaktoren zum einen, einen etwas längeren Zeithorizont, wie beispielsweise, wenn Sanktionsrisiken länger bestehen bzw. in den PMA In-Modell-Anpassungen gemacht werden, während es bei den sonstigen Risikofaktoren zu ECL-Overlays kommt.

30.6.2023 in € Millionen	Modellierter ECL	Sonstige Risikofaktoren		Post-Model-Adjustments		Gesamt
		Makroökonomisches Risiko	Geopolitisches Risiko	Makroökonomisches Risiko	Geopolitisches Risiko	
Zentralbanken	0	0	0	0	0	0
Regierungen	88	1	10	0	0	99
Kreditinstitute	6	0	24	0	0	30
Sonstige Finanzunternehmen	184	0	0	0	0	184
Nicht-Finanzunternehmen	134	264	480	11	3	892
Haushalte	417	0	0	65	7	490
Gesamt	829	265	514	76	10	1.694

31.12.2022 in € Millionen	Modellierter ECL	Sonstige Risikofaktoren			Post-Model-Adjustments		Gesamt
		COVID-19-bezogen	Spill-Over-Effekte	Russland-Ukraine-Krieg	COVID-19-bezogen	Sonstige	
Zentralbanken	0	0	0	0	0	0	0
Regierungen	46	0	1	15	0	0	61
Kreditinstitute	1	0	0	14	0	0	15
Sonstige Finanzunternehmen	163	0	0	0	0	0	163
Nicht-Finanzunternehmen	150	10	251	374	3	15	801
Haushalte	446	0	0	0	3	45	495
Gesamt	805	10	251	403	6	60	1.535

Overlays und andere Risikofaktoren führten zu zusätzlichen Rückstellungen in Stage 1 und Stage 2 in Höhe von € 865 Millionen (Vorjahr: € 729 Millionen). Davon entfielen € 524 Millionen (Vorjahr: € 463 Millionen) auf geopolitische Risiken, € 331 Millionen (Vorjahr: € 251 Millionen) auf makroökonomische Risiken (Spill-Over-Effekte und sonstige), und € 10 Millionen (Vorjahr: € 16 Millionen) auf COVID-19.

Sonstige Risikofaktoren

Für Firmenkunden wurden zusätzliche Wertminderungen in Höhe von € 264 Millionen (Vorjahr: € 260 Millionen) für makroökonomische Effekte (Spill-Over-Effekte € 255 Millionen/Vorjahr: € 251 Millionen) bzw. für COVID-19 (€ 10 Millionen/Vorjahr: € 10 Millionen) gebildet. Das sind Risiken, die über die länderspezifische Branchenmatrix hinausgehen. Unter den makroökonomischen Risiken subsumieren sich erwartete Herabstufungen von Unternehmen z. B. aufgrund höherer Energiepreise, einer erhöhten Inflation, von Engpässen in Lieferketten sowie geringerer Umsätze und höherer Kosten als Folge erhöhter Energiepreise, sogenannte Spill-Over-Effekte. Für EU- und US-Sanktionen (€ 430 Millionen) gegenüber Russland und Belarus sowie für die Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine (€ 51 Millionen) wurden in Summe € 514 Millionen (Vorjahr: € 403 Millionen) vorgesorgt. Die Wertminderungen wurden unter Berücksichtigung des Kriegs, der Sanktionen und den daraus resultierenden Unsicherheiten sowie auf Basis der internen Überwachungs- und Kontrollansätze der RBI gebildet. Für sonstige Risikofaktoren, die eine signifikante Erhöhung des Kreditrisikos darstellen, wurden auch die Exposures in Stage 2 übergeführt. Die zusätzlich gebildeten Vorsorgen in der Ukraine in Höhe von € 51 Millionen (Vorjahr: € 38 Millionen) ergaben sich aus der Modellierung einer anhaltenden Zerstörung der elektrischen Energieversorgung und den daraus resultierenden Blackouts sowie einer Verlängerung der Kreditlaufzeiten.

Post-Model-Adjustments

In den letzten Quartalen waren die Retail-Kunden einem zunehmenden Inflationsdruck ausgesetzt, der ihre Fähigkeit zur Deckung ihrer Kreditverpflichtungen beeinträchtigt hatte. Als Teil der IFRS-9-Regelungen gibt es sowohl auf Länder- als auch auf Produktebene, PD- und LGD-Modelle, die der Notwendigkeit dienen, diese hohen Risiken, die sich aus dem makroökonomischen Umfeld ergeben, zu adressieren. Für bestimmte Länder und Portfolios, bei denen die makroökonomischen Modelle den wichtigsten makroökonomischen Variablen (Inflation, Zinssätze, Arbeitslosigkeit usw.) entweder hinterherhinken oder die nicht Teil des Modells sind, werden für bestimmte Kundengruppen mit hohem Risiko zusätzliche Post-Model-Adjustments gebildet. Diese beinhalten eine qualitative Beurteilung der Kreditobligos im Hinblick auf einen signifikanten Anstieg des Kreditrisikos und ihre Übertragung von Stage 1 auf Stage 2, sowie in bestimmten Fällen eine Erhöhung der PD- und/oder LGD-Schätzungen. Die Kriterien für die Identifizierung solcher Kreditobligos basierten auf Informationen des Kreditantrages sowie des historischen Zahlungsverhaltens und wurden in weiterer Folge durch gestresste makroökonomische Variablen verfeinert. Die Auflösung der Post-Model-Adjustments erfolgt entweder nach Materialisierung der Risiken durch Transfer der betroffenen Forderungen nach Stage 3 oder dem Nichteintritt der erwarteten Risiken.

Die gebildeten COVID-19-bezogenen Post-Model-Adjustments für Haushalte wurden beinahe vollständig aufgelöst (bis auf einen Restbetrag von € 1 Million).

Für das ukrainische Retail-Kundenportfolio, das vollständig in Stage 2 verschoben wurde, basiert die Bildung der Wertminderungen auf dem Urteil lokaler Experten, welches aus dem regelmäßigen Kontakt mit den einzelnen Kunden durch die Inkassoabteilung gewonnen wird. Des Weiteren finden strukturierte Kundengespräche statt, um über die Bedürfnisse und potenziellen Probleme, die die Rückzahlungsfähigkeit der Kunden beeinflussen könnten, auf dem Laufenden zu bleiben. Für

Vermögenswerte/Kunden aus besetzten Regionen oder Gebieten, welche einem hohen Risiko von Feindseligkeiten oder Besetzungen ausgesetzt sind, wurden die Risikoparameter weiter nach oben angepasst, um die erwarteten künftigen Verluste auf der Grundlage der oben angeführten Erhebungen zu berücksichtigen. Zusätzlich wurde auch für das Retail-Portfolio der oben erwähnte Szenario-basierte Ansatz zur Quantifizierung potenzieller künftiger Verluste aus der sehr dynamischen Situation des Kriegs in der Ukraine angewandt, das zu zusätzlichen Wertminderungen in Höhe von € 11 Millionen (Vorjahr: € 10 Millionen) führte.

Sensitivitätsanalyse

Um eine Bandbreite für potenzielle Schätzungsänderungen und daraus resultierende Änderungen der Wertminderungen zu simulieren, wurden folgende Sensitivitätsanalysen der wichtigsten Annahmen, die sich auf die erwarteten Wertminderungen auswirken, wie folgt durchgeführt.

Die Sensitivitätsanalyse wurde durchgeführt, indem die Wertminderungen für erwartete Kreditverluste in den vorhandenen Modellen neu berechnet wurden. Die Risikofaktoren und Post-Model-Adjustments sind, bis auf die Stage-1-Simulationen, in allen Szenarien in vollem Umfang inkludiert und unterliegen keinen weiteren Anpassungen. Aufgrund der Komplexität des Modells schließen sich viele Treiber nicht gegenseitig aus.

Die nachstehende Tabelle zeigt einen Vergleich zwischen den ausgewiesenen kumulierten Wertminderungen für erwartete Kreditverluste für finanzielle Vermögenswerte in Stage 1 und Stage 2 (gewichtet mit 25 Prozent optimistischen, 50 Prozent Basis und 25 Prozent pessimistischen Szenarien) und den jeweils mit 100 Prozent gewichteten Szenarien. Optimistisches und pessimistisches Szenario stellen keine Extremfälle aus dem Ergebnisraum der 25 Prozent optimistischsten und pessimistischsten Szenarien dar, sondern einen ökonomisch plausiblen Repräsentanten daraus. Das bedeutet, dass sich diese Szenarien auf der Verteilungskurve um rund 25 Prozent respektive 75 Prozent befinden. Grundsätzlich werden bei den IFRS-9-spezifischen Schätzungen der Risikoparameter neben historischen Ausfallinformationen insbesondere das aktuelle wirtschaftliche Umfeld (Point-in-Time) ohne zukunftsorientierte Informationen berücksichtigt. Die Auswirkungen der Schätzungen aufgrund von makroökonomischen Prognosen werden in der zukunftsbezogenen Komponente dargestellt. Die Informationen dienen der Veranschaulichung.

30.6.2023 in € Millionen	Kumulierte Wertminderungen (Stage 1 und 2)		
	Simulierte Szenario	Point-in-Time-Komponente	Zukunftsbezogene Komponente
100% Optimistisch	1.534	1.480	53
100% Basis	1.656	1.480	176
100% Pessimistisch	1.917	1.480	437
Gewichteter Durchschnitt (25/50/25%)	1.694	1.480	214

31.12.2022 in € Millionen	Kumulierte Wertminderungen (Stage 1 und 2)		
	Simulierte Szenario	Point-in-Time-Komponente	Zukunftsbezogene Komponente
100% Optimistisch	1.396	1.282	114
100% Basis	1.507	1.282	225
100% Pessimistisch	1.732	1.282	450
Gewichteter Durchschnitt (25/50/25%)	1.535	1.282	252

Insgesamt sind die makroökonomischen Szenarien im Moment schlechter als der langjährige Durchschnitt, was zu einer Erhöhung der Wertminderungen im ersten Halbjahr 2023 von € 214 Millionen führt.

Das positive Szenario, welches in der unten folgenden Tabelle dargestellt wird, folgt der Prämisse, dass alle Forderungen als Stage 1 klassifiziert werden und alle makroökonomischen und geopolitischen Risiken nicht relevant sind. Anbei werden die Auswirkungen des Stage-Transfers auf die kumulierte Wertminderung für finanzielle Vermögenswerte unter der Annahme, dass alle kumulierten Wertminderungen auf der Grundlage der erwarteten Zwölf-Monats-Verluste bewertet werden (Stage 1), ausgewiesen.

in € Millionen	Kumulierte Wertminderungen (Stage 1 und 2)	
	30.6.2023	31.12.2022
Kumulierte Wertminderungen wenn 100% in Stage 1	624	613
Gewichteter Durchschnitt (25/50/25%)	1.694	1.535
Zusätzliche Beträge in Stage 2 aufgrund von Staging	1.070	921

Die Darstellung des Negativszenarios geht davon aus, dass alle Forderungen als Stufe 2 eingestuft werden. Folglich werden alle makroökonomischen und geopolitischen Risiken in dieser Analyse berücksichtigt.

In der folgenden Tabelle werden die Auswirkungen des Stage-Transfers auf die kumulierte Wertminderung für finanzielle Vermögenswerte unter der Annahme, dass alle kumulierten Wertminderungen auf der Grundlage der gesamten Restlaufzeit bewertet werden (Stage 2), ausgewiesen.

in € Millionen	Kumulierte Wertminderungen (Stage 1 und 2)	
	30.6.2023	31.12.2022
Kumulierte Wertminderungen wenn 100% in Stage 2	2.272	2.232
Gewichteter Durchschnitt (25/50/25%)	1.694	1.535
Zusätzliche Beträge in Stage 2	578	697

Die folgende Tabelle zeigt einen Vergleich zwischen der ausgewiesenen kumulierten Wertminderung für erwartete Kreditverluste für finanzielle Vermögenswerte in Stage 3 und dem pessimistischen Szenario gewichtet mit 100 Prozent. Das pessimistische Szenario stellt keinen Extremfall aus dem Ergebnisraum der 25 Prozent pessimistischsten Szenarien dar, sondern einen ökonomisch plausiblen Repräsentanten daraus.

in € Millionen	Kumulierte Wertminderungen (Stage 3)	
	30.6.2023	31.12.2022
Pessimistisches Szenario	1.877	2.038
Gewichteter Durchschnitt	1.573	1.729
Erhöhung der Wertminderungen im pessimistischen Szenario	304	310

Die folgende Tabelle zeigt den Betrag des Bruttobuchwerts und der Wertminderungen jener finanziellen Vermögenswerte – Amortized Cost und finanziellen Vermögenswerte – Fair Value Through Other Comprehensive Income, die sich in der Berichtsperiode von erwarteten Zwölf-Monats-Verlusten (Stage 1) hin zu erwarteten Verlusten über die Restlaufzeit (Stage 2 und 3) oder umgekehrt bewegt haben:

in € Millionen	Bruttobuchwert		Wertminderungen		ECL Coverage Ratio	
	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter	Verlust über die	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Verlust über die Restlaufzeit
			Erwarteter 12-Monats-Verlust	Restlaufzeit		
Bewegung vom erwarteten 12-Monats-Verlust zum erwarteten Verlust über die Restlaufzeit						
Verlust über die Restlaufzeit	-9.109	9.109	-93	483	1,0%	5,3%
Zentralbanken	-9	9	0	0	0,0%	0,0%
Regierungen	-286	286	-37	43	12,8%	14,9%
Kreditinstitute	-1.048	1.048	0	2	0,0%	0,2%
Sonstige Finanzunternehmen	-707	707	-3	29	0,5%	4,1%
Nicht-Finanzunternehmen	-2.650	2.650	-25	240	0,9%	9,0%
Haushalte	-4.410	4.410	-28	170	0,6%	3,9%
Bewegung vom erwarteten Verlust über die Restlaufzeit zum erwarteten 12-Monats-Verlust						
erwarteten 12-Monats-Verlust	3.735	-3.735	19	-111	0,5%	3,0%
Zentralbanken	0	0	0	0	-	-
Regierungen	64	-64	0	0	0,1%	0,3%
Kreditinstitute	63	-63	3	-3	5,4%	5,4%
Sonstige Finanzunternehmen	132	-132	0	-6	0,1%	4,5%
Nicht-Finanzunternehmen	1.543	-1.543	9	-42	0,6%	2,7%
Haushalte	1.932	-1.932	6	-59	0,3%	3,1%

Der Anstieg der Wertminderungen aus der Bewegung von erwarteten Zwölf-Monats-Kreditverlusten zu Lifetime betrug € 390 Millionen (Vorjahr: € 360 Millionen). Der Rückgang der Wertminderungen aus der Bewegung von Lifetime zu erwarteten Zwölf-Monats-Kreditverlusten betrug € 92 Millionen (Vorjahr: € 144 Millionen).

31.12.2022 in € Millionen	Bruttobuchwert		Wertminderungen		ECL Coverage Ratio	
	Erwarteter Monats-Verlust	Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Monats-Verlust	Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Monats-Verlust	Verlust über die Restlaufzeit
Bewegung vom erwarteten 12-Monats-Verlust zum erwarteten Verlust über die Restlaufzeit zum erwarteten 12-Monats-Verlust						
Zentralbanken	-11.451	11.451	-48	781	0,4%	6,8%
Regierungen	-138	138	0	0	0,0%	0,0%
Kreditinstitute	-817	817	-4	36	0,5%	4,5%
Sonstige Finanzunternehmen	-232	232	0	13	0,0%	5,7%
Nicht-Finanzunternehmen	-864	864	-1	50	0,1%	5,8%
Haushalte	-5.329	5.329	-24	380	0,5%	7,1%
	-4.071	4.071	-18	302	0,5%	7,4%
Bewegung vom erwarteten Verlust über die Restlaufzeit zum erwarteten 12-Monats-Verlust						
Zentralbanken	8.335	-8.335	37	-193	0,4%	2,3%
Regierungen	0	0	0	0	-	-
Kreditinstitute	45	-45	0	0	0,1%	0,6%
Sonstige Finanzunternehmen	54	-54	0	0	0,0%	0,1%
Nicht-Finanzunternehmen	559	-559	6	-11	1,0%	1,9%
Haushalte	2.509	-2.509	19	-76	0,8%	3,0%
	5.168	-5.168	12	-106	0,2%	2,1%

(31) Sicherheiten und maximales Kreditrisiko

Die folgende Tabelle enthält Angaben zum maximalen Obligo als Grundlage für die nachfolgenden Angaben zu Sicherheiten:

30.6.2023 in € Millionen	Maximales Kreditrisikovolumen		
	Den Wertminderungs-vorschriften nicht unterliegend	Den Wertminderungs-vorschriften unterliegend	davon Kredite und Forderungen ohne Handelsabsicht sowie Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	0	144.504	121.573
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income ¹	0	2.900	0
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	864	0	518
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	84	0	0
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	6.299	0	0
Bilanzposten	7.247	147.404	122.091
Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	0	51.006	51.006
Gesamt	7.247	198.410	173.097

1 Der Bruttobuchwert folgt der Definition nach FINREP in Annex V 1.34(b).

31.12.2022 in € Millionen	Maximales Kreditrisikovolumen		
	Den Wertminderungs-vorschriften nicht unterliegend	Den Wertminderungs-vorschriften unterliegend	davon Kredite und Forderungen ohne Handelsabsicht sowie Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	0	140.561	121.443
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income ¹	0	3.160	0
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	751	0	475
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	84	0	0
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	6.124	0	0
Bilanzposten	6.958	143.720	121.918
Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	0	51.143	51.143
Gesamt	6.958	194.864	173.061

1 Der Bruttobuchwert folgt der Definition nach FINREP in Annex V 1.34(b).

Um das Kreditrisiko zu mindern, wendet die RBI eine Reihe von Verfahren an, deren häufigstes die Hereinnahme von Sicherheiten im Kreditgeschäft ist. Beim Kreditvergabeprozess wird eine Bewertung der Sicherheiten vorgenommen, die dann in

regelmäßigen Abständen mit verschiedenen Validierungsverfahren überprüft wird. Die wichtigsten Arten von Sicherheiten, die im Konzern akzeptiert werden, sind Wohn- und Gewerbeimmobilien, Finanzsicherheiten, Garantien und bewegliche Güter. Langfristige Finanzierungen sind im Allgemeinen besichert, während revolvierende Kreditfazilitäten üblicherweise nicht besichert sind. Schuldtitle sind überwiegend nicht besichert. Derivate können mit Barmitteln oder Aufrechnungsrahmenvereinbarungen besichert sein. Sicherheiten aus dem Leasinggeschäft betreffen vorwiegend den Wert des Leasingobjekts. Positionen, die unter den Zahlungsmitteln und Zahlungsmitteläquivalenten ausgewiesen sind, haben ein vernachlässigbares Kreditrisiko. Die Berücksichtigung von Sicherheiten erfolgt einheitlich auf Basis konzernweit angewendeten Richtlinien. Die Konzernrichtlinien für die Erlangung von Sicherheiten wurden während des Berichtszeitraums nicht wesentlich verändert, werden aber jährlich aktualisiert.

Die in den Tabellen ausgewiesenen Sicherheiten sind jeweils auf den Höchstbetrag des Bruttobuchwerts des finanziellen Vermögenswerts begrenzt. Die nachstehenden Tabellen zeigen Kredite und Forderungen ohne Handelsabsicht sowie Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen, die einer Wertminderung unterliegen:

30.6.2023 in € Millionen	Maximales Kreditrisikovolumen	Fair Value der Sicherheiten	Obligo abzüglich Fair Value der Sicherheiten
Zentralbanken	9.344	7.871	1.474
Regierungen	2.078	937	1.140
Kreditinstitute	8.028	5.059	2.969
Sonstige Finanzunternehmen	11.075	4.577	6.498
Nicht-Finanzunternehmen	49.882	22.183	27.699
Haushalte	41.684	27.937	13.747
Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	51.006	6.553	44.453
Gesamt	173.097	75.116	97.981

31.12.2022 in € Millionen	Maximales Kreditrisikovolumen	Fair Value der Sicherheiten	Obligo abzüglich Fair Value der Sicherheiten
Zentralbanken	8.814	6.849	1.965
Regierungen	2.150	1.026	1.124
Kreditinstitute	6.915	4.708	2.207
Sonstige Finanzunternehmen	11.538	4.166	7.372
Nicht-Finanzunternehmen	50.439	22.260	28.179
Haushalte	42.063	27.838	14.225
Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	51.143	7.743	43.400
Gesamt	173.061	74.590	98.471

Mehr als die Hälfte der Sicherheiten, die von der RBI berücksichtigt werden können, betreffen die Besicherung von Krediten durch Immobilien, von denen mehr als 70 Prozent Wohnimmobilien sind. Zusätzliche Sicherheiten stammen im Wesentlichen aus erhaltenen Garantien, welche unter anderem Reverse-Repo- und Wertpapierleihgeschäfte umfassen.

(32) Übertragene Vermögenswerte

Buchwerte der übertragenen, aber nicht ausgebuchten Finanzinstrumente:

30.6.2023 in € Millionen	Übertragene Vermögenswerte			Erhaltene Sicherheitsleistungen		
	Buchwert	Verbriefungen	davon davon Rückkauf- Rückkauf- vereinbarung	Buchwert	Verbriefungen	davon davon Rückkauf- Rückkauf- vereinbarung
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	49	0	49	49	0	49
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	0	0	0	0	0	0
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	6.667	92	6.575	6.402	67	6.335
Gesamt	6.716	92	6.624	6.451	67	6.384

31.12.2022 in € Millionen	Übertragene Vermögenswerte			Erhaltene Sicherheitsleistungen		
	Buchwert	Verbriefungen	davon davon Rückkauf- Rückkauf- vereinbarung	Buchwert	Verbriefungen	davon davon Rückkauf- Rückkauf- vereinbarung
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	0	0	0	0	0	0
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	0	0	0	0	0	0
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	877	0	877	804	0	804
Gesamt	877	0	877	804	0	804

(33) Als Sicherheit verpfändete und erheblich beschränkte Vermögenswerte

Erhebliche Beschränkungen bezüglich des Zugangs zu oder der Nutzung von Vermögenswerten:

in € Millionen	30.6.2023		31.12.2022	
	Verpfändet	Ansonsten mit Verbindlichkeiten beschränkt	Verpfändet	Ansonsten mit Verbindlichkeiten beschränkt
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	49	0	41	0
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	14	0	15	0
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	0	0	0	0
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	422	57	389	0
Finanzielle Verbindlichkeiten - Amortized Cost	22.306	1.338	20.151	2.182
Gesamt	22.792	1.395	20.596	2.182

Der Konzern hat Sicherheiten erhalten, deren Verkauf oder Weiterverpfändung zulässig ist, wenn im Rahmen von Reverse-Repo-Geschäften, Wertpapierleih-, Derivat- oder sonstigen Transaktionen kein Ausfall eintritt.

Wertpapiere und andere finanzielle Vermögenswerte, die als Sicherheit akzeptiert wurden:

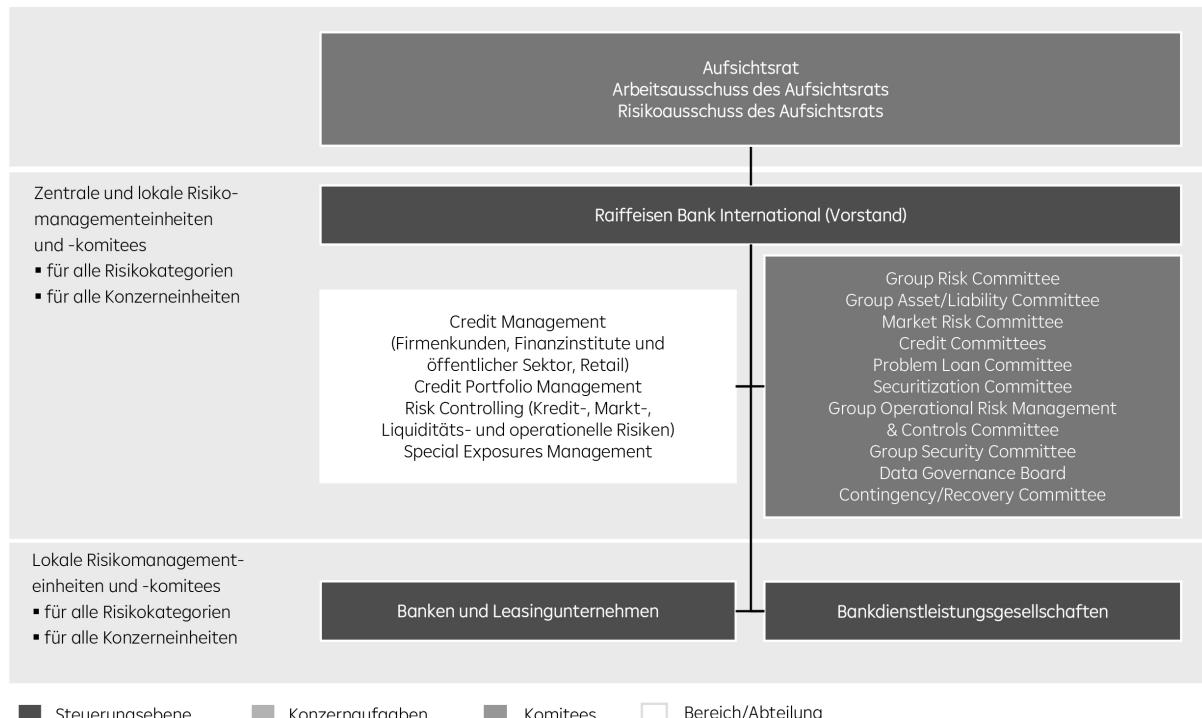
in € Millionen	30.6.2023	31.12.2022
Wertpapiere und andere finanzielle Vermögenswerte, die als Sicherheit akzeptiert wurden	22.763	19.763
davon verkaufte oder verpfändete Sicherheiten	4.680	3.179

Risikobericht

Aktives Risikomanagement stellt für die RBI eine Kernkompetenz dar. Um Risiken effektiv zu erkennen, einzustufen und zu steuern, entwickelt der Konzern sein umfassendes Risikomanagement permanent weiter. Das Risikomanagement ist ein integraler Bestandteil der Gesamtbanksteuerung und berücksichtigt neben den gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen insbesondere die Art, den Umfang und die Komplexität der Geschäfte sowie die daraus resultierenden Risiken. Das Projekt zur Umsetzung und Steuerung von ESG-Risiken ist bereichsübergreifend unter Einbindung aller Risikobereiche angelegt.

Die nachfolgenden Werte beziehen sich auf den aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreis nach CRR, welcher unwe sentlich vom Konsolidierungskreis nach IFRS abweicht. Die darin nicht enthaltenen Unternehmen des IFRS-Konsolidierungskreises sind risikomäßig im Beteiligungsrisiko abgedeckt.

Betreffend die Grundsätze und die Organisation des Risikomanagements wird auf das gleichnamige Kapitel im Geschäftsbericht 2022, Seite 193 ff., verwiesen.



Ökonomische Perspektive – Ökonomischer Kapitalansatz

Darin werden Risiken durch das ökonomische Kapital gemessen, das eine vergleichbare Risikokennzahl für alle Risikoarten darstellt. Es wird als die Summe von unerwarteten Verlusten aus den Geschäften aller Konzerneinheiten in den unterschiedlichen Risikokategorien berechnet. Zusätzlich fließt ein allgemeiner Puffer für Risikoarten ein, die nicht explizit quantifiziert werden.

Der Konzern wendet zur Berechnung des ökonomischen Kapitals ein Konfidenzniveau von 99,90 Prozent an. Das ökonomische Kapital stieg gegenüber dem Jahresende 2022 auf € 8.917 Millionen. Wesentlicher Treiber war der Anstieg im Kreditrisiko gegenüber dem öffentlichen Sektor, der vor allem auf Ratingverschlechterungen der Slowakei, von Ungarn und Tschechien zurückzuführen war. Dieser Anstieg wurde durch den Rückgang im Kreditrisiko gegenüber Retail- und Firmenkunden teilweise kompensiert. In der regionalen Aufteilung des ökonomischen Kapitals ist gegenüber dem Jahresende 2022 eine Reduktion des Segments Osteuropa (Russland, Ukraine, Belarus) zu verzeichnen. Dagegen stieg das ökonomische Kapital für Österreich und das Segment Zentraleuropa.

Im Laufe des Geschäftsjahrs 2022 wurde das Klimarisiko im ICAAP als Abzugsposten vom internen Kapital implementiert. Für nähere Details zu den ESG-Risiken wird auf den Geschäftsbericht 2022, Seite 196 ff., verwiesen.

Anteile der einzelnen Risikoarten am ökonomischen Kapital:

in € Millionen	30.6.2023	Anteil	31.12.2022	Anteil
Kreditrisiko Retail-Kunden	1.523	17,1%	1.610	18,7%
Kreditrisiko Firmenkunden	1.468	16,5%	1.653	19,1%
Währungsrisiko der Kapitalposition	1.114	12,5%	1.312	15,2%
Marktrisiko	1.022	11,5%	929	10,8%
Kreditrisiko öffentlicher Sektor	1.021	11,4%	595	6,9%
Operationelles Risiko	848	9,5%	799	9,3%
Beteiligungsrisiko	699	7,8%	646	7,5%
Kreditrisiko Kreditinstitute	399	4,5%	348	4,0%
Risiko sonstige Sachanlagen	326	3,7%	306	3,5%
Liquiditätsrisiko	49	0,5%	0	0,0%
CVA-Risiko	24	0,3%	22	0,3%
Risikopuffer	425	4,8%	411	4,8%
Gesamt	8.917	100,0%	8.632	100,0%

Regionale Allokation des ökonomischen Kapitals nach Sitz der Konzerneinheit:

in € Millionen	30.6.2023	Anteil	31.12.2022	Anteil
Osteuropa	2.542	28,5%	2.634	30,5%
Österreich	2.401	26,9%	2.208	25,6%
Zentraleuropa	2.095	23,5%	1.952	22,6%
Südosteuropa	1.879	21,1%	1.839	21,3%
Gesamt	8.917	100,0%	8.632	100,0%

(34) Kreditrisiko

Das Kreditrisiko ist das größte Risiko im Geschäft des Konzerns. Das Kreditrisiko ist das Risiko, finanzielle Verluste zu erleiden, wenn ein Kunde oder eine Gegenpartei des Konzerns seine bzw. ihre vertraglichen Verpflichtungen gegenüber dem Konzern nicht erfüllt. Das Kreditrisiko entsteht hauptsächlich im Zusammenhang mit Forderungen an Banken, Forderungen an Kunden sowie Kreditzusagen und Finanzgarantien. Der Konzern ist auch anderen Kreditrisiken ausgesetzt, die sich aus Veranlagungen in Schuldtiteln und anderen Engagements im Zusammenhang mit Handelsaktivitäten, Derivaten, Vergleichsvereinbarungen und Reverse-Repo-Geschäften ergeben.

Überleitung der Zahlen aus dem IFRS-Konzernabschluss zum Kreditobligo (nach CRR)

Die folgende Tabelle zeigt eine Überleitung von den Bruttobuchwerten der Bilanzposten zum Kreditobligo (Bank- und Handelsbuchbestände), das für die Portfoliosteuerung herangezogen wird. Dieses umfasst sowohl das bilanzielle als auch außerbilanzielle Kreditobligo vor Anwendung von Gewichtungsfaktoren und stellt somit den maximalen Forderungswert dar. Nicht enthalten sind Effekte der Kreditrisikominderung, wie z. B. persönliche und dingliche Sicherheiten, die in der Gesamtbeurteilung des Kreditrisikos ebenfalls berücksichtigt werden. Dieser Forderungsbegriff wird auch – sofern nicht explizit anders angegeben – in den nachfolgenden Tabellen des Risikoberichts verwendet. Die Ursachen für Unterschiede zwischen den Größen der internen Portfoliosteuerung und der externen Rechnungslegung liegen in abweichenden Konsolidierungskreisen (regulatorisch versus IFRS), unterschiedlichen Abgrenzungen des Kreditvolumens sowie der unterschiedlichen Darstellung des Kreditvolumens, vor allem bei Repo-Geschäften sowie bei Derivaten, insbesondere SA-CCR (Standardansatz im Kontrahentenrisiko).

in € Millionen	30.6.2023	31.12.2022
Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen	43.287	48.587
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	144.506	140.561
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	2.900	3.160
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	864	751
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	84	84
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	6.299	6.124
Hedge Accounting	694	661
Laufende Steuerforderungen	87	100
Latente Steuerforderungen	307	269
Sonstige Aktiva	1.079	912
Erteilte Kreditzusagen	36.855	37.193
Erteilte Finanzgarantien	9.036	9.370
Sonstige erteilte Zusagen	5.115	4.580
Überleitungsdifferenz	-6.865	-6.399
Kreditobligo	244.249	245.953

Rund € 3,9 Milliarden der Überleitungsdifferenz sind auf das SA-CCR-Netting zurückzuführen.

Die detaillierte Analyse des Kreditportfolios erfolgt anhand der Unterteilung in Ratingstufen. Das Kundenrating erfolgt dabei für die unterschiedlichen Forderungsklassen getrennt. Für die Bonitätsbeurteilung werden dafür jeweils interne Risikoklassifizierungsverfahren (Rating- und Scoring-Modelle) eingesetzt, die auch zentral validiert werden. Die Ausfallwahrscheinlichkeiten für unterschiedliche Ratingstufen werden nach Geschäftssegmenten getrennt ermittelt. Durch die Verwendung einer Masterskala wird jedoch eine Vergleichbarkeit der Ratingstufen auch über Geschäftssegmente hinweg erzielt.

Die Ratingmodelle in den Non-Retail-Segmenten Firmenkunden, Kreditinstitute und öffentlicher Sektor sind konzernweit einheitlich und sehen 27 Bonitätsstufen der Masterskala vor. Scorecards für Retail-Forderungsklassen werden länderspezifisch nach konzernweit einheitlichen Richtlinien erstellt. Sowohl für die Ratingerstellung als auch für die Validierung stehen entsprechende Instrumente (z. B. Unternehmensbewertung, Rating- und Ausfalldatenbank) zur Verfügung.

Kreditobligo nach Asset-Klassen (Ratingmodellen):

in € Millionen	30.6.2023	31.12.2022
Firmenkunden	88.309	90.300
Projektfinanzierung	9.571	9.268
Retail-Kunden	49.414	50.412
Kreditinstitute	34.044	32.156
Öffentlicher Sektor	62.911	63.816
Gesamt	244.249	245.953

Kreditportfolio – Firmenkunden

Die nachstehende Tabelle zeigt das Kreditobligo nach internem Rating für Firmenkunden (Großkunden, mittelgroße und kleine Firmenkunden). Zur besseren Lesbarkeit wurden die einzelnen Stufen der Ratingskala allerdings auf die zugrunde liegenden neun Hauptstufen zusammengefasst.

in € Millionen	Untere PD-Skala in %	Obere PD-Skala in %	30.6.2023	Anteil	31.12.2022	Anteil
1 Minimales Risiko	> 0,0000%	≤ 0,0300%	2.236	2,5%	2.716	3,0%
2 Exzellente Kreditwürdigkeit	> 0,0300%	≤ 0,0751%	6.746	7,6%	7.374	8,2%
3 Sehr gute Kreditwürdigkeit	> 0,0751%	≤ 0,1878%	21.430	24,3%	21.867	24,2%
4 Gute Kreditwürdigkeit	> 0,1878%	≤ 0,4694%	22.201	25,1%	21.709	24,0%
5 Intakte Kreditwürdigkeit	> 0,4694%	≤ 1,1735%	16.343	18,5%	16.627	18,4%
6 Akzeptable Kreditwürdigkeit	> 1,1735%	≤ 2,9338%	11.235	12,7%	11.000	12,2%
7 Knappe Kreditwürdigkeit	> 2,9338%	≤ 7,3344%	3.571	4,0%	3.677	4,1%
8 Schwache bzw. minderwertige Kreditwürdigkeit	> 7,3344%	≤ 18,3360%	1.705	1,9%	2.070	2,3%
9 Sehr schwache bzw. zweifelhafte Kreditwürdigkeit	> 18,3360%	< 100%	1.434	1,6%	1.706	1,9%
10 Ausfall	100%	100%	1.303	1,5%	1.427	1,6%
NR Nicht geratet			105	0,1%	128	0,1%
Gesamt			88.309	100,0%	90.300	100,0%

Das Kreditobligo gegenüber Firmenkunden sank im Vergleich zum Jahresende 2022 um € 1.991 Millionen auf € 88.309 Millionen. Die höchsten Rückgänge wurden in Russland, Irland, Deutschland, Frankreich und in der Ukraine verzeichnet, welche teilweise

durch einen Anstieg in Tschechien, Ungarn und Rumänien kompensiert wurden. In Russland wurde das Kreditvolumen seit Beginn des russischen Angriffsriegs in der Ukraine reduziert, was durch die Währungsabwertung des russischen Rubels verstärkt wurde.

Den größten Rückgang verzeichnete die Rating-Klasse 2, der auf verringerte Kreditobligos in der Slowakei (teilweise aufgrund von Ratingverschlechterungen zu den Rating-Klassen 3 und 4), in Irland und Luxemburg zurückzuführen war. Neben den Ratingverschlechterungen von einzelnen österreichischen Kunden resultierte der Rückgang in Rating-Klasse 1 aus einem verringerten Obligo in Irland. Der Rückgang in Rating-Klasse 3 war auf die Ratingverschiebungen einzelner Kunden in Rating-Klasse 4 in Deutschland, Ungarn und Russland zurückzuführen. Weiters kam es in Rating-Klasse 4 zu einer Erhöhung des Obligos in Großbritannien.

Das fünfstufige Rating-Modell für Projektfinanzierungen basiert auf den Slotting-Kriterien gemäß EBA/RTS/2016/02. Im Juni 2023 wurden die Modellparameter für Immobilienfinanzierungen basierend auf den derzeitigen makroökonomischen Parametern (insbesondere Inflationserwartung) angepasst.

in € Millionen	30.6.2023	Anteil	31.12.2022	Anteil
6,1 Ausgezeichnete Projektbonität – sehr geringes Risiko	5.356	56,0%	4.857	52,4%
6,2 Gute Projektbonität – geringes Risiko	3.408	35,6%	3.617	39,0%
6,3 Ausreichende Projektbonität – mittleres Risiko	489	5,1%	423	4,6%
6,4 Schwache Projektbonität – hohes Risiko	88	0,9%	94	1,0%
6,5 Ausfall	229	2,4%	264	2,8%
NR Nicht geratet	0	0,0%	13	0,1%
Gesamt	9.571	100,0%	9.268	100,0%

Die Erhöhung des Kreditobligos für Projektfinanzierungen um € 303 Millionen wurde vor allem durch einen Anstieg von Kredit- und Rahmenfinanzierungen in Tschechien, Deutschland und der Slowakei begründet.

Der Anstieg in Rating-Klasse 6,1 war auf die Erhöhung der Kreditfinanzierungen in Tschechien, Deutschland, Rumänien und der Slowakei sowie auf die Erhöhung von Rahmenfinanzierungen in Tschechien und Deutschland und auf Ratingverbesserungen einzelner Kunden aus Rating-Klasse 6,2 in Russland zurückzuführen. Weiters begründete sich der Rückgang in Rating-Klasse 6,2 durch Ratingverschlechterungen einzelner Kunden in Rating-Klasse 6,3 in Rumänien.

Kreditobligo für Firmenkunden und Projektfinanzierungen nach dem Risikoland unter Berücksichtigung des Garantiegebers nach Regionen:

in € Millionen	30.6.2023	Anteil	31.12.2022	Anteil
Zentraleuropa	26.800	27,4%	25.596	25,7%
Westeuropa	24.007	24,5%	25.093	25,2%
Österreich	19.116	19,5%	19.125	19,2%
Südosteuropa	14.981	15,3%	14.464	14,5%
Osteuropa	9.203	9,4%	11.625	11,7%
Asien	1.874	1,9%	1.918	1,9%
Sonstige	1.900	1,9%	1.748	1,8%
Gesamt	97.880	100,0%	99.569	100,0%

Das Kreditobligo in Osteuropa sank vor allem durch den Rückgang der Kreditfinanzierungen und gegebenen Garantien in Russland, welcher durch die Abwertung des russischen Rubels verstärkt wurde. Zusätzlich reduzierten sich die Kreditfinanzierungen in der Ukraine. Der Rückgang in Westeuropa war vor allem auf die Abnahme von Kreditfinanzierungen in Irland, Frankreich, Deutschland und Luxemburg zurückzuführen. Der Anstieg in Zentraleuropa resultierte im Wesentlichen aus der Zunahme von Kredit- und Rahmenfinanzierungen in Tschechien, Ungarn und der Slowakei. In Südosteuropa war der Anstieg durch eine Erhöhung von Kreditfinanzierungen in Rumänien und Kroatien begründet.

Kreditobligo für Firmenkunden und Projektfinanzierungen nach Branchenzugehörigkeit der Erstkunden:

in € Millionen	30.6.2023	Anteil	31.12.2022	Anteil
Fertigung/Produktion	23.597	24,1%	24.711	24,8%
Groß- und Einzelhandel	20.536	21,0%	20.800	20,9%
Immobilien	13.300	13,6%	12.943	13,0%
Finanzintermediation	9.493	9,7%	9.191	9,2%
Bauwesen	6.073	6,2%	6.156	6,2%
Energieversorgung	5.959	6,1%	5.580	5,6%
Transport, Lagerung und Verkehr	3.592	3,7%	3.743	3,8%
Freie Berufe/technische Dienstleistungen	2.775	2,8%	2.870	2,9%
Sonstige Branchen	12.555	12,8%	13.574	13,6%
Gesamt	97.880	100,0%	99.569	100,0%

Kreditportfolio – Retail-Kunden

Die Asset-Klasse Retail-Kunden unterteilt sich in Privatpersonen sowie Klein- und Mittelbetriebe (KMU). Für Retail-Kunden wird ein duales Scoring-System eingesetzt, das eine Erst- und Ad-hoc-Analyse anhand der Kundendaten und eine Verhaltensanalyse anhand der Kontendaten umfasst.

in € Millionen	30.6.2023	Anteil	31.12.2022	Anteil
Retail-Kunden – Privatpersonen	46.217	93,5%	47.338	93,9%
Retail-Kunden – Klein- und Mittelbetriebe	3.197	6,5%	3.074	6,1%
Gesamt	49.414	100,0%	50.412	100,0%

Kreditobligo für Retail-Kunden nach internem Rating:

in € Millionen	Untere PD-Skala in %	Obere PD-Skala in %	30.6.2023	Anteil	31.12.2022	Anteil
0,5 Minimales Risiko	> 0,00%	≤ 0,17%	9.669	19,6%	11.488	22,8%
1,0 Exzellente Kreditwürdigkeit	> 0,17%	≤ 0,35%	8.546	17,3%	9.574	19,0%
1,5 Sehr gute Kreditwürdigkeit	> 0,35%	≤ 0,69%	8.517	17,2%	8.851	17,6%
2,0 Gute Kreditwürdigkeit	> 0,69%	≤ 1,37%	6.752	13,7%	6.210	12,3%
2,5 Intakte Kreditwürdigkeit	> 1,37%	≤ 2,70%	4.725	9,6%	3.919	7,8%
3,0 Akzeptable Kreditwürdigkeit	> 2,70%	≤ 5,26%	2.739	5,5%	2.403	4,8%
3,5 Knappe Kreditwürdigkeit	> 5,26%	≤ 10,00%	1.371	2,8%	1.189	2,4%
4,0 Schwache bzw. minderwertige Kreditwürdigkeit	> 10,00%	≤ 18,18%	669	1,4%	535	1,1%
4,5 Sehr schwache bzw. zweifelhafte Kreditwürdigkeit	> 18,18%	< 100%	841	1,7%	652	1,3%
5,0 Ausfall	100%	100%	1.269	2,6%	1.286	2,6%
NR Nicht geratet			4.317	8,7%	4.305	8,5%
Gesamt			49.414	100,0%	50.412	100,0%

Das nicht geratete Kreditobligo umfasst vor allem Kreditkartenlimite in Österreich sowie Retail-Kunden in Serbien, die aufgrund der Akquisition noch über keine internen Ratings verfügen.

Retail-Forderungen nach Segmenten:

30.6.2023				
in € Millionen	Zentraleuropa	Südosteuropa	Osteuropa	Group Corporates & Markets
Retail-Kunden – Privatpersonen	22.600	9.904	4.746	8.967
Retail-Kunden – Klein- und Mittelbetriebe	1.846	1.183	168	0
Gesamt	24.446	11.087	4.914	8.967
davon notleidendes Obligo	562	398	264	48

31.12.2022				
in € Millionen	Zentraleuropa	Südosteuropa	Osteuropa	Group Corporates & Markets
Retail-Kunden – Privatpersonen	22.600	10.031	5.819	8.888
Retail-Kunden – Klein- und Mittelbetriebe	1.766	1.105	202	0
Gesamt	24.366	11.137	6.021	8.888
davon notleidendes Obligo	540	386	321	45

Das Kreditobligo gegenüber Retail-Kunden sank im ersten Halbjahr 2023 um € 999 Millionen. Der größte Rückgang mit € 1.107 Millionen wurde in Osteuropa verzeichnet und war vor allem auf die Reduktion des Kreditvolumens in Russland (vorwiegend durch die Entwicklung des russischen Rubels) zurückzuführen.

Kreditobligo gegenüber Retail-Kunden nach Produkten:

in € Millionen	30.6.2023	Anteil	31.12.2022	Anteil
Hypothekarkredite	29.128	58,9%	29.990	59,5%
Verbraucherkredite	10.888	22,0%	10.993	21,8%
Kreditkarten	5.127	10,4%	5.215	10,3%
SME-Finanzierung	2.397	4,9%	2.370	4,7%
Überziehungen	1.216	2,5%	1.204	2,4%
Autokredite	659	1,3%	640	1,3%
Gesamt	49.414	100,0%	50.412	100,0%

Kreditportfolio – Kreditinstitute

Die nachfolgende Tabelle stellt das Kreditobligo an Kreditinstitute (ohne Zentralbanken) nach dem internen Rating dar. Die Ausfallwahrscheinlichkeiten in dieser Asset-Klasse werden aufgrund der geringen Anzahl an Kunden (bzw. an beobachtbaren Ausfällen) in den einzelnen Rating-Stufen durch eine Kombination interner und externer Daten ermittelt. Im Mai 2023 wurde das Ratingmodell für Kreditinstitute entsprechend den EBA-Richtlinien und nach erfolgter Genehmigung der EZB angepasst.

in € Millionen	Untere PD-Skala in %	Obere PD-Skala in %	30.6.2023	Anteil	31.12.2022	Anteil
1 Minimales Risiko	> 0,0000%	≤ 0,0300%	3.445	10,1%	7.233	22,5%
2 Exzellente Kreditwürdigkeit	> 0,0300%	≤ 0,0751%	3.810	11,2%	9.373	29,1%
3 Sehr gute Kreditwürdigkeit	> 0,0751%	≤ 0,1878%	19.135	56,2%	10.270	31,9%
4 Gute Kreditwürdigkeit	> 0,1878%	≤ 0,4694%	2.647	7,8%	499	1,6%
5 Intakte Kreditwürdigkeit	> 0,4694%	≤ 1,1735%	245	0,7%	127	0,4%
6 Akzeptable Kreditwürdigkeit	> 1,1735%	≤ 2,9338%	4.188	12,3%	3.780	11,8%
7 Knappe Kreditwürdigkeit	> 2,9338%	≤ 7,3344%	81	0,2%	435	1,4%
8 Schwache bzw. minderwertige Kreditwürdigkeit	> 7,3344%	≤ 18,3360%	11	0,0%	35	0,1%
9 Sehr schwache bzw. zweifelhafte Kreditwürdigkeit	> 18,3360%	< 100%	472	1,4%	385	1,2%
10 Ausfall	100%	100%	7	0,0%	16	0,0%
NR Nicht geratet			2	0,0%	4	0,0%
Gesamt			34.044	100,0%	32.156	100,0%

Das Kreditobligo gegenüber Kreditinstituten erhöhte sich vor allem aufgrund des Anstiegs von Repo-Geschäften in Spanien, Großbritannien, Frankreich, Russland, den Niederlanden und Italien sowie der Geldmarktgeschäfte in China, Deutschland und Österreich. Diese Anstiege wurden teilweise durch einen Rückgang von Krediten und Forderungen in den USA und China kompensiert.

Den größten Anstieg verzeichnete die Rating-Klasse 3, der durch erhöhte Kredite und Forderungen sowie Geldmarkt- und Repo-Geschäfte in China (Ratingverschlechterung von Rating-Klasse 2), Österreich, Spanien, den Niederlanden, den USA, in Großbritannien und Deutschland begründet war. Der Anstieg in Rating-Klasse 4 war vorwiegend auf die Ratingverschlechterung einer italienischen Bank von Rating-Klasse 3 zurückzuführen. Die Rating-Klasse 1 verzeichnete einen Rückgang von Krediten und Forderungen sowie Repo-Geschäften mit amerikanischen und österreichischen Banken. Der Rückgang in Rating-Klasse 7 resultierte vorwiegend aus dem verringerten Kreditvolumen in Russland.

Kreditobligo an Kreditinstitute (ohne Zentralbanken) nach Produkten:

in € Millionen	30.6.2023	Anteil	31.12.2022	Anteil
Repo	15.227	44,7%	12.049	37,5%
Kredite und Forderungen	9.563	28,1%	12.124	37,7%
Anleihen	5.124	15,1%	4.950	15,4%
Geldmarkt	2.582	7,6%	1.515	4,7%
Derivate	550	1,6%	534	1,7%
Sonstige	997	2,9%	984	3,1%
Gesamt	34.044	100,0%	32.156	100,0%

Kreditportfolio – Öffentlicher Sektor

Eine weitere Kundengruppe stellen souveräne Staaten, Zentralbanken sowie regionale Gebietskörperschaften und andere staatenähnliche Organisationen dar. Das Kreditobligo gegenüber dem öffentlichen Sektor inkludiert lokale und regionale Regierungen.

Kreditobligo gegenüber dem öffentlichen Sektor (inklusive Zentralbanken) nach dem internen Rating:

in € Millionen	Untere PD-Skala in %	Obere PD-Skala in %	30.6.2023	Anteil	31.12.2022	Anteil
1 Ausgezeichnete Bonität	> 0,0000%	≤ 0,0300%	31.019	49,3%	36.204	56,7%
2 Sehr gute Bonität	> 0,0300%	≤ 0,0751%	7.022	11,2%	12.860	20,2%
3 Gute Bonität	> 0,0751%	≤ 0,1878%	16.312	25,9%	6.398	10,0%
4 Solide Bonität	> 0,1878%	≤ 0,4694%	4.269	6,8%	4.433	6,9%
5 Zufriedenstellende Bonität	> 0,4694%	≤ 1,1735%	572	0,9%	545	0,9%
6 Adäquate Bonität	> 1,1735%	≤ 2,9338%	1.596	2,5%	1.220	1,9%
7 Fragliche Bonität	> 2,9338%	≤ 7,3344%	11	0,0%	24	0,0%
8 Höchst fragliche Bonität	> 7,3344%	≤ 18,3360%	0	0,0%	0	0,0%
9 Ausfallgefährdet	> 18,3360%	< 100%	1.827	2,9%	1.768	2,8%
10 Ausfall	100%	100%	280	0,4%	362	0,6%
NR Nicht geratet			2	0,0%	2	0,0%
Gesamt			62.911	100,0%	63.816	100,0%

Den größten Rückgang verzeichnete die Rating-Klasse 2, der vor allem auf die Ratingverschlechterung der Slowakei und der ungarischen Nationalbank zu Rating-Klasse 3 zurückzuführen war. Dieser Rückgang wurde teilweise durch die Ratingverschlechterung von Tschechien aus Rating-Klasse 1 kompensiert. Weiters kam es in der Rating-Klasse 1 zu einem Rückgang, der überwiegend auf eine Verringerung der Geldmarktgeschäfte und geringere Einlagen bei der Österreichischen Nationalbank zurückzuführen war. Des Weiteren begründete sich die Erhöhung in der Rating-Klasse 3 durch die Ratingverbesserung von Kroatien von Rating-Klasse 4.

Kreditobligo gegenüber dem öffentlichen Sektor (inklusive Zentralbanken) nach Produkten:

in € Millionen	30.6.2023	Anteil	31.12.2022	Anteil
Geldmarkt	24.251	38,5%	26.803	42,0%
Anleihen	21.461	34,1%	17.662	27,7%
Kredite und Forderungen	8.948	14,2%	12.135	19,0%
Repo	7.813	12,4%	6.663	10,4%
Derivate	96	0,2%	162	0,3%
Sonstige	343	0,5%	391	0,6%
Gesamt	62.911	100,0%	63.816	100,0%

Der Rückgang bei den Krediten und Forderungen gegenüber dem öffentlichen Sektor war auf verringerte Einlagen bei der Österreichischen und kroatischen Nationalbank zurückzuführen. Der Rückgang der Geldmarktgeschäfte resultierte vor allem aus der Verringerung bei der Österreichischen Nationalbank und wurde teilweise durch eine Erhöhung von Geldmarktgeschäften mit der kroatischen Nationalbank kompensiert. Der Anleihenbestand erhöhte sich vor allem in Tschechien, Österreich, der Slowakei, Rumänien und Ungarn. Die Repo-Geschäfte verzeichneten in Tschechien einen Anstieg.

Kreditobligo gegenüber dem öffentlichen Sektor im Bereich Non Investment Grade (Rating 5 und darunter):

in € Millionen	30.6.2023	Anteil	31.12.2022	Anteil
Russland	1.638	38,2%	1.239	31,6%
Ukraine	1.616	37,7%	1.312	33,5%
Albanien	528	12,3%	527	13,5%
Belarus	328	7,7%	603	15,4%
Bosnien und Herzegowina	96	2,2%	186	4,7%
Sonstige	83	1,9%	53	1,3%
Gesamt	4.289	100,0%	3.921	100,0%

Das Obligo umfasst vor allem russische und ukrainische Staatsanleihen sowie Einlagen der Konzerneinheiten bei lokalen Zentralbanken in Zentral-, Ost- und Südosteuropa, die der Erfüllung der jeweiligen Mindestreservenvorschriften und der kurzfristigen Veranlagung von überschüssiger Liquidität dienen und daher untrennbar mit der Geschäftstätigkeit in diesen Ländern verbunden sind.

Notleidendes Exposure (NPE)

Seit November 2019 wendet die RBI vollständig die neue Ausfalldefinition der CRR sowie die dazugehörigen Anforderungen der EBA (EBA/GL/2016/07) an.

Notleidendes Obligo nach der gültigen Definition des EBA-Dokuments Implementing Technical Standard (ITS) on Supervisory Reporting (Forbearance and Non-performing exposures):

in € Millionen	NPE		NPE Ratio		NPE Coverage Ratio	
	30.6.2023	31.12.2022	30.6.2023	31.12.2022	30.6.2023	31.12.2022
Regierungen	177	169	8,5%	7,9%	3,0%	3,0%
Kreditinstitute	4	6	0,0%	0,0%	83,6%	63,1%
Sonstige Finanzunternehmen	162	163	1,5%	1,4%	36,9%	29,8%
Nicht-Finanzunternehmen	1.462	1.619	2,9%	3,2%	61,2%	62,8%
Haushalte	1.109	1.133	2,7%	2,7%	64,6%	66,2%
Kredite und Forderungen	2.914	3.090	1,8%	1,8%	57,7%	59,1%
Anleihen	6	3	0,0%	0,0%	19,3%	0,0%
Gesamt	2.920	3.093	1,5%	1,6%	57,6%	59,0%

Das Volumen des notleidenden Obligos reduzierte sich im ersten Halbjahr um € 172 Millionen auf € 2.920 Millionen. Organisch ergab sich ein Rückgang um € 115 Millionen, die Währungsentwicklung, hauptsächlich durch die Abwertung des russischen Rubels, trug € 57 Millionen bei. Aus Ausbuchungen und Verkäufen ergab sich ein Rückgang um € 276 Millionen, dem gegenüber standen neue Ausfälle bei Krediten an Haushalte und Nicht-Finanzunternehmen. Die NPE Ratio reduzierte sich gegenüber dem Jahresende um 0,1 Prozentpunkte auf 1,5 Prozent. Die Deckungsquote verringerte sich um 1,4 Prozentpunkte auf 57,6 Prozent.

Entwicklung des notleidenden Obligos nach Asset-Klassen (ohne außerbilanzielle Geschäfte):

in € Millionen	Stand 1.1.2023	Änderung					Stand 30.6.2023
		Konsolidierungskreis	Währung	Zugänge	Abgänge		
Regierungen	169	0	0	9	-1		177
Kreditinstitute	6	0	0	3	-5		4
Sonstige Finanzunternehmen	163	0	-1	4	-5		162
Nicht-Finanzunternehmen	1.619	0	-24	168	-301		1.462
Haushalte	1.133	0	-33	288	-279		1.109
Kredite und Forderungen (NPL)	3.090	0	-57	472	-590		2.914
Anleihen	3	0	0	0	3		6
Gesamt (NPE)	3.093	0	-57	472	-587		2.920

in € Millionen	Stand 1.1.2022	Änderung					Stand 31.12.2022
		Konsolidierungskreis	Währung	Zugänge	Abgänge		
Regierungen	1	-1	0	169	0		169
Kreditinstitute	3	0	0	2	0		6
Sonstige Finanzunternehmen	113	0	0	92	-42		163
Nicht-Finanzunternehmen	1.574	-36	30	624	-572		1.619
Haushalte	1.131	-38	12	471	-444		1.133
Kredite und Forderungen (NPL)	2.822	-75	43	1.358	-1.058		3.090
Anleihen	0	0	0	3	0		3
Gesamt (NPE)	2.823	-75	43	1.361	-1.059		3.093

Anteil des notleidenden Obligos (NPE) nach Segmenten (ohne außerbilanzielle Geschäfte):

in € Millionen	NPE		NPE Ratio		NPE Coverage Ratio		31.12.2022
	30.6.2023	31.12.2022	30.6.2023	31.12.2022	30.6.2023		
Zentraleuropa	836	831	1,3%	1,4%	58,1%		59,7%
Südosteuropa	573	591	1,9%	2,0%	67,2%		70,2%
Osteuropa	638	708	2,3%	2,3%	68,3%		65,1%
Group Corporates & Markets	872	962	1,6%	1,8%	43,0%		47,1%
Corporate Center	0	0	0,0%	0,0%	100,0%		100,0%
Gesamt	2.920	3.093	1,5%	1,6%	57,6%		59,0%

Zur Reduktion des notleidenden Obligos trug hauptsächlich das Segment Group Corporates & Markets mit € 90 Millionen auf € 872 Millionen bei, Ausbuchungen und Verkäufe von notleidenden Kreditforderungen in Höhe von € 102 Millionen waren dafür

hauptverantwortlich. Die NPE Ratio verringerte sich um 0,2 Prozentpunkte auf 1,6 Prozent, die Deckungsquote verringerte sich um 4,2 Prozentpunkte auf 43,0 Prozent.

Das notleidende Obligo im Segment Osteuropa reduzierte sich um € 70 Millionen auf € 638 Millionen, hauptverantwortlich dafür war die Währungsabwertung des russischen Rubels mit € 60 Millionen, aber auch Ausbuchungen und Verkäufe von notleidenden Kreditforderungen in Höhe von € 62 Millionen, vor allem in Russland mit € 46 Millionen. Die NPE Ratio bezogen auf das Gesamtobligo blieb im Vergleich zum Jahresanfang unverändert bei 2,3 Prozent, die Deckungsquote erhöhte sich um 3,2 Prozentpunkte auf 68,3 Prozent.

Im Segment Südosteuropa verringerte sich das notleidende Obligo um € 17 Millionen auf € 573 Millionen, vorwiegend durch Verkäufe und Ausbuchungen von notleidenden Kreditforderungen in Höhe von € 76 Millionen, vor allem in Rumänien mit € 59 Millionen. Die NPE Ratio sank um 0,1 Prozentpunkte auf 1,9 Prozent, die Deckungsquote reduzierte sich um 3,0 Prozentpunkte auf 67,2 Prozent.

Das Segment Zentraleuropa verzeichnete mit € 836 Millionen einen Anstieg des notleidenden Obligos um € 5 Millionen, vor allem durch geringe Erhöhungen in der Slowakei und in Tschechien um insgesamt € 26 Millionen, wohingegen Ungarn sich um € 19 Millionen reduzierte. Die NPE Ratio bezogen auf das Gesamtobligo blieb gegenüber dem Jahresende nahezu unverändert bei 1,3 Prozent, die Deckungsquote verringerte sich um 1,5 Prozentpunkte auf 58,1 Prozent.

Notleidendes Obligo mit Restrukturierungsmaßnahmen:

in € Millionen	Refinanzierung		Instrumente mit geänderten Laufzeiten und Konditionen		Gesamt	
	30.6.2023	31.12.2022	30.6.2023	31.12.2022	30.6.2023	31.12.2022
Regierungen	0	0	0	0	0	0
Kreditinstitute	0	0	0	0	0	0
Sonstige Finanzunternehmen	56	60	43	38	99	98
Nicht-Finanzunternehmen	81	81	778	886	859	967
Haushalte	7	8	272	273	279	281
Gesamt	145	149	1.092	1.197	1.237	1.346

Notleidendes Obligo mit Restrukturierungsmaßnahmen nach Segmenten:

in € Millionen	30.6.2023	Anteil	31.12.2022	Anteil
Zentraleuropa	271	21,9%	259	19,2%
Südosteuropa	147	11,9%	182	13,5%
Osteuropa	348	28,1%	350	26,0%
Group Corporates & Markets	470	38,0%	555	41,2%
Gesamt	1.237	100,0%	1.346	100,0%

Konzentrationsrisiko

Das Kreditportfolio des Konzerns ist sowohl nach Regionen als auch nach Branchen gut diversifiziert. Auch Einzelkreditkonzentrationen werden auf Basis von Gruppen verbundener Kunden aktiv über die Limitvergabe und regelmäßiges Reporting gesteuert, sodass die Granularität des Portfolios entsprechend gut ist. Die geografische Aufgliederung der Forderungen spiegelt die breite Diversifikation des Kreditgeschäfts in den europäischen Märkten des Konzerns wider.

Kreditobligo aller Forderungsklassen gegliedert nach dem Risikoland des Kreditnehmers und gruppiert nach Regionen:

in € Millionen	30.6.2023	Anteil	31.12.2022	Anteil
Zentraleuropa	76.033	31,1%	71.413	29,0%
Tschechien	35.037	14,3%	31.738	12,9%
Slowakei	24.372	10,0%	24.085	9,8%
Ungarn	12.528	5,1%	11.169	4,5%
Polen	3.579	1,5%	3.922	1,6%
Sonstige	517	0,2%	498	0,2%
Österreich	53.076	21,7%	56.770	23,1%
Westeuropa	43.936	18,0%	41.789	17,0%
Deutschland	11.886	4,9%	11.929	4,9%
Frankreich	7.377	3,0%	7.756	3,2%
Spanien	4.557	1,9%	3.265	1,3%
Großbritannien	4.293	1,8%	3.713	1,5%
Schweiz	3.038	1,2%	3.143	1,3%
Niederlande	2.868	1,2%	2.458	1,0%
Luxemburg	2.788	1,1%	2.939	1,2%
Italien	2.466	1,0%	2.151	0,9%
Sonstige	4.663	1,9%	4.434	1,8%
Südosteuropa	36.197	14,8%	35.464	14,4%
Rumänien	16.857	6,9%	16.352	6,6%
Kroatien	7.429	3,0%	7.298	3,0%
Serbien	6.363	2,6%	6.467	2,6%
Bosnien und Herzegowina	2.120	0,9%	2.125	0,9%
Albanien	1.904	0,8%	1.788	0,7%
Sonstige	1.524	0,6%	1.434	0,6%
Osteuropa	22.667	9,3%	25.552	10,4%
Russland	16.522	6,8%	19.195	7,8%
Ukraine	4.051	1,7%	4.018	1,6%
Belarus	1.509	0,6%	1.805	0,7%
Sonstige	586	0,2%	534	0,2%
Asien	5.592	2,3%	6.345	2,6%
Nordamerika	3.204	1,3%	4.497	1,8%
Restliche Welt	3.545	1,5%	4.124	1,7%
Gesamt	244.249	100,0%	245.953	100,0%

Der größte Rückgang wurde in Österreich verzeichnet und resultierte aus der Verringerung der Geldmarktgeschäfte und geringeren Einlagen bei der Österreichischen Nationalbank. In Osteuropa kam es zu einem Rückgang bei den Krediten und Forderungen in Russland, Belarus und der Ukraine, bei den gegebenen Garantien in Russland sowie bei den Verbraucher- und Hypothekarkrediten in Russland (teilweise währungsbedingt). Der Obligo-Rückgang in Nordamerika und Asien war auf Forderungen gegenüber Banken in den USA sowie China zurückzuführen. In Zentraleuropa wurde der Anstieg durch einen höheren Anleihebestand in Tschechien, Ungarn und der Slowakei, höhere Repo-Geschäfte sowie Kredite und Forderungen in Ungarn verursacht. Der Anstieg in Westeuropa wurde bei Repo-Geschäften in Spanien, Großbritannien, Frankreich, den Niederlanden und Italien verzeichnet.

Kreditobligo des Konzerns nach Branchenzugehörigkeit:

in € Millionen	30.6.2023	Anteil	31.12.2022	Anteil
Kredit- und Versicherungsgewerbe	78.224	32,0%	80.890	32,9%
Private Haushalte	46.245	18,9%	45.142	18,4%
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherungen	22.540	9,2%	18.739	7,6%
Sonstiges verarbeitendes Gewerbe	18.060	7,4%	19.140	7,8%
Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	15.054	6,2%	15.403	6,3%
Grundstücks- und Wohnungswesen	13.455	5,5%	13.120	5,3%
Baugewerbe	6.734	2,8%	6.805	2,8%
Energieversorgung	6.061	2,5%	5.737	2,3%
Einzelhandel und Reparatur von Gebrauchsgütern	5.593	2,3%	5.758	2,3%
Erbringung von Dienstleistungen für Unternehmen	3.222	1,3%	3.328	1,4%
Ernährungsgewerbe	2.816	1,2%	2.803	1,1%
Metallerzeugung und -bearbeitung	2.619	1,1%	2.877	1,2%
Landverkehr, Transport in Rohrfernleitungen	2.516	1,0%	2.577	1,0%
Maschinenbau	1.871	0,8%	1.846	0,8%
Sonstiges Transportgewerbe	1.657	0,7%	1.770	0,7%
Kraftfahrzeughandel, Tankstellen	1.492	0,6%	1.348	0,5%
Gewinnung von Erdöl und Erdgas	845	0,3%	1.033	0,4%
Sonstige Branchen	15.246	6,2%	17.636	7,2%
Gesamt	244.249	100,0%	245.953	100,0%

(35) Marktrisiko

Das Marktrisikomanagement basiert auf einem dualen Steuerungsansatz. Für das Gesamtportfolio inklusive des Bankbuchs wird ein Modell verwendet, dass auf einer historischen Simulation beruht und für die längerfristige Steuerung der Marktrisiken aus den Bankbüchern geeignet ist (Modell ALL). Für alle Marktrisiken mit unmittelbarer Auswirkung auf die Erfolgsrechnung wird ein Modell verwendet, das die kurzfristige Volatilität gut prognostiziert (Modell IFRS-P&L). Dieser Modellansatz ist von der österreichischen Finanzmarktaufsicht als internes Modell für die Messung des Eigenmittelerfordernisses für Marktrisiken des Handelsbuchs der Konzernzentrale zugelassen. Beide Modelle berechnen Value-At-Risk-Kennzahlen für die Veränderungen der Risikofaktoren Fremdwährungen, Zinsentwicklung, Credit Spreads, implizite Volatilität, Aktienindizes und Basis-Spreads. In den nachstehenden Tabellen ist eine Übersicht der Risikokennzahlen beider Modelle (ALL und IFRS-P&L) sowie die Entwicklung je Risikoart für das erste Halbjahr 2023 dargestellt.

Modell IFRS-P&L Gesamt VaR (99%, 1d) in € Millionen	VaR per 30.6.2023	Durchschnitts-VaR	Minimum-VaR	Maximum-VaR	VaR per 31.12.2022
Währungsrisiko	7	7	2	14	13
Zinsrisiko	5	5	2	8	4
Credit-Spread-Risiko	4	4	3	7	6
Aktienpreisrisiko	1	1	1	1	1
Vega-Risiko	1	1	1	3	1
Basis-Risiko	9	7	4	20	30
Gesamt	13	14	10	28	35

Modell ALL Gesamt VaR (99%, 20d) in € Millionen	VaR per 30.6.2023	Durchschnitts-VaR	Minimum-VaR	Maximum-VaR	VaR per 31.12.2022
Ökonomisches Kapital ALL	530	508	460	610	565
Vega-Risiko ALL	15	17	10	33	16
Gesamt ALL	545	525	472	626	581

Gesamt ALL (Risikokategorien)					
Währungsrisiko	519	524	472	625	560
Zinsrisiko	230	186	96	262	169
Credit-Spread-Risiko	40	39	31	43	36
Bankbuch (99%, 20d)					
Zinsrisiko im Bankbuch	202	155	68	232	120

Die in Fremdwährung gehaltenen Kapitalpositionen und offene Devisenpositionen, die strukturellen Zinsrisiken, Spread-Risiken aus Anleihebüchern (häufig als Liquiditätspuffer gehalten) sowie Basis-Risiken aus Basis-Spreads in russischem Rubel waren die wesentlichen Treiber des VaR-Ergebnisses.

Sowohl der Gesamt-VaR (Modell ALL) als auch der P&L VaR (Modell IFRS-P&L) sind innerhalb des zweiten Quartals gegenüber dem ersten Quartal gestiegen, liegen aber immer noch unter den Ergebnissen zum Jahresende. Dieser Rückgang war vor allem auf die Reduktion der Positionen in russischem Rubel zurückzuführen. Der Rückgang des P&L VaR (Modell IFRS-P&L) war ebenfalls auf die Reduktion der Position in russischem Rubel inklusive des Basis-Risikos der Referenzkurven in russischem Rubel zurückzuführen. Andererseits ist der Anstieg im zweiten Quartal auf die erhöhte Zinsposition, hauptsächlich in tschechischen Kronen, zurückzuführen.

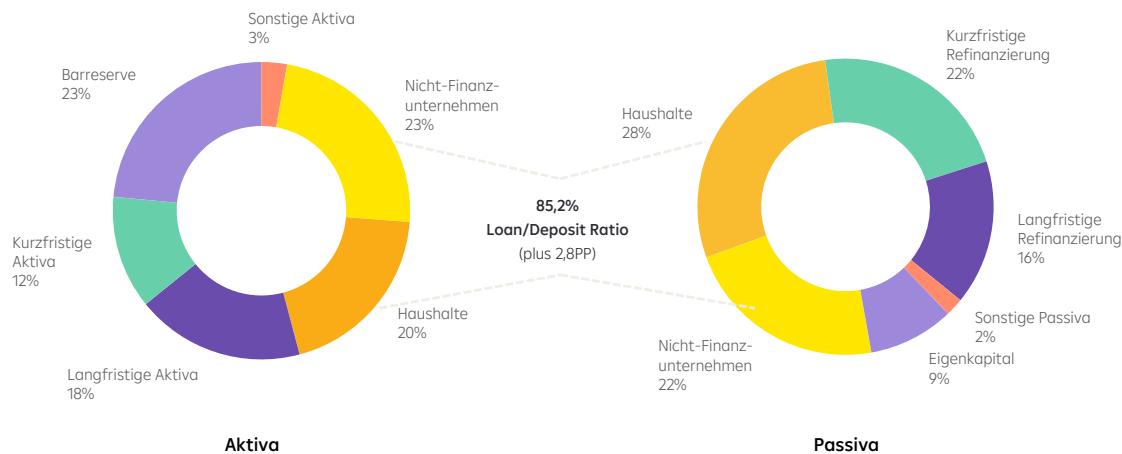
Die Marktrisiko-Steuerung erfolgt auf Basis einer täglichen Überwachung von Marktbewegungen und Positionsänderungen für die Konzernzentrale und -einheiten. Zudem wird die Entwicklung auf den lokalen Märkten täglich aktualisiert und das Risikomanagement aktiv gesteuert, um schnell auf Veränderungen reagieren zu können.

(36) Liquiditätsmanagement

Mit ihrer starken Liquiditätsposition und bewährten Prozessen zur Steuerung des Liquiditätsrisikos stellt die RBI ihre hohe Anpassungsfähigkeit in der aktuellen Krise aufgrund des Kriegs in der Ukraine und der anhaltend intensiven Medienberichterstattung unter Beweis. Der ILAAP-Rahmen und die Governance erwiesen sich erneut als solide und funktionieren auch in Krisenzeiten. Die tägliche Überwachung der Liquiditätsposition mit Hilfe von dynamischen Dashboards zeigte, dass die Infrastruktur und das Monitoring effektiv sind und schnelle Reaktionen in Krisenzeiten unterstützen.

Funding-Struktur

Die Funding-Struktur des Konzerns basiert auf einer starken Ausrichtung auf das Retail-Geschäft in Zentral- und Osteuropa. Darüber hinaus profitiert der Konzern aufgrund der starken Präsenz der österreichischen Raiffeisengruppe im lokalen Markt auch vom Funding durch die Raiffeisen Landesbanken. Gemäß dem Prinzip der Diversifikation werden verschiedene Finanzierungsquellen erschlossen. Diese umfassen die Ausgabe von internationalen Anleihen durch die RBI AG, die Ausgabe von lokalen Anleihen durch die Tochterbanken sowie die Nutzung von Finanzierungsdarlehen von Dritten (inklusive supranationaler Institutionen). Die Tochterbanken nutzen auch Interbankenkredite mit Drittbanken, teils aufgrund knapper Länderlimits und teils aufgrund vorteilhafter Preisgestaltung.



Liquiditätsposition

Der Going-Concern-Bericht weist die strukturelle Liquiditätsposition aus und deckt dabei alle wesentlichen Risikotreiber ab, die den Konzern in einem normalen Geschäftsmodell (Business as Usual) belasten könnten. Die Ergebnisse des Going-Concern-Szenarios sind in der folgenden Tabelle dargestellt. Sie veranschaulichen den Liquiditätsüberschuss und das Verhältnis von erwarteten Kapitalzuflüssen und der Ausgleichskapazität zu Kapitalabflüssen (Liquiditätsquote) für ausgewählte Laufzeiten auf kumulativer Basis. Die Kapitalflüsse basieren auf Annahmen anhand von Expertenmeinungen, statistischen Analysen und Länderbesonderheiten. Diese Berechnung umfasst zudem Schätzungen zur Beständigkeit von Kundeneinlagen, zu Abflüssen von außerbilanziellen Positionen und zu Marktabschwüngen bei Positionen, die in die Ausgleichskapazität einfließen.

in € Millionen	30.6.2023		31.12.2022	
	1 Monat	1 Jahr	1 Monat	1 Jahr
Laufzeit				
Liquiditätsüberschuss	44.340	49.703	47.281	46.094
Liquiditätsquote	176%	139%	179%	136%

Liquidity Coverage Ratio (LCR)

Die kurzfristige Belastbarkeit von Banken erfordert eine entsprechende Liquiditätsdeckung in Form einer Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio, LCR). Dabei müssen Letztere angemessene Bestände an unbelasteten erstklassigen liquiden Aktiva (High Quality Liquid Assets, HQLA) sicherstellen, um potenzielle Abflüsse durch Verbindlichkeiten, die in Krisenzeiten anfallen können, decken zu können. HQLAs können in Cash umgewandelt werden, um den Liquiditätsbedarf im Rahmen eines Liquiditätsstress-Szenarios für mindestens 30 Kalendertage zu decken.

Die Berechnung der erwarteten Mittelzu- und abflüsse sowie der HQLAs basiert auf regulatorischen Vorgaben. Das regulatorische LCR-Limit beträgt 100 Prozent.

in € Millionen	30.6.2023	31.12.2022
Durchschnittliche liquide Aktiva	39.327	43.954
Netto-Abflüsse	21.191	21.712
Zuflüsse	21.053	21.475
Abflüsse	42.244	43.188
Liquidity Coverage Ratio	186%	202%

Der Rückgang der LCR im ersten Halbjahr 2023 war hauptsächlich auf die Rückzahlung von TLTRO-Instrumenten (großteils in der Konzernzentrale) sowie auf die anhaltend kontrollierte Reduktion der Geschäfte in Russland zurückzuführen.

Net Stable Funding Ratio (NSFR)

Die NSFR wird definiert als das Verhältnis von verfügbarer stabiler Refinanzierung zu erforderlicher stabiler Refinanzierung. Verfügbare stabile Refinanzierung wird definiert als jener Teil der Eigen- und Fremdmittel, von dem zu erwarten ist, dass er über den von der NSFR erfassten Zeithorizont von einem Jahr eine zuverlässige Mittelquelle darstellt. Die erforderliche stabile Refinanzierung einer Bank ist von den Liquiditätsmerkmalen und Restlaufzeiten der verschiedenen gehaltenen Vermögenswerte und der außerbilanziellen Engagements abhängig. Ziel der RBI ist eine ausgewogene Funding-Position. Die erforderliche strukturelle Liquidität sowie die vorhandene strukturelle Liquidität basieren auf regulatorischen Vorgaben. Das regulatorische NSFR-Limit ist 100 Prozent.

in € Millionen	30.6.2023	31.12.2022
Erforderliche strukturelle Liquidität	116.627	119.608
Vorhandene strukturelle Liquidität	162.404	161.545
Net Stable Funding Ratio	139%	135%

Die Verbesserung der NSFR ergab sich aus einem Rückgang der erforderlichen strukturellen Liquidität für Firmenkunden, welche auf ein geringeres Kreditvolumen in Russland sowie auf reduzierte Sicherheitserfordernisse aufgrund der kürzeren Restlaufzeit von TLTRO-Instrumenten in der Slowakei zurückzuführen war.

Sonstige Angaben

(37) Offene Rechtsfälle

Details zu Gerichts-, Behörden- oder Schiedsverfahren, an denen die RBI beteiligt ist, sind im Geschäftsbericht 2022, Seite 224 ff., ersichtlich.

Eine Rückstellung wird nur dann gebildet, wenn eine gegenwärtige rechtliche oder faktische Verpflichtung aufgrund eines vergangenen Ereignisses entstanden ist, die Zahlung wahrscheinlich ist und der Betrag zuverlässig geschätzt werden kann. Eine Eventualverbindlichkeit, die aufgrund eines vergangenen Ereignisses entstanden ist, wird offengelegt, es sei denn die Zahlungen sind höchst unwahrscheinlich. Eine Eventualforderung aufgrund eines vergangenen Ereignisses wird ausgewiesen, wenn eine hohe Eintrittswahrscheinlichkeit gegeben ist. In der nachfolgenden Beschreibung wird in jenen Fällen kein Betrag genannt, in denen in Übereinstimmung mit IAS 37, dies schwerwiegend nachteilig wäre. Die Berechnung der Rückstellung findet in bestimmten Fällen auf einer Portfoliobasis statt, weil die Schätzung der Verpflichtung damit eine höhere Verlässlichkeit aufweist. Die RBI hat ihre Rückstellungen, Eventualforderungen und -verbindlichkeiten in die Gruppen Konsumentenschutz, Bankgeschäfte, Durchsetzung durch Regulierungsbehörden und Steuerfälle eingeteilt.

Konsumentenschutz

Kroatien

In Kroatien wurden in einem von einer Konsumentenschutzorganisation gegen die Raiffeisenbank Austria, d.d., Zagreb (RBHR) und andere kroatische Banken angestrengten Verfahren zwei Klauseln für nichtig befunden, die in den Jahren zwischen 2003/2004 und 2008 in Kreditverträgen mit Konsumenten verwendet wurden. Dabei handelt es sich um eine Zinsanpassungs- und eine CHF-Index-Klausel. Gegen den Entscheid über die Zinsanpassungsklausel kann kein Rechtsmittel mehr eingelegt werden. Das Urteil, wonach die CHF-Index-Klauseln unwirksam sind, wurde vom Obersten Gerichtshof des Landes und vom kroatischen Verfassungsgericht bestätigt. RBHR prüft die Möglichkeit, diese Entscheidung anzufechten und reichte im August 2021 einen Antrag beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) für Menschenrechte ein. Die Vergabe von CHF-indexierten Darlehen, die nach dem kroatischen Umwandlungsgesetz in Euro-indexierte Darlehen konvertiert wurden, war vor dem Europäischen Gerichtshof zur Vorabentscheidung anhängig. Im Mai 2022 veröffentlichte der EuGH eine Vorabentscheidung, aber gab, wie auch der kroatische Oberste Gerichtshof keine Antwort darauf, ob Konsumenten von bereits konvertierten Darlehen einen Anspruch auf zusätzliche Entschädigungen haben (neben den positiven Effekten, die sich aus der Konvertierung gemäß den Bestimmungen des kroatischen Konsumentenschutzgesetzes 2015 ergaben). Daher bleibt die Frage, ob Konsumenten Anspruch auf eine zusätzliche Entschädigung (ungeachtet der Konvertierung) haben, Sache der innerstaatlichen Gerichte, in erster Linie des kroatischen Obersten Gerichtshofs. Auf Grundlage der bereits zur Unwirksamkeit der Zinsanpassungs- und/oder der CHF-Index-Klausel ergangenen Entscheidungen machen Kreditnehmer jedoch bereits jetzt Ansprüche gegen die RBHR geltend. Angesichts der gegenwärtigen rechtlichen Unwägbarkeiten hinsichtlich der Verjährung, der Wirksamkeit der CHF-Index-Klausel/erfolgten Konvertierung, der weiteren Vorgehensweise, des Ergebnisses des Vorabentscheidungsersuchens und der Anzahl der Kreditnehmer, die diese Ansprüche geltend machen, lassen sich die Auswirkungen und der mögliche Schaden zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht endgültig beziehen. In diesem Zusammenhang wurde eine Rückstellung in Höhe von € 67 Millionen (Vorjahr: € 62 Millionen) berücksichtigt.

Polen

In Polen ist eine erhebliche Anzahl zivilrechtlicher Klagen hinsichtlich bestimmter vertraglicher Regelungen im Zusammenhang mit Hypothekarkrediten an Konsumenten, die in Fremdwährungen denomiiniert oder an eine Fremdwährung gekoppelt sind, anhängig. Zum 30. Juni 2023 lag der Gesamtstreitwert dieser Verfahren bei rund PLN 4.210 Millionen (€ 948 Millionen).

Die Anzahl der Klagen steigt weiter an. In diesem Zusammenhang hat sich ein polnisches Gericht an den Europäischen Gerichtshof (EuGH) gewandt, um klären zu lassen, ob bestimmte Klauseln dieser Verträge gegen europäisches Recht verstoßen und missbräuchlich verwendet wurden. Die im Oktober 2019 dazu in einem Vorabentscheidungsverfahren ergangene Entscheidung des EuGH (C-260/18) gibt keine Antwort bezüglich einer gänzlichen oder teilweisen Nichtigkeit der Kreditverträge, sondern lediglich eine Orientierungshilfe für die Interpretation, nach welchen Grundsätzen nationale Gerichte auf Einzelfallbasis zu entscheiden haben. Demnach soll ein Kreditvertrag ohne missbräuchliche Klauseln wirksam bleiben, solange dies mit nationalem Recht im Einklang steht. Sofern der Kreditvertrag allerdings ohne die missbräuchliche Klausel nicht mehr aufrechterhalten werden kann, würde der Vertrag insgesamt unwirksam. Sollte die Unwirksamkeit des gesamten Kreditvertrags mit wesentlichen negativen Konsequenzen für den Kreditnehmer verbunden sein, so kann die missbräuchliche Klausel von polnischen Gerichten im Einklang mit nationalem Recht durch eine wirksame Klausel ersetzt werden. Die Konsequenzen einer Unwirksamkeit des Vertrags müssen sorgfältig untersucht werden, sodass der Kreditnehmer alle potenziell negativen Folgen einer Unwirksamkeit bedenken kann. Die Folgen einer Rückabwicklung eines nichtigen Kreditvertrags bleiben allerdings unklar und sind – beispielsweise aufgrund der Verpflichtung zur sofortigen Rückzahlung samt Kosten der Nutzung des Kreditbetrags – potenziell schwerwiegend für den Kreditnehmer. Es bleibt abzuwarten, wie die vom EuGH entwickelten Grundsätze nach nationaler Rechtsprechung auf Einzelfallbasis angewendet werden.

In einem anderen Verfahren, in dem die RBI involviert ist, ersuchte das Bezirksgericht Warszawa-Wola in Warschau den EuGH um Vorabentscheidung über die Ausgestaltung der vertraglichen Regelungen zur Bestimmung der An- und Verkaufskurse für eine Fremdwährung im Falle von Hypothekardarlehen für Verbraucher, die auf eine Fremdwährung indexiert sind. In der Entscheidung vom 18. November 2021 in der Rechtssache C-212/20 vertrat der EuGH die Auffassung, dass der Inhalt einer Klausel eines Darlehensvertrags, die die Ankaufs- und Verkaufskurse einer Fremdwährung festlegt, an die das Darlehen gebunden ist, einem einigermaßen gut informierten und aufmerksamen Verbraucher auf der Grundlage klarer und verständlicher Kriterien ermöglichen muss, zu verstehen, wie der Wechselkurs der Fremdwährung festgelegt wird, der zur Berechnung der Höhe der Rückzahlungsraten verwendet wird. Aufgrund der in einer solchen Bestimmung angegebenen Information soll der Verbraucher in der Lage sein, jederzeit den vom Unternehmen angewendeten Wechselkurs selbst zu ermitteln. In der Begründung führte der EuGH aus, dass eine Bestimmung, die es dem Verbraucher nicht ermöglicht, den Wechselkurs selbst zu bestimmen, missbräuchlich ist. Darüber hinaus wies der EuGH darauf hin, dass das nationale Gericht, wenn die betreffende Klausel eines Verbrauchervertrags missbräuchlich ist, diese Klausel nicht auslegen darf, um ihre Missbräuchlichkeit zu beheben, selbst wenn diese Auslegung dem gemeinsamen Willen der Vertragsparteien entspricht. Nur wenn die Ungültigkeit der missbräuchlichen Klausel das nationale Gericht zur Aufhebung des gesamten Vertrags verpflichten würde, wodurch der Verbraucher besonders nachteiligen Folgen ausgesetzt wäre und damit bestraft würde, könnte das nationale Gericht diese Klausel durch eine ergänzende Bestimmung des nationalen Rechts ersetzen. Der EuGH hat es daher nicht vollständig ausgeschlossen, dass nationale Gerichte in solchen Fällen den Vertrag durch ergänzende Vorschriften des nationalen Rechts ergänzen können, aber Lücken dürfen nicht allein durch nationale Vorschriften allgemeiner Natur gefüllt werden, und ein solches Hilfsmittel darf nur in streng eingeschränkten Fällen, wie vom EuGH angegeben, angewendet werden. Die Beurteilung der Missbräuchlichkeit von Vertragsbestimmungen sowie die Entscheidung über die Vertragsergänzung nach Beseitigung missbräuchlicher Vertragsklauseln fallen jedoch weiterhin in die Zuständigkeit des nationalen Gerichts. Der EuGH hat in keiner Weise entschieden, ob infolge der vorgenannten Aktionen der gesamte Fremdwährungsvertrag nichtig erklärt werden soll. Die derzeitige Rechtsprechungspraxis polnischer Gerichte steht bereits im Einklang mit der Vorabentscheidung des EuGH und ist daher ungünstig für Banken, die fremdwährungsindexierte Verbraucherhypothekardarlehen halten. Die jeweiligen Klauseln können je nach Beurteilung des zuständigen nationalen Gerichts die in der vorstehenden EuGH-Entscheidung genannten Anforderungen nicht erfüllen.

Am 15. Juni 2023 gab der EuGH sein Urteil in der Rechtssache C-520/21 zu den Folgen der Nichtigerklärung eines missbräuchlichen Klauseln enthaltenden Hypothekendarlehensvertrags bekannt. Der an den CHF gekoppelte Hypothekendarlehensvertrag war mit der Begründung für nichtig erklärt worden, dass die Umrechnungsklauseln zur Bestimmung des Wechselkurses in PLN für Zwecke der monatlichen Raten missbräuchlich seien und dass der Darlehensvertrag nach Aufhebung der missbräuchlichen Klauseln nicht fortbestehen könne. Der EuGH stellte fest, dass das EU-Recht nicht ausdrücklich die Folgen der Nichtigerklärung eines Verbrauchervertrags regelt. Die Bestimmung dieser Folgen obliegt der nationalen Gesetzgebung in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten. Diese nationalen Rechtsvorschriften müssen mit dem EU-Recht und den damit verfolgten Zielen vereinbar sein, insbesondere im Hinblick darauf, dass die Lage des Verbrauchers, in der er sich ohne den für nichtig erklärt Vertrag befunden hätte, wiederhergestellt wird und dass der vom EU-Recht angestrebte Abschreckungseffekt nicht gefährdet wird. Nach den Ausführungen des EuGH steht EU-Recht dem nicht entgegen, dass die Verbraucher von der Bank einen Ausgleich verlangen dürfen, der über die Erstattung der gezahlten monatlichen Raten und der zur Erfüllung des Hypothekendarlehensvertrags gezahlten Kosten sowie die Zahlung von Verzugszinsen zum gesetzlichen Satz ab dem Zeitpunkt der Zahlungsaufforderung hinausgeht. Allerdings ist es Sache der nationalen Gerichte zu beurteilen, ob der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gewahrt wird, wenn solchen Forderungen des Verbrauchers stattgegeben wird. Im Gegensatz dazu steht EU-Recht dem entgegen, dass die Bank von dem Verbraucher einen Ausgleich verlangen darf, der über die Erstattung des zur Erfüllung des Hypothekendarlehensvertrags gezahlten Kapitals sowie der Zahlung von Verzugszinsen zum gesetzlichen Satz ab dem Zeitpunkt der Zahlungsaufforderung hinausgeht. Da die Auslegung bestimmter Begriffe und die Rechtsprechung polnischer Gerichte zum gegenwärtigen Zeitpunkt unklar ist, ist eine Bewertung der negativen Auswirkungen auf das Fremdwährungsverbraucherkreditportfolio der RBI zu diesem Zeitpunkt nicht möglich.

Ein beträchtlicher Anstieg an neuen Fällen konnte seit Beginn 2020 beobachtet werden, hervorgerufen durch die Entscheidung des EuGH und die gestiegenen Marketingaktivitäten von Anwaltskanzleien, die für Kreditnehmer tätig sind. Dieser Anstieg wurde nicht nur von der polnischen Filiale der RBI beobachtet, sondern von allen polnischen Banken, die mit Fremdwährungskreditportfolios befasst sind. Darüber hinaus haben sich polnische Gerichte in anderen zivilrechtlichen Verfahren mit der Bitte um eine Entscheidung in einem Vorabentscheidungsverfahren an den EuGH gewandt. Diese Entscheidung könnte zu weiteren Klarstellungen führen und einen Einfluss darauf haben, wie gerichtsanhängige Verfahren im Zusammenhang mit Fremdwährungskrediten von nationalen polnischen Gerichten entschieden werden. Die Folgenabschätzung für Kreditverträge, die an eine Fremdwährung gekoppelt sind oder auf eine Fremdwährung lauten, kann auch durch das Ergebnis laufender Verwaltungsverfahren beeinflusst werden, die der Präsident des Amts für Wettbewerb und Verbraucherschutz (UOKiK) gegen die polnische Filiale der RBI führt. Solche Verwaltungsverfahren beruhen unter anderem auf der behaupteten Praxis einer Verletzung von kollektiven Verbraucherinteressen sowie darin, dass Klauseln in Standardvereinbarungen als benachteiligend eingestuft werden. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist nicht sicher, welche potenziellen Auswirkungen diese Verfahren auf Kreditverträge, die an eine Fremdwährung gekoppelt sind oder auf eine Fremdwährung lauten, und die RBI haben könnten. Darüber hinaus führen und könnten solche Verfahren zu Verwaltungsstrafen gegen die polnische Filiale der RBI und im Falle von Berufungen zu verwaltungsgerichtlichen Verfahren führen. Darüber hinaus leitete der polnische Finanz-Ombudsmann, der im Namen von zwei Kreditnehmern handelte, ein Zivilverfahren gegen die RBI ein, in dem die Anwendung unlauterer Geschäftspraktiken gegenüber Verbrauchern in einem Fall behauptet wird, in dem die RBI – nach Aufhebung eines Kreditvertrags – den vollen ursprünglich ausgegebenen Kreditbetrag ohne zwischenzeitlich geleistete Rückzahlungen sowie für die Verwendung von Kapital durch die Kreditnehmer fällige Beträge, aufgrund des Grundsatzes der ungerechtfertigten Bereicherung einfordert hatte und verlangt, diese Praxis einzustellen. Im Mai 2023 wurde die Klage des Finanz-Ombudsmanns in erster Instanz abgewiesen.

Die RBI hat für die in Polen eingebrochenen Klagen vorgesorgt. Da Klagen von einer Reihe von Kunden eingebbracht wurden, basiert diese Rückstellung auf einem statistischen Ansatz, welcher sowohl statistischen Daten, soweit diese relevant sind, als auch Expertenmeinungen berücksichtigt. In diesem Kapitel umfasst der Begriff Rückstellung Vorsorgen gemäß IFRS 9 sowie Rückstellungen gemäß IAS 37. Mögliche Entscheidungs-Szenarien und die erwarteten Verlustraten pro Szenario wurden geschätzt. Die erwartete Belastung gründet sich auf Kredite von Kunden, welche die Bank klagen oder von denen erwartet wird, dass sie klagen werden. Um die finanziellen Auswirkungen pro Szenario zu berechnen, wird der eingeklagte Betrag mit dem geschätzten finanziellen Abfluss im Szenario und der Wahrscheinlichkeit multipliziert, dass die Bank letztendlich eine Entschädigung an den Kunden zahlen muss. Für Abflüsse, für die angenommen wird, dass diese nicht innerhalb eines Jahres erfolgen werden, wird ein angemessener Abzinsungssatz angewendet. Die finanziellen Auswirkungen der einzelnen Szenarien werden anhand von Expertenmeinungen gewichtet. Die sich daraus ergebende Rückstellung wurde auf € 1.199 Millionen erhöht (Vorjahr: € 803 Millionen). Die wesentlichen Unsicherheiten bei der Berechnung von Rückstellungen sind auf eine potenziell höhere Anzahl von Klagen und einem Anstieg der Wahrscheinlichkeit, die Gerichtsverfahren zu verlieren, zurückzuführen.

Bei der Berechnung der Rückstellung für in Polen eingereichte Klagen ist es notwendig, sich eine Meinung zu Sachverhalten zu bilden, die grundsätzlich ungewiss sind, wie beispielsweise regulatorische Verlautbarungen, die Anzahl zukünftiger Beschwerden, der Umfang, in dem sie aufrechterhalten werden, und die Auswirkungen von Rechtsentscheidungen, die für eingegangene Ansprüche relevant sein können. Der für CHF-Darlehen in Polen bereitgestellte Gesamtbetrag stellt die bestmögliche Schätzung der RBI der wahrscheinlichen zukünftigen Kosten dar. Es verbleiben jedoch eine Reihe von Risiken und Ungewissheiten, weshalb die Kosten von den Schätzungen der RBI und den ihnen zugrunde liegenden Annahmen abweichen und dazu führen könnten, dass eine weitere Rückstellung erforderlich wird. Folglich kann eine negative Rechtsentscheidung für die Bank zu einer deutlichen Erhöhung der Rückstellung führen. Die RBI hat insgesamt in etwa 29.000 Schweizer-Franken-Darlehen mit einem Bruttovolumen von rund € 1,9 Milliarden ausstehen, weitere rund 8.000 Kredite wurden zurückgezahlt. Darin enthalten sind auch Darlehen, bei denen nicht erwartet wird, dass sie Gegenstand von Rechtsstreitigkeiten sein werden. Weiters sind darin notleidende Kredite enthalten, die ursprünglich in CHF ausgereicht und mittlerweile in PLN konvertiert wurden. Der Gesamtbetrag, der für CHF-Darlehen in Polen zurückgestellt wurde, stellt die beste Schätzung der RBI für den zukünftigen Abfluss des wirtschaftlichen Nutzens dar. Dennoch ist es bei der Berechnung der Rückstellung für in Polen eingereichte Klagen notwendig, sich eine Meinung über Ereignisse zu bilden, die von Natur aus unsicher sind, wie z. B. behördliche Verlautbarungen, die Anzahl zukünftiger Klagen, die Wahrscheinlichkeit, Gerichtsverfahren zu verlieren und die Auswirkungen von Rechtsentscheidungen, die zu negativen Szenarien führen.

Rumänien

Im Oktober 2017 hat die Verbraucherschutzbehörde (ANPC) die rumänische Netzwerkbank, Raiffeisen Bank SA, Bukarest (RBRO), angewiesen, ihre angebliche Praxis, ihre Kunden nicht über künftige Änderungen des den Kunden verrechneten Zinssatzes zu informieren, einzustellen. Die Anordnung sah eine direkte Geldrückerstattung oder Zahlung seitens RBRO nicht ausdrücklich vor. Die RBRO hat diese Anordnung vor Gericht bekämpft, aber das Verfahren letztendlich verloren. Im September 2022 wurde die Entscheidung schriftlich ausgefertigt. Nach Gesprächen mit der ANPC und gemäß einem externen Rechtsgutachten hat RBRO neue Rückzahlungspläne erstellt und begonnen, bestimmte Beträge und damit verbundene Zinsen an betroffene Kunden zurückzuzahlen. Basierend auf den aktuellsten internen Berechnungen wird erwartet, dass die negativen finanziellen Auswirkungen € 28,5 Millionen nicht übersteigen werden. Nachdem fast der gesamte oben genannte Betrag an Kunden ausgezahlt wurde, hat ANPC die RBRO aufgefordert, detaillierte Informationen zur Umsetzung der Rechtsentscheidung zur Verfügung zu stellen. Die Höhe der Rückstellung betrug € 3 Millionen (Vorjahr: € 13 Millionen).

Darüber hinaus ist die RBRO in eine Reihe von Gerichtsverfahren, darunter auch Sammelklagen, sowie in Verwaltungsverfahren der ANPC, insbesondere im Zusammenhang mit Verbraucherkrediten und Girokontenverträgen, involviert. Die Verfahren basieren im Wesentlichen auf der Behauptung, dass bestimmte vertragliche Bestimmungen und Praktiken der RBRO gegen Verbraucherschutzgesetze und -vorschriften verstößen. Solche Verfahren können Verwaltungsstrafen, die Unwirksamkeit von Vertragsklauseln, die rückwirkende Änderung von Zahlungsplänen und die Erstattung bestimmter Gebühren oder Teile von Zinszahlungen, die Kunden in der Vergangenheit in Rechnung gestellt wurden, nach sich ziehen.

Bankgeschäft

Im ersten Quartal 2021 erfuhr die RBI von einer Klage, die ein indonesisches Unternehmen bereits im November 2020 in Jakarta gegen sie eingereicht hatte. Die behauptete Forderung auf Ersatz von Vermögensschäden wird mit rund USD 129 Millionen (€ 119 Millionen) und die auf Ersatz von ideellen Schäden mit USD 200 Millionen (€ 184 Millionen) beziffert. Die Klage wurde der RBI im Mai 2022 zugestellt. Am 27. Juni 2023 entschied das Bezirksgericht Süd-Jakarta (Pengadilan Negeri Jakarta Selatan), dass die RBI gegenüber dem indonesischen Unternehmen eine rechtswidrige Handlung gesetzt habe, und verurteilte die RBI zur Zahlung von Schadenersatz in Höhe von USD 119 Millionen (€ 110 Millionen). Die RBI sieht angesichts der Rechts- und Faktenlage die Ansprüche nach wie vor weder als berechtigt noch als durchsetzbar an und hat daher gegen dieses Urteil beim Landesgericht Jakarta (Pengadilan Tinggi Jakarta) Berufung erheben.

Im April 2018 wurde die Raiffeisen Bank Polska S.A. (RBPL), die ehemalige polnische Tochtergesellschaft der RBI, von einem ehemaligen Kunden auf rund PLN 203 Millionen (€ 46 Millionen) verklagt. Laut der Klageschrift hat die RBPL den Überziehungsrahmen des Kreditkontos eines Kunden 2014 für sechs Kalendertage ohne förmliche Begründung gesperrt. Der Kläger argumentierte, dass die Sperre des Kontos zu Verlusten und entgangenen Gewinnen geführt hat, weil die finanzielle Liquidität des Kunden unterbrochen wurde und es ihm nicht möglich war, kreditbasierte Finanzierungsquellen auf dem gesperrten Konto durch Mittelströme aus anderen Quellen zu ersetzen. Damit einher gingen ein Rückgang der Lagerbestände

und der zur Verfügung stehenden Handelskredite sowie eine allgemeine Verschlechterung der Finanzergebnisse und des geschäftlichen Ansehens des Kunden. Die RBPL argumentierte, dass die Sperre juristisch gerechtfertigt und anhand der vorliegenden Informationen vorgenommen worden sei. Im Zuge des Verkaufs des Kernbankgeschäfts der RBPL an die Bank BGZ BNP Paribas S.A. wurde die Klage gegen die RBPL an die Bank BGZ BNP Paribas S.A. übertragen. Trotzdem sind allfällige negative finanzielle Konsequenzen im Zusammenhang mit diesem Verfahren weiterhin von der RBI zu tragen. Im Februar 2022 wurde die RBI von der Bank BGZ BNP Paribas S.A. darüber informiert, dass die Klage in erster Instanz abgewiesen wurde. Der Kläger hat gegen diese Entscheidung Berufung eingelegt, aber es verabsäumt, die gerichtlichen Bearbeitungsgebühren zu bezahlen. Daraufhin hat das Gericht zweiter Instanz die Berufung aus formellen Gründen zurückgewiesen; die erstinstanzliche Entscheidung ist daher endgültig und es ist dagegen kein weiteres Rechtsmittel zulässig.

Durchsetzung durch Regulierungsbehörden

Nach einer Rechnungsprüfung durch den rumänischen Rechnungshof in Bezug auf die Geschäftstätigkeit der Aedificium Banca pentru Locuinte S.A. (RBL), (ehemalige Raiffeisen Banca pentru Locuinte S.A.), einer Bausparkasse und Tochtergesellschaft der Raiffeisen Bank S.A., Bukarest, erklärte der Rechnungshof, dass einige Mängel festgestellt und die Bedingungen für die Auszahlung von staatlichen Bausparförderungen nicht erfüllt worden seien. Sollte es der RBL nicht gelingen, diese Beträge von ihren Kunden zurückzufordern oder eine zufriedenstellende Dokumentation vorzulegen, kann sie für die Zahlung dieser Mittel haftbar gemacht werden. Die RBL hat die Überprüfungsergebnisse des rumänischen Rechnungshofs in einem Gerichtsverfahren angefochten und hinsichtlich der relevantesten behaupteten Mängel obsiegt. Es wurde beim rumänischen Obersten Gerichts- und Kassationshof Berufung erhoben. Im November 2020 hob der rumänische Oberste Gerichts- und Kassationshof die vorherige Gerichtsentscheidung auf und bestätigte die Ansicht des rumänischen Rechnungshofs. Auf Antrag der RBL ersuchte der rumänische Oberste Gerichts- und Kassationshof das Verfassungsgericht, zu entscheiden, ob der Rechnungshof grundsätzlich berechtigt war, die RBL zu überprüfen. Das Verfahren ist noch anhängig und könnte es der RBL je nach Ergebnis ermöglichen, ein außerordentliches Rechtsmittel gegen die Entscheidung des rumänischen Obersten Gerichts- und Kassationshofs zu erheben. Ende Juni 2022 nahm die RBL eine rechtliche Bestimmung in Anspruch, die es Unternehmen ermöglicht, Schulden an den Staat (Hauptbetrag/principal – bzw. die staatlichen Bausparförderungen) zu zahlen und von der Zahlung zusätzlicher Beträge (Strafzinsen) befreit zu werden. Die RBL hat den Hauptbetrag in Höhe von € 23 Millionen bezahlt und einen Antrag auf Befreiung von der Zahlung zusätzlicher Beträge in Höhe von € 30 Millionen gestellt. Im Juli 2022 lehnte das Ministerium für Entwicklung, Öffentliche Arbeiten und Verwaltung den Antrag der RBL auf Befreiung ab. Die RBL hat diese Entscheidung vor Gericht angefochten. Im Dezember 2022 forderte das Ministerium die RBL auf, auch die Strafen innerhalb von 30 Tagen zu bezahlen. Die RBL hat diese Zahlungsaufforderung sowohl beim Ministerium als auch vor Gericht angefochten. Zusätzlich hat die RBL vor Gericht einen Antrag auf Aussetzung der Zahlungsaufforderungen gestellt, da die RBL der Auffassung ist, dass die Befreiung gewährt werden hätte müssen und die RBL daher von der Strafzahlung entbunden werden sollte. Dem Antrag auf Aussetzung der Zahlung wurde vom Gericht stattgegeben. Das Ministerium hat gegen diese Entscheidung Rechtsmittel eingelegt. Wenn das Rechtsmittel des Ministeriums nicht erfolgreich ist, gilt die Aussetzung, bis eine Entscheidung des Gerichts im Rechtsstreit über die Zahlungsaufforderung selbst getroffen wird. Im Mai 2023 erwirkte RBL eine gerichtliche Entscheidung, dass die Befreiung gewährt werden hätte müssen und dass das Ministerium sie gewähren sollte. Das Ministerium kann jedoch gegen diese Entscheidung Rechtsmittel einlegen.

Im März 2018 wurde im Rahmen eines Verwaltungsstrafverfahrens gegen die RBI eine Verwaltungsstrafe in Höhe von € 2,7 Millionen (die auf der Grundlage des konsolidierten Jahresumsatzes der RBI berechnet wurde und sich auf 0,06 Prozent des letzten verfügbaren konsolidierten Jahresumsatzes beläuft) für eine angebliche Nichteinhaltung von formalen Dokumentationspflichten im Zusammenhang mit dem Know-your-Customer-Prinzip verhängt. Nach Auslegung der österreichischen Finanzmarktaufsicht (FMA) hatte die RBI in einigen wenigen Einzelfällen diese administrativen Verpflichtungen nicht eingehalten. Die FMA behauptete nicht, dass Geldwäsche oder ein anderes Verbrechen stattgefunden hätte oder dass ein Verdacht auf eine kriminelle Handlung oder ein Zusammenhang mit einer solchen bestünde. Die RBI vertrat die Auffassung, dass sie allen Sorgfaltspflichten in Bezug auf die Know-your-Customer-Anforderungen ordnungsgemäß nachgekommen sei, und erhob Beschwerde gegen den Bußgeldbescheid in seiner Gesamtheit. Das Bundesverwaltungsgericht bestätigte in erster Instanz die Entscheidung der FMA, wogegen die RBI jedoch in vollem Umfang beim Österreichischen Verwaltungsgerichtshof Revision erhaben. Im Dezember 2019 hob der Verwaltungsgerichtshof im Zuge dieser Revision die Entscheidung der unteren Verwaltungsinstanzen auf und verwies den Fall an das Bundesverwaltungsgericht zurück. In der erneuten Durchführung des Verfahrens bestätigte das Bundesverwaltungsgericht am 6. Mai 2021 die Entscheidung der FMA grundsätzlich erneut, senkte jedoch die Verwaltungsstrafe auf € 824 Tausend und ließ erneut eine Revision vor dem Verwaltungsgerichtshof zu. Die RBI erhob demgemäß Revision. Im Juli 2023 hob der Verwaltungsgerichtshof die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts auf und verwies den Fall wieder an das Bundesverwaltungsgericht zurück. Es wurde eine Rückstellung in angemessener Höhe gebildet.

Im September 2018 wurden im Rahmen eines Verwaltungsverfahrens zwei Verwaltungsstrafen in Höhe von insgesamt PLN 55 Millionen (€ 12 Millionen) gegen die RBPL verhängt, da sie ihren Pflichten als Verwahrstelle und Liquidator bestimmter Investmentfonds angeblich nicht nachgekommen ist. Die RBPL als Verwahrstelle von Investmentfonds hat im Februar 2018 die Rolle des Liquidators für bestimmte Fonds übernommen. Nach Einschätzung der polnischen Finanzaufsichtsbehörde (KNF) ist die RBPL bestimmten Verpflichtungen in ihrer Funktion als Depotbank und Liquidator der Fonds nicht nachgekommen. Im Zuge der Transaktionen im Zusammenhang mit dem Verkauf des Kernbankengeschäfts der RBPL an die Bank BGZ BNP Paribas S.A. hat die RBI die Verantwortung für die dargelegten Verwaltungsverfahren und die damit verbundenen Strafen übernommen. Die RBI hat gegen sämtliche Strafen Berufung eingelegt. Im September 2019 hat das Verwaltungsgericht der Woiwodschaft der Berufung der RBI in Bezug auf die Strafe in Höhe von PLN 5 Millionen (€ 1 Million) bezüglich der Pflichten der RBPL als Depotbank stattgegeben und die Entscheidung der KNF vollständig aufgehoben. Die KNF legte gegen das Urteil Kassationsbeschwerde ein.

Im Hinblick auf die Geldstrafe in Höhe von PLN 50 Millionen (€ 11 Millionen) in Bezug auf die Funktion der RBPL als Liquidator hat das Verwaltungsgericht der Woiwodschaft die Berufung zurückgewiesen und die Entscheidung der KNF vollständig bestätigt. Die RBI hat beim Obersten Verwaltungsgericht Kassationsbeschwerde eingelegt, da sie der Ansicht ist, dass die RBPL all ihren Pflichten vollumfänglich nachgekommen ist. Im April 2023 verwies das Oberste Verwaltungsgericht den Fall bezüglich der Geldstrafe in Höhe von PLN 5 Millionen (€ 1 Million) zur erneuten Prüfung an das Verwaltungsgericht der Woiwodschaft zurück. Weiters hat das Oberste Verwaltungsgericht die Kassationsbeschwerde der RBI bezüglich der Geldstrafe in Höhe von PLN 50 Millionen (€ 11 Millionen) abgewiesen. Diese ist nunmehr final. Beide Geldstrafen wurden bereits bezahlt.

In diesem Zusammenhang wurden mehrere Einzelklagen und vier Sammelklagen, in denen Ansprüche von Inhabern von Zertifikaten der oben genannten, in Liquidation befindlichen Investmentfonds zusammengefasst werden, gegen die RBI eingereicht. Der Gesamtstreitwert per 30. Juni 2023 beträgt rund PLN 72 Millionen (€ 16 Millionen). Darüber hinaus wurde die RBI darüber informiert, dass dem Gericht eine Änderung der Klageschrift vorgelegt wurde, die zu einer Erhöhung des Gesamtstreitwerts um rund PLN 91 Millionen (€ 21 Millionen) führen könnte. Diese Änderung wurde der RBI jedoch noch nicht zugestellt. Die Kläger im Rahmen der Sammelklagen fordern, dass die Verantwortung der RBI für die behaupteten mangelhaften Leistungen der RBPL (deren Rechtsnachfolgerin die RBI ist) als Depotbank festgestellt wird. Eine derartige Feststellung würde die finanziellen Ansprüche der Kläger für weitere Rechtsstreitigkeiten sichern und erleichtern. Aufgrund der Rechtseinschätzung der RBI wurde keine Rückstellung gebildet.

Darüber hinaus hat die RBI eine Anzahl von Benachrichtigungen über Ansprüche seitens BNP im Zusammenhang mit bestimmten Bankgeschäften, für die BNP Rechtsnachfolger der RBPL ist, erhalten. Diese Forderungsmittelungen beziehen sich hauptsächlich auf Verwaltungsverfahren, die von der PFSA (Polish Financial Supervision Authority) im Zusammenhang mit angeblichen Versäumnissen der RBPL/BNP als Verwahrer von Investmentfonds durchgeführt wurden, und können zu Geldstrafen führen. Darüber hinaus wurden in diesem Zusammenhang Ansprüche von Anlegern gegenüber der BNP erhoben. Die RBI unterstützt die BNP in diesen Zusammenhang. Finanzielle Auswirkungen sind derzeit nicht abschätzbar.

Im Jänner 2023 wurde die RBI von der FMA informiert, dass ein Verwaltungsstrafverfahren wegen einer angeblichen Nichteinhaltung von bestimmten rechtlichen Vorschriften bezüglich dem Know-Your-Customer Prinzip in Verbindung mit drei Kunden aus dem Korrespondenzbankgeschäft der RBI eingeleitet wurde. Die verfahrensgegenständlichen Transaktionen wurden von der RBI zwischen 2017 und 2020 abgewickelt. Gemäß der Auslegung der FMA hätte sich die RBI nicht ausreichend davon überzeugt, dass diese Banken angemessene Due-Diligence-Prozesse zu ihren eigenen Kunden aus deren eigenen Korrespondenzbankgeschäft implementiert hätten. Daher wäre es der RBI, aus Sicht der FMA, nicht gelungen, ihre Verpflichtungen aus den entsprechenden Verwaltungsvorschriften vollständig zu erfüllen. Die FMA hat allerdings nicht behauptet, dass tatsächlich Geldwäsche oder ein anderes Verbrechen stattgefunden hätte oder dass ein Verdacht auf oder in Zusammenhang mit einer anderen kriminellen Handlung vorgelegen sei. Das Verwaltungsstrafverfahren ist derzeit im Laufen und könnte zu einer Verwaltungsstrafe führen.

Im Jänner 2023 erhielt die RBI ein Auskunftsersuchen (RFI) vom Amt zur Kontrolle von Auslandsvermögen (OFAC) des US-Finanzministeriums. OFAC überwacht und vollstreckt Wirtschafts- und Handelssanktionen auf der Grundlage der US-Außenpolitik und der nationalen Sicherheitsziele. Ein Verstoß gegen US-Sanktionen kann unter anderem Geldstrafen, das Einfrieren von Konten oder die Beendigung von Geschäftsbeziehungen mit US-Korrespondenzbanken zur Folge haben. Die von OFAC im RFI aufgeworfenen Fragen zielen darauf ab, den Zahlungsverkehr und die damit verbundenen Prozesse der RBI mit US-Korrespondenzbanken vor dem Hintergrund der Entwicklungen im Zusammenhang mit Russland und der Ukraine zu klären. Die RBI verfügt aus Prinzip über Richtlinien und Verfahren, die die Einhaltung anwendbarer Embargos und Finanzsanktionen sicherstellen, und kooperiert in Bezug auf deren Anfragen uneingeschränkt mit OFAC, soweit dies nach geltenden Gesetzen und Vorschriften zulässig ist.

(38) Angaben zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Unternehmen mit einem maßgeblichen Einfluss sind im Wesentlichen die Raiffeisenlandesbank Niederösterreich-Wien AG, Wien, als größter Einzelaktionär und ihre Muttergesellschaft, die Raiffeisen-Holding Niederösterreich-Wien registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung, Wien, sowie die vollkonsolidierten Unternehmen von beiden. Unter verbundenen Unternehmen sind wegen Unwesentlichkeit nicht konsolidierte verbundene Unternehmen dargestellt.

Die Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen beschränken sich auf Bankgeschäfte, die prinzipiell zu marktüblichen Konditionen abgeschlossen wurden. Darüber hinaus besitzen die Vorstände Aktien der RBI AG. Detaillierte Informationen dazu sind auf der RBI-Homepage ersichtlich.

30.6.2023 in € Millionen	Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	Verbundene Unternehmen	Anteile an at- equity bewerteten Unternehmen	Sonstige Beteiligungen
Ausgewählte finanzielle Vermögenswerte	68	435	1.011	923
Eigenkapitalinstrumente	0	206	583	182
Schuldverschreibungen	38	0	109	70
Kredite und Forderungen	31	229	320	670

30.6.2023 in € Millionen	Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	Verbundene Unternehmen	Anteile an at- equity bewerteten Unternehmen	Sonstige Beteiligungen
Ausgewählte finanzielle Verbindlichkeiten	2.424	115	4.854	1.375
Einlagen	2.424	115	4.852	1.375
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	2	0
Sonstige Posten	122	2	536	123
Erteilte Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	70	2	517	118
Erhaltene Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	52	0	18	5
Nominalwert von Derivaten	107	0	91	1.194
Kumulierte Wertminderungen, kumulierte negative Veränderungen des Fair Values aufgrund von Kreditrisiken und Rückstellungen für notleidende Forderungen	0	-1	0	0
<hr/>				
31.12.2022 in € Millionen	Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	Verbundene Unternehmen	Anteile an at- equity bewerteten Unternehmen	Sonstige Beteiligungen
Ausgewählte finanzielle Vermögenswerte	45	429	1.006	887
Eigenkapitalinstrumente	1	193	520	168
Schuldverschreibungen	35	0	194	68
Kredite und Forderungen	9	236	292	651
Ausgewählte finanzielle Verbindlichkeiten	2.327	105	5.048	1.613
Einlagen	2.327	105	5.041	1.613
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	6	0
Sonstige Posten	152	13	563	146
Erteilte Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	99	13	531	140
Erhaltene Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	52	0	32	6
Nominalwert von Derivaten	221	0	120	1.254
Kumulierte Wertminderungen, kumulierte negative Veränderungen des Fair Values aufgrund von Kreditrisiken und Rückstellungen für notleidende Forderungen	0	-2	0	0
<hr/>				
1.1.-30.6.2023 in € Millionen	Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	Verbundene Unternehmen	Anteile an at- equity bewerteten Unternehmen	Sonstige Beteiligungen
Zinserträge	2	5	7	3
Zinsaufwendungen	-29	-1	-51	-29
Dividendenerträge	0	7	29	0
Provisionserträge	2	9	5	5
Provisionsaufwendungen	-3	0	-6	-12
Zu-/Abnahme von Wertminderungen, Fair-Value-Änderungen aufgrund von Kreditrisiko und Rückstellungen für notleidende Forderungen	0	-1	2	0
<hr/>				
1.1.-30.6.2022 in € Millionen	Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	Verbundene Unternehmen	Anteile an at- equity bewerteten Unternehmen	Sonstige Beteiligungen
Zinserträge	6	3	7	12
Zinsaufwendungen	-7	0	-11	-4
Dividendenerträge	0	6	38	2
Provisionserträge	4	7	6	3
Provisionsaufwendungen	-2	0	-6	-10
Zu-/Abnahme von Wertminderungen, Fair-Value-Änderungen aufgrund von Kreditrisiko und Rückstellungen für notleidende Forderungen	0	-15	-1	0

(39) Mitarbeiter

in Vollzeitäquivalenten	1.1.-30.6.2023	1.1.-30.6.2022
Durchschnittliche Mitarbeiteranzahl	44.139	44.420
davon Angestellte	43.520	43.868
davon Arbeiter	619	552
in Vollzeitäquivalenten	30.6.2023	30.6.2022
Stichtagsbezogene Mitarbeiteranzahl	44.559	44.338
davon Inland	4.702	4.564
davon Ausland	39.857	39.774

Regulatorische Angaben

(40) Kapitalmanagement und Eigenmittel nach CRR/CRD IV bzw. BWG

Die RBI unterliegt den Mindestvorschriften gemäß Artikel 92 CRR sowie dem kombinierten Kapitalpuffererfordernis gemäß den Bestimmungen im BWG. Das kombinierte Kapitalpuffererfordernis beinhaltet für die RBI aktuell einen Kapitalerhaltungspuffer (§ 22 BWG), einen Systemrisikopuffer (§ 23e BWG), einen Kapitalpuffer für systemrelevante Institute (§ 23d BWG) und einen antizyklischen Kapitalpuffer (§ 23a BWG). Eine Verletzung des kombinierten Kapitalpuffererfordernisses würde potenziell zu Einschränkungen von z. B. Dividendenausschüttungen und Kuponzahlungen für bestimmte Kapitalinstrumente führen.

Darüber hinaus schreibt die EZB der RBI auf Basis des jährlich durchgeführten Supervisory Review and Evaluation Process (SREP) per Bescheid aktuell vor, zusätzliches Kapital zu halten, um jene Risiken abzudecken, die in der Säule 1 nicht oder nicht ausreichend abgedeckt sind. Das sogenannte Pillar 2 Capital Requirement (P2R) in Höhe von 2,58 Prozent wird z. B. anhand des Geschäftsmodells, des Risikomanagements oder der individuellen Kapitalsituation festgelegt und ist gemäß dem letztgültigen Bescheid der EZB nur auf konsolidierter Ebene einzuhalten. Darüber hinaus erwartet sich die EZB, dass die Pillar 2 Guidance (P2G) in Höhe von 1,25 Prozent ebenfalls auf konsolidierter Ebene eingehalten wird.

Nationale Aufseher können grundsätzlich den Systemrisikopuffer (bis zu 3 Prozent), den Kapitalpuffer für systemrelevante Institute (bis zu 3 Prozent) und den antizyklischen Kapitalpuffer (bis zu 2,5 Prozent) implementieren. Das in Österreich dafür zuständige Finanzmarktstabilitätsgremium (FMSG) hat der österreichischen Finanzmarktaufsicht (FMA) empfohlen, einen Systemrisikopuffer (SRB) für gewisse Banken zu verordnen, darunter auch für die RBI. Darüber hinaus wurde ein Kapitalpuffer für systemrelevante Banken (O-SII) empfohlen, darunter auch die RBI. Beide Puffer wurden durch die FMA via Kapitalpuffer-Verordnung in Kraft gesetzt. Für die RBI wurden der SRB mit 1 Prozent und der O-SII mit 1,25 Prozent festgelegt. Weiters besteht noch das Erfordernis zur Einhaltung des Kapitalerhaltungspuffer in der Höhe von 2,5 Prozent.

Die Festlegung des antizyklischen Kapitalpuffers obliegt ebenfalls den nationalen Aufsehern und ergibt auf Ebene der RBI einen gewichteten Durchschnitt auf Basis der Länderverteilung des Geschäfts. Dieser Puffer wurde in Österreich aktuell mit 0 Prozent festgesetzt. In der 36. Sitzung vom 25. April 2023 hat das FMSG die Empfehlung abgegeben, den antizyklischen Kapitalpuffer weiterhin bei 0 Prozent zu belassen. Darüber hinaus fließen jene Pufferraten, die in anderen Mitgliedsstaaten festgelegt wurden, auf Ebene der RBI ein und werden auf Basis einer gewichteten Durchschnittsberechnung in die Kapitalanforderungen aufgenommen. In der RBI beläuft sich der antizyklische Kapitalpuffer auf 0,58 Prozent.

In Summe ergibt sich für den Stichtag 30. Juni 2023 somit ein Erfordernis bei der CET1 Quote (inkl. des kombinierten Kapitalpuffererfordernisses) im Ausmaß von 11,28 Prozent für die RBI, unter Berücksichtigung des P2G somit eine einzuhaltende Quote von 12,53 Prozent.

Etwaige zu erwartende regulatorische Veränderungen bzw. Entwicklungen werden laufend beobachtet, in Szenario-Berechnungen dargestellt und analysiert. Potenzielle Effekte werden, sofern Ausmaß und Implementierung absehbar sind, in der Planung und Steuerung berücksichtigt.

Eigenmittelrechnung

Die nachfolgend dargestellten konsolidierten Werte wurden nach den Bestimmungen der Capital Requirements Regulation (CRR) sowie weiteren gesetzlichen Bestimmungen, wie z. B. den Implementing Technical Standards (ITS) der European Banking Authority (EBA), ermittelt.

in € Millionen	30.6.2023	31.12.2022
Kapitalinstrumente und das mit ihnen verbundene Agio	5.991	5.991
Einbehaltene Gewinne	13.801	10.482
Kumuliertes sonstiges Ergebnis (und sonstige Rücklagen)	-4.574	-3.974
Minderheitsbeteiligungen (zulässiger Betrag in konsolidiertem CET1)	681	607
Von unabhängiger Seite geprüfte Zwischengewinne, abzüglich aller vorhersehbaren Abgaben oder Dividenden	715	3.337
Hartes Kernkapital (CET1) vor regulatorischen Anpassungen	16.614	16.442
Zusätzliche Bewertungsanpassungen (negativer Betrag)	-72	-93
Abzugsposten für neu gebildete Wertberichtigungen	0	0
Immaterielle Vermögenswerte (verringert um eventuelle Steuerschulden) (negativer Betrag)	-606	-605
Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, ausgenommen derjenigen, die aus temporären Differenzen resultieren (verringert um entsprechende Steuerschulden, wenn die Bedingungen von Artikel 38 Absatz 3 erfüllt sind) (negativer Betrag)	-19	-23
Rücklagen aus Gewinnen oder Verlusten aus zeitwertbilanzierten Geschäften zur Absicherung von Zahlungsströmen	14	51
Negative Beträge aus der Berechnung der erwarteten Verlustbeträge	0	0
Durch Veränderungen der eigenen Bonität bedingte Gewinne oder Verluste aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten eigenen Verbindlichkeiten	-2	-4
Direkte und indirekte Positionen eines Instituts in eigenen Instrumenten des harten Kernkapitals (negativer Betrag)	-20	-20
Forderungsbetrag aus folgenden Posten, denen ein Risikogewicht von 1250% zuzuordnen ist, wenn das Institut als Alternative jenen Forderungsbetrag vom Betrag der Posten des harten Kernkapitals abzieht	-43	-30
davon: Verbriefungspositionen (negativer Betrag)	-43	-30
Sonstige regulatorische Anpassungen	-45	-74
Regulatorische Anpassungen des harten Kernkapitals (CET1) gesamt	-794	-799
Hartes Kernkapital (CET1)	15.819	15.643
Kapitalinstrumente und das mit ihnen verbundene Agio	1.675	1.675
Betrag der Posten im Sinne von Artikel 484 Absatz 4 zuzüglich des mit ihnen verbundenen Agios, dessen Anrechnung auf das AT1 ausläuft	0	0
Zum konsolidierten zusätzlichen Kernkapital zählende Instrumente des qualifizierten Kernkapitals (einschließlich nicht in Zeile 5 enthaltener Minderheitsbeteiligungen), die von Tochterunternehmen begeben worden sind und von Drittparteien gehalten werden	40	34
Regulatorische Anpassungen des zusätzlichen Kernkapitals (AT1) insgesamt	-33	-33
Zusätzliches Kernkapital (AT1)	1.681	1.676
Kernkapital (T1 = CET1 + AT1)	17.501	17.319
Kapitalinstrumente und das mit ihnen verbundene Agio	2.298	2.362
Zum konsolidierten Ergänzungskapital zählende qualifizierte Eigenmittelinstrumente (einschließlich nicht in den Zeilen 5 bzw. 34 enthaltener Minderheitsbeteiligungen und AT1-Instrumente), die von Tochterunternehmen begeben worden sind und von Drittparteien gehalten werden	35	51
Kreditrisikoanpassungen	293	282
Regulatorische Anpassungen des Ergänzungskapitals (T2) insgesamt	-273	-312
Ergänzungskapital (T2)	2.353	2.383
Eigenmittel gesamt (TC = T1 + T2)	19.854	19.702
Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA)	99.207	97.680

Eigenmittelerfordernis und risikogewichtete Aktiva

in € Millionen	30.6.2023		31.12.2022	
	Risikogewichtetes Obligo	Eigenmittelerfordernis	Risikogewichtetes Obligo	Eigenmittelerfordernis
Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA)	99.207	7.937	97.680	7.814
Risikogewichtete Positionsbeträge für das Kredit-, Gegenparteiausfall- und das Verwässerungsrisiko sowie Vorleistungen	76.793	6.143	76.208	6.097
Standardansatz (SA)	27.965	2.237	29.196	2.336
Risikopositionsklassen exklusive Verbriefungspositionen	27.965	2.237	29.196	2.336
Zentralstaaten und Zentralbanken	2.667	213	2.666	213
Regionale und lokale Gebietskörperschaften	122	10	128	10
Öffentliche Stellen	17	1	16	1
Risikopositionen gegenüber multilateralen Entwicklungsbanken	148	12	0	0
Institute	178	14	241	19
Unternehmen	6.973	558	7.274	582
Mengengeschäft	5.906	472	6.823	546
Durch Immobilien besicherte Forderungen	6.118	489	6.461	517
Ausgefallene Forderungen	560	45	635	51
Mit besonders hohem Risiko verbundene Risikopositionen	201	16	233	19
Gedeckte Schuldverschreibungen	4	0	4	0
Anteile an Organismen für gemeinsame Anlagen (OGA)	84	7	66	5
Beteiligungen	1.612	129	1.537	123
Sonstige Positionen	3.375	270	3.112	249
Auf internen Beurteilungen basierender Ansatz (IRB)	48.828	3.906	47.012	3.761
IRB-Ansätze, wenn weder eigene Schätzungen der LGD noch Umrechnungsfaktoren genutzt werden	39.720	3.178	38.960	3.117
Zentralstaaten und Zentralbanken	3.928	314	2.657	213
Institute	3.715	297	3.111	249
Unternehmen - KMU	2.880	230	3.375	270
Unternehmen - Spezialfinanzierungen	4.021	322	3.827	306
Unternehmen - sonstige	25.176	2.014	25.991	2.079
IRB-Ansätze, wenn eigene Schätzungen der LGD bzw. Umrechnungsfaktoren genutzt werden	8.238	659	7.302	584
Mengengeschäft - durch Immobilien besichert, KMU	99	8	72	6
Mengengeschäft - durch Immobilien besichert, keine KMU	3.075	246	3.057	245
Mengengeschäft - qualifiziert revolvierend	623	50	423	34
Mengengeschäft - sonstige KMU	474	38	376	30
Mengengeschäft - sonstige, keine KMU	3.967	317	3.374	270
Beteiligungen	578	46	409	33
Einfacher Risikogewichtungsansatz	0	0	0	0
Sonstige Beteiligungspositionen	0	0	0	0
PD-/LGD-Ansatz	0	0	0	0
Sonstige Aktiva ohne Kreditverpflichtungen	292	23	341	27

in € Millionen	30.6.2023		31.12.2022	
	Risikogewichtetes Obligo	Eigenmittel-erfordernis	Risikogewichtetes Obligo	Eigenmittel-erfordernis
Risikopositionsbetrag für Abwicklungs- und Lieferrisiken	38	3	19	1
Abwicklungs- und Lieferrisiko im Anlagebuch	0	0	0	0
Abwicklungs- und Lieferrisiko im Handelsbuch	38	3	19	1
Risikopositionsbetrag für Positions-, Fremdwährungs- und Warenpositionsrisiken	7.968	637	6.889	551
Risikopositionsbetrag für Positions-, Fremdwährungs- und Warenpositionsrisiken nach Standardansätzen (SA)	6.325	506	5.634	451
Börsengehandelte Schuldtitle	991	79	962	77
Beteiligungen	86	7	74	6
Besonderer Ansatz für Positionsrisiken in OGA	2	0	1	0
Fremdwährungen	5.230	418	4.591	367
Warenpositionen	16	1	6	0
Risikopositionsbetrag für Positions-, Fremdwährungs- und Warenpositionsrisiken nach internen Modellen (IM)	1.642	131	1.255	100
Gesamtrisikobetrag für operationelle Risiken (OpR)	12.404	992	12.667	1.013
Standardansatz (STA) bzw. alternativer Standardansatz (ASA) für operationelle Risiken (OpR)	12.404	992	12.667	1.013
Fortgeschrittene Messansätze (AMA) für operationelle Risiken (OpR)	0	0	0	0
Gesamtrisikobetrag für Anpassung der Kreditbewertung	296	24	280	22
Standardisierte Methode	296	24	280	22
Sonstige Risikopositionsbeträge	1.708	137	1.618	129
davon risikogewichtete Positionsbezüge für Kreditrisiko: Verbriefungspositionen (überarbeitete Verbriefungsregeln)	1.708	137	1.618	129

Regulatorische Kapitalquoten

in Prozent	30.6.2023	31.12.2022
Harte Kernkapitalquote (transitional)	15,9%	16,0%
Harte Kernkapitalquote (fully loaded)	15,6%	15,6%
Kernkapitalquote (transitional)	17,6%	17,7%
Kernkapitalquote (fully loaded)	17,3%	17,3%
Eigenmittelquote (transitional)	20,0%	20,2%
Eigenmittelquote (fully loaded)	19,9%	20,0%

Verschuldungsquote

Die Berechnung der Verschuldungsquote (Leverage Ratio) ist im Teil 7 der CRR definiert. Auf Basis des Artikel 92 der CRR besteht zum 30. Juni 2023 eine verbindliche Anforderung von 3 Prozent:

in € Millionen	30.6.2023	31.12.2022
Gesamtrisikoposition	235.798	235.640
Kernkapital	17.501	17.319
Verschuldungsquote in Prozent (transitional)	7,4%	7,3%
Verschuldungsquote in Prozent (fully loaded)	7,3%	7,1%

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Einführung einer Sondersteuer in Russland

In Russland beschloss das Unterhaus des Parlaments (Duma) am 21. Juli 2023 die Einführung einer einmaligen Sondersteuer (Windfall Tax). Es wird erwartet, dass das Oberhaus des Parlaments und der Präsident dieses im dritten Quartal 2023 unterzeichnen. Das neue Gesetz soll am 1. Jänner 2024 in Kraft treten. Die Steuerbemessungsgrundlage wird aus der Differenz des Durchschnittswerts der steuerpflichtigen Gewinne für 2021 und 2022 und dem Durchschnittswert der steuerpflichtigen Gewinne für 2018 und 2019 berechnet. Der Steuersatz beträgt 10 Prozent. Obwohl das Windfall-Tax-Gesetz eine Reihe von Interpretationsmöglichkeiten aufweist, wird erwartet, dass der effektive Steuersatz der Windfall Tax auf 5 Prozent gesenkt wird, wenn die Unternehmen bereits im vierten Quartal 2023 50 Prozent der Windfall-Steuer in Form einer freiwilligen vorzeitigen Sicherheitsleistung an den russischen Bundeshaushalt überweisen. Die RBI erwartet eine zusätzliche Steuer von bis zu € 100 Millionen (bei einem Steuersatz von 10 Prozent) oder € 50 Millionen (wenn die vorab getätigte Sicherheitsleistung berücksichtigt wird).

Kennzahlen

Alternative Leistungskennzahlen (Alternative Performance Measures, APM)

Der Konzern verwendet im Rahmen seiner Finanzberichterstattung auch alternative, nicht in den IFRS- oder CRR-Vorschriften definierte Leistungskennzahlen, um seine Finanz- und Ertragslage darzustellen. Sie sollten nicht isoliert, sondern als ergänzende Informationen betrachtet werden.

Diese Kennzahlen werden in der Finanzbranche häufig zur Analyse und Beschreibung der Ertrags- und Finanzlage verwendet. Die zur Berechnung verwendeten einzelnen Abschlussposten ergeben sich dabei aus der Art der Geschäftstätigkeit des Konzerns als Universalbankengruppe. Dabei ist zu beachten, dass die Definitionen von Unternehmen zu Unternehmen variieren. Daher werden die von der RBI verwendeten Kennzahlen nachfolgend definiert.

Betriebsergebnis – Beschreibt das operative Ergebnis einer Bank im Berichtszeitraum; errechnet sich aus den Betriebserträgen (vor Wertminderungen) abzüglich der Verwaltungsaufwendungen.

Betriebserträge – Sind primär Ertragsbestandteile des laufenden operativen Geschäftsbetriebs (vor Wertminderungen), sie bestehen aus Zinsüberschuss, Dividendenerträgen, laufendem Ergebnis aus assoziierten Unternehmen, Provisionsüberschuss, Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen, Ergebnis aus Hedge Accounting und dem sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Cost/Income Ratio – Gibt die Kosten des Unternehmens in Relation zum Ertrag an und vermittelt damit ein klares Bild über die operative Effizienz. Banken verwenden diese Kennzahl zur Unternehmenssteuerung und für den Vergleich ihrer Effizienz mit denen anderer Finanzinstitute. Errechnet wird die Cost/Income Ratio als Verhältnis der Verwaltungsaufwendungen zu den Betriebserträgen (vor Wertminderungen). Die Verwaltungsaufwendungen beinhalten Personalaufwand, Sachaufwand sowie Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte. Die Betriebserträge bestehen aus Zinsüberschuss, Dividendenerträgen, laufendem Ergebnis aus assoziierten Unternehmen, Provisionsüberschuss, Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen, Ergebnis aus Hedge Accounting und dem sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Effektive Steuerquote – Verhältnis von tatsächlichem Steueraufwand zum Ergebnis vor Steuern. Die effektive Steuerquote unterscheidet sich aufgrund zahlreicher Rechnungslegungsfaktoren häufig vom gesetzlichen Steuersatz und ermöglicht damit einen besseren Vergleich zwischen Unternehmen. Die effektive Steuerquote bezeichnet den Durchschnittssatz, mit dem das Vorsteuerergebnis eines Unternehmens besteuert wird. Sie berechnet sich aus dem Gesamtsteueraufwand (Steuern vom Einkommen und Ertrag) in Relation zum Ergebnis vor Steuern. Der Gesamtsteueraufwand umfasst die laufenden Steuern vom Einkommen und Ertrag sowie die latenten Steuern.

Loan/Deposit Ratio – Wird verwendet, um die Liquidität einer Bank zu beurteilen. Sie errechnet sich aus den Forderungen an Nicht-Finanzunternehmen und Haushalte in Relation zu den Verbindlichkeiten gegenüber Nicht-Finanzunternehmen und Haushalten.

Nettozinsspanne – Wird für den Vergleich mit anderen Banken und als interne Kennzahl für die Rentabilität von Produkten und Segmenten verwendet; errechnet sich aus dem Zinsüberschuss in Relation zu den durchschnittlichen zinstragenden Aktiva (Gesamtaktiva abzüglich Anteile an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen, Sachanlagen, immaterielle Vermögenswerte, Steuerforderungen und sonstige Aktiva).

Neubildungsquote – Indikator für die Entwicklung der Risikokosten und die Vorsorgepolitik eines Unternehmens; berechnet sich aus den Wertminderungen und -aufholungen auf finanzielle Vermögenswerte (Kundenforderungen) in Relation zu den durchschnittlichen Kundenforderungen.

NPE/Non-performing Exposure, notleidendes Obligo – Beinhaltet alle notleidenden Kredite und Schuldverschreibungen nach der gültigen Definition des EBA-Dokuments Implementing Technical Standards (ITS) on Supervisory Reporting (Forbearance and Non-performing Exposures).

NPL/Non-performing Loans, notleidende Kredite – Beinhaltet alle notleidenden Kredite nach der gültigen Definition des EBA-Dokuments Implementing Technical Standards (ITS) on Supervisory Reporting (Forbearance and Non-performing Exposures).

NPE Ratio – Anteil der notleidenden Kredite und Schuldverschreibungen an den gesamten Forderungen an Kunden und Kreditinstitute und Schuldverschreibungen. Die Kennzahl zeigt die Qualität des Kreditportfolios der Bank an und ist ein Indikator für ihre Effizienz in der Steuerung von Kreditrisiken.

NPL Ratio – Anteil der notleidenden Kredite an den gesamten Forderungen an Kunden und Kreditinstitute. Die Kennzahl zeigt die Qualität des Kreditportfolios der Bank an und ist ein Indikator für ihre Effizienz in der Steuerung von Kreditrisiken.

NPE Coverage Ratio – Zeigt an, in welchem Umfang notleidende Kredite und Schuldverschreibungen durch Wertminderungen (Stage 3) abgedeckt sind, und gibt damit auch Auskunft über die Fähigkeit der Bank, Verluste aus NPE zu verkraften; errechnet

sich anhand der Risikovorsorgen für Forderungen an Kunden und Kreditinstitute und Schuldverschreibungen im Verhältnis zu den notleidenden Forderungen an Kunden und Kreditinstitute und Schuldverschreibungen.

NPL Coverage Ratio – Zeigt an, in welchem Umfang notleidende Kredite durch Wertminderungen (Stage 3) abgedeckt sind, und gibt damit auch Auskunft über die Fähigkeit der Bank, Verluste aus NPL zu verkraften; errechnet sich anhand der Risikovorsorgen für Forderungen an Kunden und Kreditinstitute im Verhältnis zu den notleidenden Forderungen an Kunden und Kreditinstitute.

Return on Assets (ROA vor/nach Steuern, Vermögensrendite) – Rentabilitätskennzahl, die misst, wie effektiv ein Unternehmen sein Vermögen in einem gegebenen Zeitraum gewinnbringend verwalten kann; berechnet sich aus dem Ergebnis vor Steuern bzw. nach Steuern in Relation zu den durchschnittlichen Aktiva (basierend auf der Bilanzsumme; durchschnittlich bezeichnet den Mittelwert der Jahresendzahl und der entsprechenden Monatswerte).

Return on Equity (ROE vor/nach Steuern, Eigenkapitalrendite) – Rentabilitätskennzahl für Management und Investoren, die sich aus dem in der Erfolgsrechnung ausgewiesenen Periodenergebnis im Verhältnis zum jeweiligen Basiswert (Eigenkapital oder gesamte Aktiva) berechnet. Der ROE zeigt die Ertragskraft der Bank gemessen an dem von ihren Aktionären investierten Kapital und damit den Erfolg von deren Investition. Dieser Parameter eignet sich gut dazu, die Rentabilität einer Bank mit jener anderer Finanzinstitute zu vergleichen; berechnet wird er aus dem Ergebnis vor Steuern oder nach Steuern im Verhältnis zum durchschnittlichen bilanziellen Eigenkapital auf Monatsbasis (inklusive Kapital nicht beherrschender Anteile, ohne Ergebnis).

Konzern-Return-on-Equity – Berechnet sich aus dem Konzernergebnis abzüglich des Dividendenanspruchs auf das zusätzliche Kernkapital im Verhältnis zum durchschnittlichen Konzern-Eigenkapital. Konzern-Eigenkapital ist das den Aktionären der RBI zurechenbare Kapital. Es wird durchschnittlich auf Monatsbasis ohne Kapital nicht beherrschender Anteile und ohne Konzernergebnis ermittelt.

Return on Risk-Adjusted Capital (RORAC) – Kennzahl für die risikoorientierte Erfolgssteuerung, die die Verzinsung des risikoadjustierten Eigenkapitals (ökonomisches Kapital) anzeigt; errechnet sich als Quotient aus dem Konzernergebnis und dem risikoadjustierten Kapital (d. h. dem durchschnittlichen ökonomischen Kapital). Diese Kennzahl für den Kapitalbedarf wird im Rahmen des ökonomischen Kapitalmodells für Kredit-, Markt- und operationelle Risiken ermittelt.

Eigenmittelspezifische Kennzahlen

Harte Kernkapitalquote – Hartes Kernkapital in Relation zu den gesamten risikogewichteten Aktiva (RWA) gemäß CRR/CRD-IV-Richtlinie.

Eigenmittelquote – Gesamte Eigenmittel in Relation zu den gesamten risikogewichteten Aktiva (RWA).

Verschuldungsquote (Leverage Ratio) – Verhältnis des Kernkapitals zu allen Aktivposten in der Bilanz und außerbilanziellen Posten, soweit sie bei der Festlegung der Kapitalmessgröße nicht abgezogen werden. Die Berechnung erfolgt gemäß der in der CRD-IV-Richtlinie festgelegten Methode.

Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA) – Risikoaktiva (Kreditrisiko, CVA-Risiko) inklusive Markt- und operationelles Risiko.

Kernkapitalquote – Kernkapital in Relation zu den gesamten risikogewichteten Aktiva (RWA).

Abkürzungsverzeichnis

BIP	Bruttoinlandsprodukt
BP	Basispunkte
BWG	Bankwesengesetz
CDS	Kreditausfalltausch (Credit Default Swap)
CE	Zentraleuropa (Central Europe)
CEE	Zentral- und Osteuropa (Central and Eastern Europe)
CET 1	Hartes Kernkapital (Common Equity Tier 1)
CoE	Eigenkapitalkosten (Cost of Equity)
CRR	Kapitaladäquanzverordnung (Capital Requirements Regulation)
DCF	Abgezinster Zahlungsstrom (Discounted Cash-Flow)
EAD	Ausfallkredithöhe (Exposure at Default)
EBA	Europäische Bankenaufsichtsbehörde (European Banking Authority)
ECL	Erwartete Kreditverluste (Expected Credit Losses)
EE	Osteuropa (Eastern Europe)
ESAEG	Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz
ESG	Umwelt, Soziales und Unternehmensführung (Environmental, Social and Governance)
EZB	Europäische Zentralbank
FMA	Finanzmarktaufsicht
FMSG	Finanzmarktstabilitätsgremium
HQLA	Erstklassige, hoch liquide Aktiva (High Quality Liquid Assets)
IAS/IFRS	International Accounting Standards/International Financial Reporting Standards
IBOR	Referenzzinssatz im Interbankengeschäft (Interbank Offered Rate)
IPS	Institutionelles Sicherungssystem (Institutional Protection Scheme)
IRB	Auf internen Beurteilungen basierender Ansatz (Internal Ratings Based)
ITS	Technische Durchführungsstandards (Implementing Technical Standards)
LCR	Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio)
LGD	Ausfallverlustquote (Loss Given Default)
MREL	Mindestanforderung an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten (Minimum Requirement for Own Funds and Eligible Liabilities)
NPE	Notleidendes Obligo (Non-Performing Exposure)
NPL	Notleidende Kredite (Non-Performing Loans)
NSFR	Strukturelle Liquiditätsquote (Net Stable Funding Ratio)
OTC	Außerbörslich (Over The Counter)
PD	Überfällig (Past Due)
PEPP	Pandemie-Notfallankaufprogramm (Pandemic Emergency Purchase Programme)
POCI	Erworben oder ausgereichte wertgeminderte Vermögenswerte (Purchased or Originated Credit Impaired)
RBI	Raiffeisen Bank International Konzern
RBI AG	Raiffeisen Bank International Aktiengesellschaft
RWA	Risikogewichtete Aktiva (Risk-Weighted Assets)
RORAC	Risikoadjustierte Eigenkapitalrendite (Return on Risk Adjusted Capital)
SA	Standardansatz (Standardized Approach)
SA-CCR	Standardansatz im Kontrahentenrisiko (Standardized Approach to Counterparty Credit Risk)
SEE	Südosteuropa (Southeastern Europe)
SICR	Signifikante Erhöhung des Aufallrisikos (Significant Increase in Credit Risk)
SIRP	Spezielle Verzinsungsperiode (Special Interest Rate Period)
SRB	Systemrisikopuffer (Systemic Risk Buffer)
SREP	Aufsichtlicher Überprüfungs- und Bewertungsprozess (Supervisory Review and Evaluation Process)
TLTRO	Gezielte längerfristige Refinanzierungsgeschäfte (Targeted Longer-Term Refinancing Operations)
UNEP FI	Finanz-Initiative des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UN Environment Programme Finance Initiative)
VaR	Value-at-Risk
WACC	Gewichtete durchschnittliche Kapitalkosten (Weighted Average Cost of Capital)

➤ Erklärung aller gesetzlichen Vertreter

Wir bestätigen nach bestem Wissen, dass der im Einklang mit den maßgeblichen Rechnungslegungsstandards aufgestellte verkürzte Konzernzwischenabschluss ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und dass der Halbjahreslagebericht des Konzerns ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns bezüglich der wichtigen Ereignisse während der ersten sechs Monate des Geschäftsjahres und ihrer Auswirkungen auf den verkürzten Konzernzwischenabschluss, bezüglich der wesentlichen Risiken und Ungewissheiten in den restlichen sechs Monaten des Geschäftsjahres und bezüglich der offengelegten wesentlichen Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen vermittelt.

Qualifiziert elektronisch signiert von:

Wien, am 31. Juli 2023

Der Vorstand

Dr. Johann Strobl e.h.

Mag. Andreas Gschwenter e.h.

Lic. Mgr. Łukasz Januszewski e.h.

Mag. Peter Lennkh e.h.

Dr. Hannes Mösenbacher e.h.

Dr. Andrii Stepanenko e.h.

➤ Bericht über die prüferische Durchsicht des verkürzten Konzernzwischenabschlusses

Einleitung

Wir haben den beigefügten verkürzten Konzernzwischenabschluss der Raiffeisen Bank International AG, Wien, für den Zeitraum vom 1. Jänner 2023 bis zum 30. Juni 2023 prüferisch durchgesehen. Der verkürzte Konzernzwischenabschluss umfasst die Bilanz zum 30. Juni 2023, die Gesamtergebnisrechnung, die Kapitalflussrechnung und die Eigenkapitalveränderungsrechnung für den Zeitraum vom 1. Jänner 2023 bis 30. Juni 2023 sowie den verkürzten Anhang, der die wesentlichen angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden zusammenfasst und sonstige Erläuterungen enthält.

Die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sind für die Aufstellung dieses verkürzten Konzernzwischenabschlusses in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRSs) für Zwischenberichterstattung, wie sie in der EU anzuwenden sind, verantwortlich.

Unsere Verantwortung ist es, auf der Grundlage unserer prüferischen Durchsicht eine zusammenfassende Beurteilung über diesen verkürzten Konzernzwischenabschluss abzugeben.

Bezüglich unserer Haftung gegenüber der Gesellschaft und gegenüber Dritten kommt § 125 Abs 3 Börsegesetz in Verbindung mit § 275 Abs 2 UGB und § 62a BWG sinngemäß zur Anwendung.

Umfang der prüferischen Durchsicht

Wir haben die prüferische Durchsicht unter Beachtung der in Österreich geltenden berufsüblichen Grundsätze, insbesondere des Fachgutachtens KFS/PG 11 "Grundsätze für die prüferische Durchsicht von Abschlüssen", sowie des International Standard on Review Engagements (ISRE) 2410 "Review of Interim Financial Information Performed by the Independent Auditor of the Entity" durchgeführt.

Die prüferische Durchsicht eines Zwischenabschlusses umfasst Befragungen, in erster Linie von für das Finanz- und Rechnungswesen verantwortlichen Personen, sowie analytische Beurteilungen und sonstige Erhebungen. Eine prüferische Durchsicht ist von wesentlich geringerem Umfang und umfasst geringere Nachweise als eine Abschlussprüfung gemäß österreichischen und internationalen Prüfungsstandards und ermöglicht es uns daher nicht, eine mit einer Abschlussprüfung vergleichbare Sicherheit darüber zu erlangen, dass uns alle wesentlichen Sachverhalte bekannt werden. Aus diesem Grund erteilen wir keinen Bestätigungsvermerk.

Zusammenfassende Beurteilung

Auf Grundlage unserer prüferischen Durchsicht sind uns keine Sachverhalte bekannt geworden, die uns zu der Annahme veranlassen, dass der beigefügte verkürzte Konzernzwischenabschluss nicht in allen wesentlichen Belangen in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRSs) für Zwischenberichterstattung, wie sie in der EU anzuwenden sind, vermittelt.

Stellungnahme zum Konzernzwischenlagebericht

Wir haben den beigefügten Konzernzwischenlagebericht gelesen und dahingehend beurteilt, ob er keine offensichtlichen Widersprüche zum verkürzten Konzernzwischenabschluss aufweist. Der Konzernzwischenlagebericht enthält nach unserer Beurteilung keine offensichtlichen Widersprüche zum verkürzten Konzernzwischenabschluss.

Wien, 31. Juli 2023

Deloitte Audit Wirtschaftsprüfungs GmbH

Dr. Peter Bitzyk

Wirtschaftsprüfer

➤ Impressum

Raiffeisen Bank International AG
Am Stadtpark 9
1030 Wien
Österreich
Telefon: +43-1-71 707-0
www.rbinternational.com

Redaktion: Group Investor Relations
Redaktionsschluss: 31. Juli 2023

Group Investor Relations
Telefon: +43-1-71 707-2089
E-Mail: ir@rbinternational.com
www.rbinternational.com → Investoren

Group Communications
Telefon: +43-1-71 707-1298
E-Mail: communications@rbinternational.com
www.rbinternational.com → Presse

Die in diesem Bericht enthaltenen Prognosen, Planungen und zukunftsgerichteten Aussagen basieren auf dem Wissensstand und der Einschätzung der Raiffeisen Bank International AG zum Zeitpunkt der Erstellung. Wie alle Aussagen über die Zukunft unterliegen sie bekannten und unbekannten Risiken sowie Unsicherheitsfaktoren, die im Ergebnis auch zu erheblichen Abweichungen führen können. Für den tatsächlichen Eintritt von Prognosen und Planungswerten sowie zukunftsgerichteten Aussagen kann keine Gewähr geleistet werden.

Dieser Bericht wurde mit der größtmöglichen Sorgfalt erstellt und die Daten wurden überprüft. Rundungs-, Übermittlungs-, Satz- oder Druckfehler können dennoch nicht ausgeschlossen werden. Bei der Summierung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben können rundungsbedingte Rechendifferenzen auftreten. Dieser Bericht wurde in deutscher Sprache verfasst. Der Bericht in englischer Sprache ist eine Übersetzung des deutschen Berichts. Allein die deutsche Version ist die authentische Fassung.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit werden in diesem Bericht alle Personenbezeichnungen in der männlichen Form verwendet. Darunter soll auch die weibliche Form verstanden werden.

